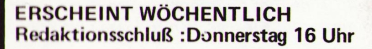
Einzelverkaufspreis: 1 Mark 50 icl. 5,5% MwSt

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



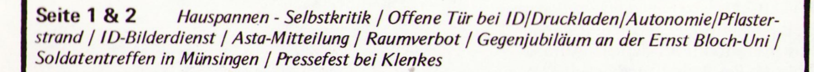


ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 198 8. OKTOBER 1977
Redaktionsschluß : Donnerstag 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90



Seite 1 & 2 *Hauspannen - Selbstkritik / Offene Tür bei ID/Druckladen/Autonomie/Pflasterstrand / ID-Bilderdienst / Asta-Mitteilung / Raumverbot / Gegenjubiläum an der Ernst Bloch-Uni / Soldatentreffen in Münsingen / Pressefest bei Klenkes*

kalkar	keine besonderen Vorkommnisse	3
kalkar	der 24. september	4
oldenburg	waffenschau in oldenburg	4
freiburg	informationen über den schnellen brüter	5
pforzheim	ökologie-kongreß :das leben hat vorrang	5
büdingen	alternativen zur atomenergie	5
karlsruhe	altaluminium für bundesminister	5
malville	kein zement für den super-phenix	6
bielefeld	noch eine malville - dokumentation	6
frankfurt	sozialistischer umweltkongreß	6
grohnde	das rollende anti-atom-dorf informiert	7
itzehoe	akw-gegner freigesprochen	8
essen	bericht der lern- und produktionsgemeinschaft	9
oldenburg	über vorgänge im kolleg	10
lübeck	vernichtung von schleyer-biografischem	12
frankfurt	witze die die runde machen	13
stuttgart	ivk-erklärung	13
münchen	prozess gegen rolf pohle	15
frankfurt	johannes roos - ein politischer prozeß	16
utrecht	haftbedingungen für knut folkers	17
wiesbaden	günther hanisch im irrenhaus	17
nürnberg	dokumentation der gefangenengruppe	18
neu-isenburg	prozeß wegen besetzung der ausländerberatungsstelle	18
düsseldorf	das olg und die rechtspflege	18
münchen	„stürmer" - methoden gegen „kürbiskern"	18
gaiganz	zwei jahre im politladen-prozeß	19
bonn	faz verklagt palästina-komitee	20
bochum	repression im urlaub	22
berlin	zum russell - tribunal	22
bonn	zwei kleine anfragen der cdu/csu	23
köln	aktionseinheit gegen verbotsanträge	24
kassel	der wilde hund von kassel	24
gaiganz	rettet den frauenhof gaiganz	24
madrid	neuregelung des strafvollzuges	25
besancon	lip: eine lösung wird das werk der arbeiter sein	25
belfast	ein jahr widerstand im knast	27
ankara	türkei vor einem schlimmen winter	28
belfast	neue sicherheitsmassnahmen in nordirland	29
paris	interview mit der napap - 2. teil	30

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt
tel.0611/70 57 72

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

HAUSPANNEN / SELBSTKRITIK

Anlaß zum Ärgernis: Die Bildunterschrift auf der letzten Seite des ID 197 „Die Kinderfront von Kalkar". Das Photo zeigte zwei sehr junge Polizisten in viel zu großen Uniformen. Es hat Schelte gegeben, inner- und außerhalb der Redaktion. Und das war richtig so. Ich hatte die Bildunterschrift nachts zum Ende des Lay out produziert und nicht darüber nachgedacht. Hinterher habe ich mir überlegt, wie diese repressive Zeile in meinem Hirn entstanden ist. Ich habe mal den Film „Die Brücke" gesehen, später erlebt, die die SDAJ und andere dogmatische Gruppen Lehrlinge agitieren, indem sie deren Fragen mit der Pflichtlektüre von ein oder zwei Büchern (‚Kapital' und ‚Lohn,Preis,Pommfrit') abspeisen und sie dann hängen lassen, wie politisch angetörnte Jugendliche Automaten knackten „zum Wohle der Revolution" und nachher im Knast nicht einmal wußten, warum sie eigentlich sitzen.
Das hat mich halt furchtbar wütend gemacht, diese verschreckten Gesichter inmitten von Stacheldraht und Waffen anzusehen. Die folgende Kritik, die ich im nachhinein akzeptiere, hat uns ein Leser geschickt:

„...Seit wann ist das Alter ein Argument, sei es, daß es sich um Angehörige der Staatsmacht oder um Gegner des Staates handelt? Hätte sich das Geringste an der Sache geändert, wenn die Bullen in Kalkar oder anderso über 40 gewesen wären?

Diese Bullen waren sicher nicht jünger oder älter als ein Großteil der Demonstranten. Wenn ihr also Jugendlichkeit bei Bullen mit mangelndem Durchblick gleichsetzt, fällt Euch dies Argument sehr schnell auf die Füße und ihr stellt Euch in eine Reihe mit den Reaktionären, die in allen Bereichen dieser Gesellschaft den Staatszweck Jugendlichen gegenüber mit Hinweis auf das Alter durchsetzen.

Es steht doch sicher fest, daß ein Großteil der Bullen, jung oder alt, richtig findet, was er tut, sonst wäre er nicht Bulle. Bei denen aber, die sich mit diesem Staat identifizieren, ist es unerheblich, wie alt sie sind. Tatsache ist aber auch, daß eine ganze Reihe von ihnen, gerade anläßlich solcher Demonstrationen klar wurde, daß sie auf der falschen Seite standen.

Dafür, daß letztere Erscheinung für diesen Staat zum Problem wird, müssen wir politisch etwas tun und derartige Bildunterschriften sind der Agitation mehr als hinderlich. Erinnern wir uns, daß Wesen und Erscheinung in aller Regel auseinanderfallen (Ausnahme: Schleyer) und vermeidet derartiges in Zukunft, denn es ist letztlich nicht besser, als das, was H.E. Köhler macht (siehe ID 196)

mit solidarischem Gruß...



OFFENE TÜR BEI ID/DRUCKLADEN AUTONOMIE/PFLASTERSTRAND

FRANKFURT Oktober 77 *Während der Frankfurter Buchmesse werden der ID, der Druckladen, die Autonomie und der Pflasterstrand an zwei Tagen die Türen für Freunde und interessierte Messebesucher öffnen, um über die Projekte zu reden und sie darzustellen, nachdem die Staatsschützer von höheren Gnaden und die ihnen das Wort redende Presse mit einer verlogenen Kampagne der Öffentlichkeit weißmachen wollen, hier säße unter anderem eine kriminelle Vereinigung und anderen Unsinn mehr. Zensur und Repression bedrohen diese Projekte, das hat sich in Ansätzen bereits gezeigt. Wir von den Initiativen werden am Samstag und Sonntag jeweils von 10 bis 15 Uhr in den Räumen in der Hamburger Allee 45, Hinterhof für informelle Gespräche bereitstehen, Video-Filme zeigen, Kleinigkeiten zu Essen und Trinken anbieten.*
ID/Druckladen/Autonomie/Pflasterstrand

BILDERDIENST

Diese Woche erschien der Bildband "Atomkraft" von Günter Zint; mehrere dieser Fotos waren schon im ID abgedruckt und sollen damit noch weiter verbreitet werden.
Günter Zint, freier Pressefotograf, ehemaliger Reporter der "dpa", später als Fotograf beim "Spielgel", fotografierte in Brokdorf, Grohnde, Gorleben, Malville und Kalkar.
Seine Fotodokumentation belegt den "Bürgerkrieg" um Atomkraft. Neben den zum Teil schwer verletzten und dem Toten (in Malville) wurde die Pressefreiheit ein Opfer der Auseinandersetzung. Zints Presseausweis erwies sich als ein leeres Stück Papier. 2 Kameras wurden ihm zerschlagen. Zuletzt wurde ein Film, auf dem er Polizisten bei ihrer Arbeit festhielt von der Polizeidiesntstelle in Münster sichergestellt, der Fotograf wurde verhaftet, weil er sich weigerte, den Film herauszugeben.
Der ersten Auflage des Buches wird noch ein ergänzender Bogen mit Fotos von der Demonstration um Kalkar beigelegt.
Günter Zint, Atomkraft
Ein Fotoband mit Texten von Claus Lutterbeck
Nachwort Armin Wertz
102 Seiten, 18x24 quer, 15,8o DM
Verlag Atelier im Bauernhaus
In der Bredenau 5
2802 Fischerhude

*

Auf Demos und bei anderen Anlässen werden immer wieder Filme gedreht, im Format Super 8 und größer.
Wir haben gehört, daß manche Entwicklungs- und Kopieranstalten mit der Polizei zusammenarbeiten und entsprechende Fotos und Filme weiterleiten. Auch soll es schon vorgekommen sein, daß Filmspulen auf dem Postwege versehentlich belichtet worden sind. Jetzt erhielten wir von einer Gruppe aus Braunschweig einen Breif, in dem sie schreiben, daß ihre Filme oft überbelichtet, total überentwickelt oder mit erheblicher Verspätung wieder zurückkommen. Sie fragen uns deshalb: "Kennt ihr Leute, die Filme entwickeln können und bei denen derlei Pannen ausfallen? "
Wer also Filme entwickeln kann, insbesondere Farbfilme in Super 8 mm-Format und größer oder eine Möglichkeit kennt, möge dies bitte dem ID schreiben.

*

Neue Bilder sind da von:
nix

*

Postscheckkonto Bilderdienst: PSchKto Gerd Kever, Frankfurt Nr. 360811-608
Preise: 5,– DM Porto und Versand plus 1,– DM pro Bild.
Sonderwünsche siehe ID 175.

***



RAUMVERBOT FÜR K-GRUPPEN UND ASTA

FRANKFURT
5.Oktober

Der Vizepräsident der Universität Frankfurt hat einen Hörsaal für eine Veranstaltung zum „K-Gruppen-Verbotsantrag" verweigert. Die betroffenen Parteiorganisationen hatten zunächst selbst einen Hörsaal beantragt. Dies wurde von der Unispitze abgelehnt. In Gesprächen mit dem ASTA bekam diese Veranstaltung unter Einbezugnahme auch anderer Gruppen und studentischer Individuen das Konzept einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel: „Situation der Kommunistischen Studentengruppen im Zusammenhang mit den Verbotsanträgen".
Nachdem nun der Raum, vom ASTA angemeldet, ebenfalls nicht genehmigt wurde, sehen wir uns an der Frankfurter Uni noch vor Beginn des Semesters mit für uns neuen Problemen konfrontiert. Aus der Ablehnungsbegründung ist zu entnehmen, daß in Zukunft alle Veranstaltungen des ASTA auf ihren „allgemeinpolitischen Gehalt" abgeklopft werden sollen und im Zweifelsfall verboten werden sollen. Für die Studentenorganisationen der K-Gruppen bedeutet diese Maßnahme der Uni-Spitze die Vorwegnahme des Verbotsantrags.

GEGENJUBILÄUM AN DER ERNST–BLOCH–UNIVERSITÄT

TÜBINGEN
5.Oktober

Vom 7. bis 15.Oktober findet die Festwoche zum 500-jährigen Jubiläum an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen statt.
Die Tatsache, daß in Baden-Württemberg mit der Verabschiedung des HRG bereits Anfang November ein Bundesweiter Maßstab für die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft gesetzt werden soll, ist Anlaß für das von den Tübinger Studenten vorbereitete Gegenjubiläum ihrer Universität, die sie in Ernst-Bloch-Universität umbenannt haben.
Die zentrale Demonstration am Samstag soll der Auftakt für die Landesweiten Aktionen gegen die Durchsetzung und Verabschiedung des HRG sein.
–1000 Jahre Unrecht machen noch keine Stunde Recht– (E. Bloch)

Zum Gegenjubiläum haben die Tübinger ein Programm vom 7. – 13.Oktober vorbereitet mit einem Themenkatalog, der ein Spektrum vom „Terrorismus an der Hochschule" bis zum Verhältnis Hochschule und Betrieb umfaßt. Studenten und Interessierte aller Bundesländer sind eingeladen.

AN ALLE BASISGRUPPEN' ASTEN, FACHBEREICHSGRUPPEN,STUDENTISCHE INDIVIDUEN...

FRANKFURT
5.Oktober

Ab nächster Woche wollen wir die Produktion des HOCHSCHUL–ID wieder in Angriff nehmen. Gerade im Hinblick auf die geplanten Wintersemesteraktionen, der „Sumpf-Hetze", der drohenden ASTA-Abschaffung usw. usw. ist ein ständiger Informationsfluß besonders wichtig.

Also: Für die 1.Nummer ist Mittwoch, der 13.10.77 um 14.00 Uhr Redaktionsschluß. Schickt Material oder ruft im ID bzw. im ASTA Universität Frankfurt an und fragt nach Uschi. Wer noch Rechnungen vom letzten Jahr zu zahlen hat, soll das allerschnellstens erledigen!!!

SOLDATENTREFFEN

MÜNSINGEN
6. Oktober

Der Antimilitaristische Arbeitskreis teilt mit :
Für alle Soldatengruppen, Antimilitaristischen Gruppen, Komitees und Soldaten aus Süddeutschland findet am 29. und 30. Oktober 1977 im Großraum Tübingen/Stuttgart ein Treffen statt. Herzlich eingeladen sind alle Personen, die uns über ihre Gruppe oder über persönliche Kontakte bekannt sind. Wir sind gezwungen, wieder recht genaue Kontrollen durchzuführen.
Anmeldung schriftlich oder persönlich an den AMAK, z. Hd. Bernd Plagemann, Postfach 12 22, 7420 Münsingen
Wir haben für das Treffen ein Filmprogramm aus 6 Filmen zusammengestellt. Außerdem werden wir sprechen über:

1. Mai-Aktionen, Manöver 1977, Russell-Tribunal, Sonstiges. Außerdem ist Zeit zum persönlichen Kennenlernen; Beginn: Samstag, 29.10.77, 10 Uhr. Kosten: Für wehrpflichtige Soldaten 20 Mark, für andere 30 Mark - Schlafsack mitbringen, Lebensmittel werden gestellt.

ACHTUNG: Bitte sofort anmelden. An alle, die sich melden, geht Nachricht mit genauer Ortsbeschreibung.

PRESSEFEST BEI "KLENKES"

AACHEN
6. Oktober

Am 3. Dezember macht die AAchener Stadtzeitung "Klenkes" ein Fest. Es werden die okzitanische Gruppe "Carda bela" und die irische "Free man" spielen.
Kontakt zu diesen Gruppen über "Klenkes", Oppenhofallee, Aachen.



KALKAR: „KEINE BESONDEREN VORKOMMNISSE"

KASSEL
26. September

Folgenden Bericht erhielten wir von einer Frau aus Kassel:

1. Ich war noch nie auf einer Demonstration.
2. Ich bin ein absoluter Gegner jeglicher Gewalt und hatte schon oft Gelegenheit, die Macht der Gewaltlosigkeit im Umgang mit jugendlichen Gewalttätern zu erfahren.
3. Ich gehöre zu keiner politischen Vereinigung, bin auch nicht Mitglied einer Bürgerinitiative.

Trotzdem wollte ich zu der Demonstration am Samstag, dem 24. September 1977, nach Kalkar fahren. Bewaffnet mit heissem Kaffee, Brötchen, Wolldecke und Kissen (Nächte im Bus sind erfahrungsgemäß lang und kalt) fand ich mich um 0.00 Uhr an der Kasseler Stadthalle ein. Vondort fuhren zwei Busse. Mit zweieinhalbstündiger Verspätung (wir hatten vergeblich auf Busse aus Göttingen gewartet) ging die Fahrt los. Langsam verstummten die Gespräche. Jeder richtete sich zum Schlafen ein.

Plötzlich sind alle hell wach. Die Straße ist gesperrt. Eine Großbaustelle? Was dann geschah, war wie ein Alptraum. Wir stehen auf dem taghell erleuchteten Parkplatz bei Breuna. Um die Busse herum - ich schätze - eine Hundertschaft Polizei mit Maschinenpistolen im Anschlag. Polizisten mit Kameras fotografieren von außen die Reisenden. Beamte in Zivil kommen in den Bus. Einer stellt sich als Einsatzleiter vor, kündigt eine Personen- und Gepäckkontrolle an und bittet uns, keine Schwierigkeiten zu machen. Die Ausweise werden zur Überprüfung eingesammelt.

Ich wundere mich. Außer einem gelegentlichen unfreundlichen Wort herrscht erstaunliche Gelassenheit bei den überwiegend jungen Businsassen. Draußen wird weiter geknipst. Zwei oder drei im Bus knipsen auch. „Sie werden aufgefordert, das zu lassen, da sonst die Kameras beschlagnahmt werden!" Dann kommt der Befehl „Alle aussteigen!". Wir steigen nicht aus ohne Ausweise! Verhandlungen. Draußen die Maschinenpistolen. Die Ausweise werden zurückgegeben. Leibesvisitation. Alle Männer müssen einzeln aussteigen, die Frauen dürfen im Bus bleiben und werden von einer Beamtin visitiert. Gleichzeitig wird das Gepäck kontrolliert. Keine Beanstandung. Im Nachbarbus müssen alle die Schuhe ausziehen.

Nach einer Stunde ist der Spuk vorbei, wir können weiterfahren. Ich denke laut: Kein schöner Land in dieser Zeit... Langsam ebbt die Erregung ab. Wir wollen versuchen zu schlafen. Eintönig brummt der Bus vor sich hin. Es ist kalt und zugig. Am Haarstrang soll eine Pause gemacht werden. Auf einmal ist ein Polizeiauto neben uns. Wir werden auf den Rastplatz gewiesen. Wieder Polizisten. Kontrolle. Zwei Busse stehen da, sind offenbar schon „abgefertigt". Wir wehren uns. Wir sind doch schon kontrolliert worden! „Was die Hessen machen, interessiert nicht. Jetzt sind wir in Nordrhein-Westfalen". Wenn wir nicht freiwillig aussteigen, soll der Bus gewaltsam geräumt werden. Nur keine Gewalt! Wir steigen aus. Es ist 6.00 Uhr, die Nacht ist lausig kalt, wir haben nicht geschlafen.

Es herrscht Unsicherheit. Was soll geschehen? Gepäckkontrolle! Aber bitte nur, wenn die Vertrauensleute dabei sind. Verhandlungen. Die beiden jungen Männer sollen in den Bus kommen. Plötzlich erregte Stimmen hinter mir. Ich drehe mich um und sehe, wie ein Polizeibeamter einen jungen Mann aus einer Gruppe zerrt, schlägt, versucht, ihn abzuführen. Der Grund? Demonstranten springen herzu, brüllen den Polizisten an, fragen, ob hier keine Rechte mehr gelten - der Polizist zieht sich zurück.

Die Atmosphäre ist nun gespannt. Ich wende mich wieder zum Bus. Die Vertrauensleute sind nicht mehr drin. Ich höre, sie seien aus dem Bus herausgedrängt worden. Die Bustüren sind geschlossen, drinnen der Fahrer und drei Polizeibeamte. Durchs offene Fenster höre ich eine Anweisung an den Fahrer: „In drei Minuten fährt der Bus ab. Wenn die Demonstranten nicht eingestiegen sind, fahren Sie leer ab. Ist das klar? Wenn Sie diese Anweisung nicht befolgen, sind Sie Ihre Lizenz los!" Die Bustür soll geöffnet werden - sie klemmt. Ratlosigkeit. Plötzlich reißt ein Beamter die Tür auf: „Bringt mal den Bully! Das ganze Gepäck ist beschlagnahmt!" - Das darf doch nicht wahr sein. Warum soll unser Gepäck beschlagnahmt werden? Wir stellen uns vor die Tür, blockieren den Zugnag zum Bus. Auf der Wiese erscheint eine Spezialeinheit der Polizei mit Schutzschildern und Helmen. Hundeführer mit ihren Hunden nähern sich. Die Polizei versucht, die Demonstranten von der Tür wegzudrängen. Die drängen zurück. Ich bitte: Gebt auf, es hat keinen Zweck! Aber in dem Tumult geht die Stimme unter. Ein Aufschrei: Die Beamten im Bus schlagen mit Gummi-

knüppeln auf die Köpfe ein. Ein Demonstrant bricht schwer getroffen zusammen. Wir haben Mühe, ihn fortzubringen. Eine Frau schreit: Aufhören, aufhören! Den Hunden werden die Maulkörbe abgenommen. Ein Hubschrauber kreist über uns. Die Demonstranten geben auf. Die Gewaltlosigkeit weicht der Gewalt. Vernunft (oder Resignation?) hat gesiegt.

Dann wird das Gepäck ausgeräumt: Proviant, Verbandszeug, Taucherbrillen, Motorradhelme, Kameras, Zitronen, Regenkleidung, Halstücher. Inzwischen ist es 8.00 Uhr. Die Fahrt ist beendet. Die Busfahrer haben die höchstzulässige Zeit von acht Stunden Dienst erreicht. „Wenn Sie weiterfahren, verlieren Sie Ihre Lizenz!" Ersatzfahrer sind nicht da. Aus.

Ich stehe vorne am Graben. Hinter mir die Demonstranten, vor mir die Polizisten. Ich sehe in ihre Gesichter. Ich denke, ich muß hingehen, muß mit ihnen reden. Ich habe oft zwischen Fronten vermittelt, geredet. Menschen müssen miteinander reden. Aber ich gehe nicht. Ich habe Angst, nackte Angst. Da sind die Gummiknüppel zwischen uns.

Ein Demonstrant kommt zu mir und sagt traurig: „Da stehen wir uns nun gegenüber wie Feinde..."



KALKAR, 24. SEPTEMBER

DÜSSELDORF
5. Oktober

Von einem fünfzehnjährigen Schüler, Mitglied des Bundes Umweltschutz Düsseldorf, erhielten wir folgenden Augen- und Ohrenzeugenbericht über seine Erfahrungen mit der deutschen Polizei:

"Mit welchem Eifer die Polizei für Ruhe und Ordnung sorgt, zeigt das Beispiel meiner Festnahme. Ich wollte lediglich mein Recht wahren, als ich mich mit einer Gruppe von ungefähr 25 Leuten vor die abfahrenden Busse stellte, die der Bund Umweltschutz Düsseldorf (BUD) für den ganzen Samstag gemietet hatte, um damit zur Demonstration nach Kalkar zu fahren. Die Ordnungshüter fingen sofort an, den Weg für die anfahrenden Busse freizuschlagen. Als ich in dem Getümmel meinen Rucksack verloren hatte, zerrten mich 4 Vopos an den Haaren in einen Hauseingang. Mit Spezialgriffen wie z.B. Arme auf den Rükken drehen, an den Haaren und Ohren ziehen, Nase umdrehen und die Backenknochen auseinanderpressen, schleppten sie mich zu ihren Einsatzfahrzeugen.

Dort mußte ich mich breitbeinig an einen Wagen stellen und wurde nach Waffen durchsucht. Ein ganz besonders "hilfsbereiter" Polizist meinte nebenbei, daß er mir die Zähne ausschlagen und von hinten in die Eier treten würde, wenn ich mich bewegen würde. Nachdem sie mich aufgefordert hatten, ihnen meinen Personalausweis zu geben, griff ich in meine Manteltasche, worauf ich gleich eins vor den Kopf bekam. Dann durfte ich mich langsam umdrehen, mich auf den nassen Boden setzen und ihnen meinen Kinderausweis (denn ich bin erst 15 Jahre alt) geben, worauf die Intelligenzbolzen guckten.

Danach mußte ich meinen Rucksack auspacken, denn der Grüne hinter mir meinte kurz vorher, er sei Boxer gewesen und wüßte, wo man hinschlagen müsse. Zuerst mußte ich ihnen aus meiner Wasserflasche vortrinken, dann nahm mir der Schupo die Riechstäbchen und Tabletten aus den Sani-Sachen, um bei seinen Kollegen nachzufragen, ob dies nicht Rauschgift sein könne. Nach dieser Visite nahmen sie mich ins Kreuzverhör. Als ich auch diese Tortur hinter mich gebracht hatte, durfte ich, allerdings jetzt registriert, zurück zu den anderen Demonstrationteilnehmern."

"WAFFEN"–SCHAU IN OLDENBURG

OLDENBURG
3. Oktober

Leute aus Oldenburg schickten uns folgenden Brief zum Thema Kalkar:

„... Die Hilflosigkeit und Ohnmacht, die uns nach insgesamt sechs Polizeikontrollen teils mit entwürdigender Körperabtastung und Beschlagnahmung irgendwelcher Gegenstände befiel, sollte nicht lange anhalten.
50.000 Freunde, Genossen in Kalkar gaben uns wieder Mut, wenigstens gegen die Schlachtengemälde von Polizei und Presse zuhause anzutreten.
Nach Rückgabe unserer "waffenähnlichen Gegenstände" (insgesamt 9 Säcke) verteilten wir den Inhalt auf's Pflaster und machten in der Innenstadt drei Tage lang "Waffenschau". Zu den Reaktionen der Passanten sei nur so viel gesagt: das Interesse war riesengroß.
Gleichzeitig versuchten wir mit Pressemitteilungen, Flugblättern, Sandwichmännern/frauen, Gesang und Büchertisch eine Öffentlichkeit zu erreichen.
Dienstaufsichtbeschwerden und weitere Aktionen (u.a. Einrichtung eines Ermittlungsausschusses) sollen folgen.
Fazit: Aktion ist gut gegen Resignation!!!"



INFORMATIONSBROSCHÜRE ÜBER SCHNELLE BRÜTER

FREIBURG
4. Oktober

Eine Informationsbroschüre über Funktionsweise, Unfallgefahren, Plutonium. Diese Broschüre stellt die Gefährlichkeit schneller Brutreaktoren und der mit ihrem Betrieb verbundenen Plutoniumökonomie dar. Sie erläutert die Wichtigkeit der Brüter für die Atomenergiepläne. Sie wurde von Naturwissenschaftlern der Universität Freiburg erstellt, die den Kampf gegen das Atomenergieprogramm der BRD durch ihre Mitarbeit im Arbeitskreis Umweltschutz und in der Freiburger Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen unterstützen.

Zu beziehen über
Freiburger Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen
Wilhelmstr. 15
7800 Freiburg
Tel.: 0761/32056
Einzelpreis: 2 DM + 0,30 DM Porto
für BI's: 1,50 DM + Porto

ÖKOLOGIE--KONGRESS "DAS LEBEN HAT VORRANG"

PFORZHEIM
Oktober 77

Die Demokratische Lebensschutzbewegung (DLB) veranstaltet am Sonntag, 16. Oktober, in Dortmund den Kongreß "Das Leben hat Vorrang" (in den Reinoldisälen, Reinoldistr. 7, ab 10 Uhr). Er schließt an die Kongresse in Kassel (1972)und Gießen (1976) an. Zu den Referenten gehören u.a. Paul Blau, Robert Jungk und August Haußleiter.

Der Kongreß will versuchen, eine Gesprächsplattform für die Organisationen des Umweltschutzes zu entwickeln.

Kontaktadresse: DLB, im Wasen 3, 7530 Pforzheim

ALTERNATIVEN ZUR ATOMENERGIE

BÜDINGEN
3. Oktober

„ In der Nähe von Frankfurt (bei Büdingen) haben wir, eine Gruppe von Lehrern, Studenten und Arbeitslosen, elf Frauen und sechs Männer, die sich in Tvind (Dänemark) kennengelernt hatten, die Initiative ergriffen, um ein Wohnhaus unabhängiger von umweltschädlichen Energiequellen zu machen: Wir begannen mit dem Bau einer Sonnenheizung.

Dabei war uns wichtig, ohne Spezialisten im Kollektiv zu arbeiten. Durch die enge Verbindung von gemeinsamem Leben und gemeinsamer Arbeit hatte jeder einzelne vollen Anteil am Gelingen des Projekts. Zum Beispiel konnten einige Lehrer, die täglich zur Schule mußten, trotzdem in unsere Arbeit integriert werden.

Die technische Ausführung sah so aus: Wir bauten ausschließlich mit Materialien, die auch sonst beim Hausbau verwendet werden (Plattenheizkörper, Doppelglasscheiben, Gartenschlauch, Installationsmaterial, Glaswolle, Holz usw. - Materialkosten pro Quadratmeter 140,-- DM). Obwohl wir bereits in Tvind ein kleines Sonnenkollektormodell für eine Ausstellung gebaut hatten und das theoretische Prinzip uns allen klar war, tauchten bei der praktischen Umsetzung einige Probleme auf. Die Probleme der Baustufe 1 (Kollektorkreislauf) scheinen uns momentan ausreichend gelöst. Für die zweite Baustufe ist noch weitere theoretische Vorbereitung notwendig. Hierzu brauchen wir Tips und Erfahrungen von Leuten, die Lösungen für folgende Probleme haben: Wie sieht der optimale Wärmeaustausch im Tank aus (Verhältnis Kollektorfläche/Tankvolumen/Wärmeaustauschfläche - unsere Kollektorfläche beträgt 9 Quadratmeter)? Regelung der Umwälzgeschwindigkeit durch Pumpe in Abhängigkeit von der Temperatur?
Wir freuen uns über jedes Interesse und alle Vorschläge und geben gerne unsere Erfahrungen an Euch weiter.

Kontaktadresse: Sonnenkollektor AG
Weihergasse 7
637O Büdingen 4

ALTALUMINIUM FÜR BUNDESMINISTER

KARLSRUHE
Oktober 77

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ruft zu einer Aluminium-Aktion auf. Aluminium ist ein Rohstoff, für dessen Gewinnung sehr viel Energie benötigt wird. Sinn der Aktion ist es, gebrauchtes Aluminium wieder zu verwenden (z. B. Frischhaltepackungen, Deckel von Joghurtbechern Getränke- und Spray- Dosen, Schokoladenpapier usw.). Der ganze Segen soll dann gebündelt an den Bundesinnenminister Maihofer oder an den Bundeswirtschaftsminister geschickt werden. In einem Flugblatt erläutert die BBU u.a.:

"Die Herstellung einer Tonne Aluminium aus Bauxit benötigt: 24.000 kwh (Kilowattstunden) Strom. Dabei werden trotz Filter an die Umwelt abgegeben: 318 kg Kohlenmonoxyd (CO), 12,7 kg Schwefeldioxid (SO_2) , 0,795 kg Fluorwasserstoff (HF), 18 kg Staub.

Zur Herstellung einer Tonne Aluminium aus Altaluminium benötigt man nur 3 Prozent des Stroms, also nur 720 kwh statt 24.000 kwh. Dabei werden keine Schadstoffe abgegeben ...

Aluminium ist leicht! Deshalb müssen wir viel Aluminium sammeln, damit es ins Gewicht fällt!
Ein Beispiel:
— Eine Alu-Getränkedose wiegt ca. 50 Gramm.
— Zur Herstellung dieser Aluminiummenge aus Bauxit benötigt man 1,200 kwh. Mit 1,200 kwh brennt eine 100 Watt-Birne 12 Stunden.
— Zur Gewinnung von 50 Gramm Aluminium benötigt man 0,036 kwh . Mit 0,036 kwh brennt eine Birne 20 Minuten.
— Energieersparnis pro Dose, d.h. 50 Gramm Aluminium, 1,164 kwh.

Aluminium, ein Werkstoff mit hochwertigen Eigenschaften (korrosionsbeständig) als Material für Einwegflascehn und Verpackungsmaterial zu verwenden, ist volkswirtschaftlich — ökonomisch und ökologisch nicht zu verantworten.
Was machen wir mit Altaluminium?
Ab ersten November schnüren wir Pakete und schicken unsere Sammlungen an den
Bundesinnenminister, Herrn **Prof. Werner Maihofer**
Rheindorfer Str. 198
5300 Bonn
oder an den
Bundeswirtschaftsminister, Herrn **Dr. Hans Friderichs**
Villemombler Str. 76
5300 Bonn-Duisdorf
mit der dringenden Aufforderung, Altaluminium-Sammelstellen im gesamten Bundesgebiet einrichten zu lassen und die Wiederverwertung des Altaluminiums bei der Industrie zu veranlassen und durchzusetzen.
Darüber hinaus fordern wir so schnell als möglich, Aluminium

als Verpackungsmaterial abzuschaffen.
Denn: Wir alle wollen Energie sparen!
Wir alle treiben praktischen Umweltschutz!

Weitere Flugblätter und Informationschriften zum Energiesparen erhalten Sie beim BBU gegen einen Unkostenbeitrag.
Kontaktadresse:
BBU e.V., Schliffkopfweg 31 a, 7500 Karlsruhe, Tel.: 0721/574477)
Spendenkonto: Deutsche Bank, Freiburg 2314797 (BLZ 680-70030).

NOCH EINE MALVILLE–DOKU

BIELEFELD
Oktober 77

Das Bielefelder Malville - Kollektiv hat eine Dokumentation herausgegeben. Sie enthält u.a. Beiträge zur Vorgeschichte, Demo-Eindrücke, Prozeßbericht, etwas über die französische Pressekampagne und eine geographische Übersicht. Der Gewinn aus dem Verkauf der 74seitigen Broschüre soll an die Opfer der Demonstration überwiesen werden.

Herausgeber ist das Bielefelder Malville-Kollektiv - Konto : K. Hoffmann, Sparkasse Bielefeld, Nr. 43 51 51 54 - Preis: ... Mark plus Porto, Portogebühren: je Broschüre ca. 250g: bis 250g 0,70 DM; 250-500g: 1,20 DM; 500-2 000g: 2,00 DM.
Der Versand bestellter Exemplare erfolgt nur nach Eingang der Buchung auf obigem Konto.

KEIN ZEMENT FÜR DEN SUPER–PHENIX

MALVILLE
5.Oktober

Anfang September wurde ein Attentat in einem Steinbruch der Gesellschaft 'Ciments Vicat' zwischen Bouvesses und Montalieu verübt. Nach der Meinung des Betriebsdirektors beträgt der Schaden 200 000 Franc. Für die Sprüche „Kein Zement für den Super-Phenix" „Nein dem Atom" erklärte sich später eine Anti-AKW-Gruppe verantwortlich. Die Gesellschaft 'Ciments Vicat' liefert nämlich den für den Bau des Super-Phenix nötigen Zement. Die Sektion der kommunistischen Partei im Departement Isere hat eine beispielhafte Stellung bezogen: „Wir kritisieren die Regierung, die solche Attentate zuläßt... jede demagogische oder kompromißlerische Haltung den Anti-AKW-Gruppen gegenüber kann nur der Regierung nützen."
Einige Mitglieder der Malville-Komittees in Grenoble dazu: „Diese Art von Aktionen ist ideal, sowohl wegen der Zielscheibe, als auch, weil sie die Durchführung der Beschlüsse von Morestel (Anti-AKW-Tagung im Frühjahr 77) darstellen.
(Libé vom 16.9.77)



SOZIALISTISCHER UMWELTKONGREß

FRANKFURT
7. Oktober

Das „Sozialistische Büro" Offenbach und die Jungsozialisten Frankfurt veranstalten vom 28.10. bis 30. 10. und vom 4.11. bis 6.11. einen Kongreß „Sozialistische Umweltpolitik" in Frankfurt. Dazu schreiben die Veranstalter:

WIR – UNSERE UMWELT – VERÄNDERUNGEN

Es scheint alles darauf hinzuweisen, daß die AKW-Bewegung mit schnellen Schritten sich einer Sackgasse nähert. Die eine Bewegung gibt es nicht mehr; die sogenannten fortschrittlichen spalten sich von den „dümmlichen" Bürgerlichen und das eine K arbeitet zunehmend gegen das andere K. Spaltungspilze überall, Frustration und Aggression, keiner weiß weiter, aber jeder will den richtigen Weg weisen.
Aktionen? Ja, endlich mal wieder raus, Schluß ,it dem dummen Gesabbel und der Anmache in den Initiativen. Nur – was

für Aktionen? Bauplatzbesetzungen mit militärähnlichen Auseinandersetzungen? Listige Aktionen kleiner Gruppen? Was bringt uns die Rettung vor dem drohenden Monstren, den Atomanlagen und Atomwaffen? Und dann -- im Hinterkopf die Gedanken, dies ist ja nur die Spitze der Zerstörung meines Lebensraumes; Chemikalien, Zerstörung der Wohnstruktur : Eigentlich bedroht uns alles in dieser profitgierigen Gesellschaft

Dies waren unter anderem die Gedanken, die uns zur Planung eines Umweltkongresses brachten. Wobei wir uns einerseits durch die Auseinandersetzung mit der Theorie über dieses System und der Umwelt sowie unserer eigenen Lebenssituation Anstöße für die weitere Arbeit gegen dieses System, für Aktionen und der Gestaltung unseres Lebens erhoffen. Andererseits schon den Versuch wagen wollen, anregen wollen Aktionen zu machen, um große akademische Sprünge zu verhindern. Uns spukt zum Beispiel der Aufbau der ersten alternativen Volkshochschule in einer Großstadt im Kopf rum. Nur frißt uns der Organisationskram dieses Kongresses langsam auf!

Wir brauchen euch mit Ideen und dem Wunsch zur Verwirklichung solch einer Sache. Auch das Mitwirken am Öko-Fest und die Ausgestaltung der Aktionswoche mit eigenen Sachen von euch wünschen wir uns. Es wäre toll, wenn in der Aktionswoche jeder in Frankfurt über die Umwelt stolpern würde, z.B. könnte man Straßen beruhigen, Bäume pflanzen, die Fressgass zur Fressgass gestalten etc.. Jeder Frankfurter muß lernen, seine Stadt lebensfähiger machen zu wollen.

Wenn ihr mehr wissen wollt oder selbst was machen wollt könnt ihr uns von Montag bis Freitag in der Zeit von 15 bis 18.30 Uhr in dem sogenannten Kongressbüro, Kleine Hochstraße 5, 6 Frankfurt 1, unter der Telefonnummer 0611 - 28 52 81 erreichen. Außerdem könnt ihr unter der Nummer 06173 - 4132 bzw. 4912 Reiner Steinweg fragen.

Behandelt werden auf dem Kongreß folgende Themen:

1. Umweltkrise und Produktionsweise
mit einer Einführungsveranstaltung am 28.10.1977, 20 Uhr, Ort: Universität Frankfurt, Hörsaal VI und Arbeitsgruppen am 29.10.1977, 9-18.30 Uhr, Ort: Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1 Arbeitsgruppen: 1. Ökonomische und politische Ursachen der Umwelt- und Energiekrise; 2. Konkrete Kapitalbewegung und Atomenergie; 3. Rationalisierung/Arbeitsplätze/Energiepolitik; 4. Inhalte und Grenzen von Wachstum; 5. Umwelterfahrung/Medien/Bewußtsein.

2. Umweltkrise und Dritte Welt
mit einer Einführungsveranstaltung am 29.10.1977, 20 Uhr, Ort: Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1 und Arbeitsgruppen am 30.10. 1977, 9 bis 16 Uhr, Ort: Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1. Arbeitsgruppen: 1. Umweltzerstörung als Folge von Kolonialismus und Neokolonialismus: Technologietransfer und ökologisches Gleichgewicht; 2. Wachstum und Unterentwicklung; 3. Theoretische und praktische Alternativmodelle.

3. Perspektiven und Strategien :Arbeiterbewegung, Umweltschutz und Bürgerinitiativen
mit einer Einführungsveranstaltung am 4.11.1977, 20 Uhr, Ort: Universität Frankfurt, Hörsaal VI und Arbeitsgruppen am 5. 11.1977, 9.30 bis 18 Uhr, Ort: Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1. Arbeitsgruppen: 1. Gewerkschaften und Umweltschutz; speziell Atomenergie; 2. Umweltkrise und politische Entscheidungsstrukturen; 3. Bedingungen eines erfolgreichen Widerstandes gegen Umweltzerstörung

4. In der Woche vom 31.10. bis 4.11. soll in Frankfurt eine Aktionswoche zum Ökologieproblem, insbesondere zur Atomenergi e stattfinden

5. Ökologiefest
Ort: Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1 am Samstag, 5.11.1977, 20 Uhr.

Für Vorschläge zur Aktionswoche und zum Fest ist das Komitee dankbar.

DAS ROLLENDE ANTI–ATOM–DORF INFORMIERT

GROHNDE
4. Oktober

Der im ID 195 angekündigte Informationsmarsch der geräumten Anti-Atom-Dorfbewohner wurde durchgeführt.

Am 3. September machten sich ca. 30 KKW-Gegner in Grohnde auf den Weg nach Kalkar. Wir führten einen Planwagen, mehrere PKWs und Fahrräder mit uns, der größte Teil der Gruppe ging zu Fuß und zog den Planwagen.
Auf unserem ca. 400 km langen Marsch über Bad Pyrmont, Erwitte, nördliches Ruhrgebiet, Wesel, Kalkar, verteilten wir ungefähr 10.000 eigene Flugblätter, dabei ergaben sich viele Einzelgespräche mit der ansässigen Bevölkerung. In jeder Stadt durch die wir zogen, wurden Info-Stände aufgebaut, es wurde Musik und Straßentheater gemacht. Über Megaphon wurden Auszüge aus dem Katastrophenschutzplan Fessenheim verlesen. An 4 Orten haben wir Dia-Vorträge gehalten.

Unterwegs gaben uns viele AKW-Gegner Übernachtungsmöglichkeiten oder halfen bei der Suche danach, sogar Behörden und das Diakonische Werk stellten uns Sportplätze zum Zelten zur Verfügung. Einmal konnten wir alle in der Wohnung eines Pfarrers übernachten.

Bis kurz vor Kalkar verhielt sich die Polizei auf dem gesamten Marsch sehr zurückhaltend. Nach unserem Einzug in Hönnepel/Kalkar am 20. September, beschränkte sich unsere Arbeit nur noch auf den Reagieren gegenüber den ständigen, erniedrigenden Polizeieinsätzen. Unsere Informationsarbeit kam zum Erliegen, da sämtliches Info-Material, sowie alle Theater-Requisiten von der Polizei beschlagnahmt wurden. Der Planwagen, der auf der Wiese des Bauern Maas stand, wurde zerstört! (von der Polizei? !!)

Neben den Erfahrungen, die wir mit dieser uns fremden Art der Info-Arbeit machten, stehen die Erfahrungen und Erlebnisse innerhalb unserer Gruppe. Wir haben es tatsächlich geschafft mit 30 ganz unterschiedlichen Leuten die Strapazen dieses Marsches durchzustehen. Da haben wir uns manchmal ganz schön angeschrien, es wollte auch jeder mal gehen, weil's ihm total gestunken hat, aber irgendwie haben wir es dann doch immer geschafft unseren ganzen "Haufen" zusammenzuhalten! Daß wir weiterarbeiten wollen, im Kampf gegen die KKWs und darüber hinaus gegen jegliche Form von Repression in der BRD, ist für die meisten von uns klar.
Über unsere Erfahrungen werden wir demnächst eine Dokumentation erstellen.

Erfahrungen des rollenden Anti-Atom-Dorfes in Kalkar

"Am Donnerstag, den 22.9.77 meldeten die Nachrichtensendungen der Fernsehprogramme und des Hörfunks, daß in Kalkar sechs Personen verhaftet und ihr Kleinbus mit Molotow-cocktails, Totschlägern und ähnlichem beschlagnahmt worden sei.
Dieser gezielten Falschinformation möchten wir auf diesem Wege entgegentreten und geben deshalb folgende Erklärung ab:
Die sechs oben genannten Personen sowie der Kleinbus gehörten zum rollenden Anti-Atom-Dorf aus Grohnde, welches aus 25 Personen mit Planwagen, Fahrrädern und Kleinbus bestand

und einen 17-tägigen Fußmarsch von Grohnde nach Kalkar unternommen hat. Dieser Marsch hatte den Zweck, die Bevölkerung über die Gefährlichkeit der Atomenergieanlagen zu informieren und sie zur Demonstration in Kalkar aufzurufen. Dabei wurde der Kleinbus mit dem Informationsmaterial benutzt, um in Orten entlang der Route Diavorträge, Diskussionsrunden und Informationsstände durchzuführen. Ansonsten diente der Kleinbus zum Transportieren der Küche, der Zelte und des nötigen Werkzeugs für Autoreparaturen und mit dem Camping zusammenhängenden Arbeiten.
Als wir mit diesem Informationswagen am 22.10.77um 1 Uhr morgens von einer Polizeistreife in Emmerich gestoppt wurden und ohne Erklärung eine 3/4 Stunde bis zum Eintreffen der Verstärkung warteten, war uns nicht klar, auf was für einer "Bombe" wir saßen. Diese ging hoch, als die angeforderte Verstärkung (etwa 25 Polizisten mit Maschinenpistolen) uns zum Durchsuchen an die Wände stellten und den Kleinbus ohne Durchsuchungsbefehl durchsuchten. Da war auf einmal aus Seilen, die zum Ziehen des Planwagens nötig waren, Altöl vom ein paar Tage zuvor selbst durchgeführten Ölwechsel, den oben beschriebenen Werkzeugen, Zeltstangen und im Wagen befindlichen Flaschen usw. "Molotowcocktailzutaten", "Sturmwerkzeuge" und "Totschläger" geworden. Das waren Sachen, die wir tagelang dabei gehabt hatten und die selten benutzt bzw. als Ersatzteile mitgeführt worden waren, nun auf einmal wichtige hochgefährliche Artikel, während das für uns wichtige Informationsmaterial und die Leinwand für die Polizisten völlig uninteressant waren und von einer Ecke des Wagens in die andere flogen. Auf unsere Fragen , wer der Einsatzleiter sei, ob wir die Dienstausweise sehen könnten, welcher Grund für unsere Festnahme bestände, lachten die Polizisten und sagten: "Wir wollen ja gar nichts von Euch!" Wir wurden dann auf der Polizeistation in Emmerich ohne Begründung eingesperrt, die Anwaltsbenachrichtigung wurde 8 Stunden lang verwehrt. Wir wurden nicht auf unsere Rechte hingewiesen, und andere Grundrechte wurden uns verwehrt. Als wir dann nach 12 Stunden ohne Erklärung freigelassen wurden und nur noch der Informationswagen weiterhin beschlagnahmt blieb, waren wir naiv genug zu glauben, daß jetzt alles aufgeklärt sei und unsere Unschuld bewiesen sei. Von dem, was in den Nachrichtensendungen dann über uns gesagt wurde, waren wir sehr überrascht und fühlen uns verleumdet.
Hier wird sehr deutlich, daß von bestimmten Stellen ein Vorfall aufgebauscht wurde, um die ganze AKW-Nein-Bewegung und alle Umweltschützer zu kriminalisieren und die Maßnahmen des Innenminister Hirsch zu rechtfertigen. Der Innenminister hatte ja immer vor den "gewalttätigen Gruppen" gewarnt und alle Bürger aufgefordert, nicht zu dieser Demonstration zu gehen, um nicht den "Gewalttätern" in einen Topf geworfen zu werden. Uns dann als "Gewalttäter" in den Nachrichten darzustellen, verrät die Unsicherheit derjenigen, die Atomkraftwerke bauen und betreiben. Wir sind Umweltschützer und werden weiter die Bevölkerung über die Gefahren der Atomenergieanlagen und über die anderen möglichen Energieformen informieren. "



AKW-GEGNER FREIGESPROCHEN

ITZEHOE Oktober 1977 — *Prozesse gegen AKW-Gegner laufen im ganzen Land. Diesen Bericht schickte ein Prozeßbeobachter aus Bremen:*

Am 27.9.1977 fand gegen einen AKW-Gegner aus Ottersberg der Prozeß wegen "schweren Landfriedensbruch" vor dem Schöffengericht in Itzehoe statt. Ihm wurde vorgeworfen, während der Demonstration am 13.11.1976 in Brokdorf nachmittags den Bauzaun beschädigt zu haben. Polizistenwollten ihn genau gesehen haben, als sie ihre mörderischen Einsätze vom Bauzaun aus starteten und uns mit chemical mace und Tränengas beschossen.
Auf dem Nachhauseweg wurde er wie viele von uns überfallen und herausgegriffen. Der Grund für das "Wiedererkennen" war, daß unser Freund aus Ottersberg einen Bolzenschneider bei sich trug. Der Staatsanwalt Triskatis forderte aufgrund der "besonders klaren" Polizistenaussagen zehn Monate Freiheitsstrafe mit drei Jahren Bewährung.

Es kam aber doch etwas anders. Unser Freund wurde freigesprochen. Der Richter sagte aber während seiner Urteilsbegründung, daß das Urteil ein "Schöffenurteil" sei. Das Gericht setzte sich zusammen aus einem Berufsrichter und zwei Schöffen aus der Umgebung. Dieses Urteil darf und kann bei uns keine Freude auslösen, denn wir sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ein Vertrauen in die Gerichte nicht gerechtfertigt. Dasselbe Gericht verurteilte eine Woche vorher einen AKW-Gegner wegen unerlaubten Waffenbesitz zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf drei Jahre Bewährung und DM 1500,-- Geldstrafe und einen AKW-Gegner zu DM 300,-- Geldstrafe für das Verteilen eines Flugblattes mit dem Aufruf zur Demonstration am 19.2.1977.

Die Gewalt und der Terror der Atommafia findet nicht nur dort statt, wo AKW's geplant, gebaut und betrieben werden, wo Urteile im "Namen des Volkes" gegen AKW-Gegner verhängt werden, sondern auch dort, wo von uns versucht wird, die Öffentlichkeit über die Zustände zu informieren, die während der Prozesse geschaffen werden.
Während der Prozesse in Itzehoe wurde über die gesamte Stadt ein Demonstrations- und Informationsverbot verhängt. Die Atommafia will verhindern, daß wir die Öffentlichkeit darüber informieren, daß die Prozesse faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Zu den genannten Prozessen wurden 25 Zuschauerplätze geschaffen. Davon nahmen elf die Polizisten ein. Der Rest der Zuschauer kommt nur mit Eintrittskarte herein, wenn vorher die Personalausweise abgegeben wurden. Zu den Prozessen standen draußen auf der Straße vor dem Gericht, das natürlich abgesperrt war und durch Polizisten geschützt wurde, 60 bis 80 AKW-Gegner.

Wir versuchten trotz Demonstrations- und Informationsverbot in die Stadt zu gehen und die Öffentlichkeit zu informieren. Dabei wurden wir ständig von 80 Bullen verfolgt, die mit Helm, Shlagstock, Schutzschild, Chemical mace und MP ausgerüstet waren. Sobald wir anfingen Flugblätter zu verteilen, ein Transparent zu tragen, Plakate aufzustellen, wurden wir auseinandergetrieben. Die Bullen dachten sich ständig neue Schikanen aus. Stellten wir uns an dem Ort A auf, wurde uns gesagt, das ist verboten. Standen wir an dem Ort B, wurde dies auch verboten. Wir waren rechtlos. Durch Megaphon wurde uns gesagt, daß, wenn wir zu dritt und mehreren zusammenstehen würden, wir "umgeleitet" werden würden, oder man uns festnehmen würde. Ständig verfolgten uns einige Bullen und rissen uns Transparente und Plakate weg. Es wurde versucht, von einigen die Personalien

festzuhalten. Dies kann bedeuten, daß man eine Strafanzeige wegen der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration bekommt.

Als wir am Nachmittag wieder vor dem Gericht standen und die Polizisten es an diesem Tag nicht erreicht hatten, uns zu provozieren, versuchten sie erneut einen Vorstoß. Plakate, auf denen Informationen über die Prozesse unter Ausschluß der Öffentlichkeit standen, durften plötzlich nicht mehr aufgestellt werden. Wir durften die Plakate nicht mal in der Hand halten. Dazu muß gesagt werden, daß die Plakate aber schon über drei Stunden aufgestellt waren.

Es hatten aber wohl nach der Meinung der Polizei zu viele Leute diese Informationen gelesen. Plötzlich sollten alle Plakate eingesammelt werden. Wir versuchten trotzdem, mit den Bullen zu sprechen und zu erfahren, was denn überhaupt noch erlaubt sei. Dabei bekamen wir ständig neue Antworten, die sich alle widersprachen. Einem von uns platzte dann die Hutschnur und er forderte den Oberbullen auf, seinen Namen und Dienstnummer zu nennen. Als Antwort bekam er einen Faustschlag gegen die Schulter, so daß er gegen die Hauswand flog. Als sich der Bulle so den Weg freigemacht hatte, sagte er, so, nun können wir unsere Personalien austauschen. Dieses Angebot war aber nur einseitig gemeint. Nachdem der Bulle den Ausweis erhielt, verschwand er erst einmal für zehn Minuten hinter seiner sicheren Absperrung. Als er wiederkam, gab er natürlich immer noch nicht seinen Namen, dafür machte er dann ein Angebot: Sie hören demnächst noch von mir!

Die jetzt anlaufenden Strafprozesse sind Teil der Durchsetzung des Atomenergieprogramms. Atomkraftwerksgegner werden als Kriminelle, als Terroristen hingestellt, um vom kriminellen Inhalt des Atomprogramms abzulenken.
Hunderte von Ermittlungsverfahren schlummern in den Schreibtischen der Staatsanwaltschaften. Wenn ihre Rechnung in den ersten Prozessen aufgeht, wird die Kriminalisierung lawinenartige Formen annehmen. Das werden wir und du nicht zulassen!

Kommt alle zu den anstehenden Prozessen, informiert Euch, wer, wo, wann angeklagt werden soll."



BERICHT DER LERN– UND PRODUKTIONSGEMEINSCHAFT ÜBER IHRE BISHERIGE ARBEIT

ESSEN
3. Oktober

„Seit längerem schon wollten wir in den 'Mitteilungen' über unsere bisherigen Bemühungen berichten. Dieses Mal haben wir uns endlich die Zeit dafür genommen.

Als eingetragener Verein besteht die Lern- und Produktionsgemeinschaft seit nunmehr einem knappen Jahr. Rechnen wir alle mit, die sich für unsere Arbeit interessieren und sich bei uns öfter blicken ließen, so kommen wir auf etwa 20 Personen. Davon arbeiten etwa 7 bis 10 Leute regelmäßig mit.

Nach einer vorbereitenden, allein mit organisatorischen Fragen ausgefüllten dreimonatigen Anfangsphase begannen wir mit der Einrichtung einer provisorischen Werkstatt in Essen Steele (1 Raum, nicht besonders groß, einige Werkzeugmaschinen, die wir für unsere ersten kleineren Arbeiten benötigten). Um unsere Finanzen ein wenig aufzubessern, begannen einige aus unserer Gruppe mit dem Bau von Webrahmen (wer einen billigen Webrahmen haben möchte, soll sich bitte melden!) und Plakatständern für das 'Bochumer Volksblatt'.

Im Anschluß an eine Veranstaltung zur Kernkraftwerk-Diskussion in Duisburg fanden wir dann Interessierte, die mit uns eine Sonnenkollektoranlage im Duisburger Jugendzentrum Esch-Haus bauen wollten. Leider war die Stadt Duisburg nicht bereit, uns Gelder zur Verfügung zu stellen; das Esch-Haus selbst ist natürlich auch nicht auf Gold gebettet, so daß unser zu Anfang großes und optimistisches Projekt, das genügend Wasser (etwa 200 Liter) für 1 Dusche erwärmen sollte, zu einem Demonstrationskollektor zusammenschmelzen mußte. Derzeit treffen wir uns regelmäßig donnerstags ab 19 Uhr im Esch-Haus und versuchen, das Beste noch herauszuholen.

Für uns im Vordergrund steht im Augenblick ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Wir haben auf dem Gelände des DPWV in Wattenscheid-Höntrop einen Flachbau zur Verfügung gestellt bekommen, in dem wir eine Werkstatt und Unterrichtsräume einrichten wollen. Fürs erste ist vorgesehen, einer Gruppe von ca. 15 arbeitslosen Jugendlichen, die uns über das Arbeitsamt vermittelt werden, die Möglichkeit anzubieten, mit uns zusammen grundlegende Fertigkeiten in der Metallbearbeitung zu erlernen. Anhand kleinerer Projekte wollen wir das Erlernte dann anwenden. Wir hoffen, daß dann nach einem halben Jahr — so lange sollen diese ersten Kurse dauern — ein Weiterarbeiten mit den Jugendlichen möglich sein könnte.

Dies sind im Moment die Schwerpunkte unserer Arbeit. Natürlich bleibt in diesem kurzen Bericht vieles offen; wir denken jedoch, daß Ihr mit diesen Informationen zumindest einen oberflächlichen Überblick von dem, was wir im Moment so treiben, erhalten habt. Falls Ihr Näheres wissen wollt, kommt zu unseren Dienstags-Treffs.

Auch möchten wir Euch zum Schluß noch bitten, mal nachzuschauen, ob Ihr brauchbares Werkzeug, womit Ihr selbst nichts anfangen könnt, habt: wir sind für jeden Bohrer und jede Feile dankbar. Wenn Ihr uns Bescheid gebt, holen wir es selbst ab!

Und ganz zum Schluß noch eine Frage zur Öfentlichkeitsarbeit unserer Gruppe: wir beabsichtigen, über unsere (Miß-) Erfolge regelmäßig in den 'Mitteilungen' zu schreiben. Und zwar haben wir gedacht, den Mitteilungen eine von uns abgefaßte vierte Seite beizulegen. Da wir vorher erfahren möchten, wie viele der Katalytiker daran Interesse hätten und auch ein paar Pfennige an Druckkosten zahlen würden, wären wir dankbar, wenn diejenigen, die ..., uns kurz schreiben würden.

Adresse: Lern- und Produktionsgemeinschaft e.V., Hörsterholz 1, 4630 Bochum-Dahlhausen,
Treffen: dienstags ab 19 Uhr 30 in Essen-Steele, Dahlhauser Str. 237
"Katalyse", Karl Barth Haus, Wittenberg Str. 14-16, 4300 Essen 1
Postscheckkonto Essen 261528-432
Tel.: über G. Ondrej, Volkshochschule Essen 0201/233287-88

aus: 'Katalyse'-Mitteilungen 9/77



DIE VORGÄNGE IM OLDENBURG-KOLLEG NACH DEM AUFFINDEN DES „SCHLEYER-FLUGBLATTS"

OLDENBURG
2. Oktober

Der politische Arbeitskreis am Oldenburg-Kolleg hat eine Dokumentation veröffentlicht, in der eine Vorgehensweise der Polizei festgehalten wird, so wie sie zur Zeit sicher an vielen Orten der Bundesrepublik praktiziert wird (bis auf zwei Presseartikel ist der chronologische Ablauf vollständig):

„Der zeitliche Ablauf der Vorgänge am Oldenburg-Kolleg:

6. 9. 1977 vormittags — In verschiedenen Klassenräumen des Oldenburg-Kollegs und auf den Toiletten liegen Flugblätter mit nachfolgendem Text aus:

WANTED

Gesucht wird seit dem gestrigen Abend unser Freund Hanns-Martin Schleyer. Biographie des Gesuchten:

- **Im Alter von 16 Jahren der faschistischen Bewegung beigetreten.**
- **Nach dem Abitur Leiter des NS-Studentenwerkes an der Universität Heidelberg.**
- **Nach dem Anschluß Österreichs SS-Untersturmführer (SS-Mitgliedsnummer 227014) Leiter des NS-Reichsstudentenwerkes in Innsbruck. Dasselbe später in Prag.**
- **1941 Leiter des Präsidialbüros im Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren.**
- **Nach dem Krieg Leiter des Außenhandelsbüros der Badischen Industrie- und Handelskammer.**
- **Kriegsverbrecher F. Flick holt ihn in die Daimler-Benz-AG.**
- **Seit 1963 im Vorstand der Daimler-Benz-AG und Vorsitzender von Gesamtmetall in Baden-Württemberg.**
- **Nachdem er schon seit Jahren Präsident des BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) war, wurde er Anfang des Jahres jetzt außerdem Präsident des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie).**

Der Gesuchte sitzt (saß) in 17 Aufsichtsräten, davon viermal als Vorsitzender und einmal als Stellvertreter. Er vertritt (. . .) damit unter anderem Rhenua AG (Stinnes), Südwestbank AG, Hanomag Henschel, Pegulanwerke AG . . .

Der Gesuchte zählt immer noch zu den großen hemdsärmeligen Kämpfernaturen des BDA und BDI.

Alle Informationen über den Verbleib unseres wertvollen langjährigen Mitstreiters sollten (bei Gelegenheit) dem nächsten Polizeirevier gemeldet werden.

Nach Kenntnisnahme des Flugblattes durch die Schulleitung wird von dem Schulleiter die Schulbehörde über den Inhalt des Flugblattes informiert. Daraufhin schaltet die Schulbehörde die Kriminalpolizei ein.

6. 9. 1977 nachmittags — Die Kripo kommt ins Kolleg und erhält von der Schulleitung die aufgefundenen Exemplare des Flugblattes ausgehändigt. Die Kripo will daraufhin das Zimmer der Kollegiatenvertretung durchsuchen. Der Schulleiter lehnt dieses Ersuchen der Kripo ab und verweist darauf, daß eine Durchsuchung des Raumes der Kollegiatenvertretung ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl nicht möglich sei. Die Kripo verläßt daraufhin das Kolleg Die gewählten Vertreter der Kollegiaten werden an diesem Tage über den Vorgang nicht mehr informiert.

7. 9. 1977 9.30 Uhr — Die Kripo erscheint mit vier Beamten im Oldenburg-Kolleg. Gegen 10.00 Uhr wird ein Mitglied des Kollegrates (Studierendenvertretung) durch Schulleiter und Kripo über die bisherigen Vorgänge informiert. Auf Verlangen des Kollegratmitgliedes wird ein weiterer Vertreter des Kollegrats hinzugezogen. Die Kripo legt einen richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl für das Zimmer der Kollegiatenvertretung vor. Bei der nachfolgenden Durchsuchung des Kollegratzimmers wird nichts gefunden, was im Zusammenhang mit dem Flugblatt stehen könnte. Eine Beschlagnahme von Gegenständen findet nicht statt. Zur gleichen Zeit wird ein Kollegiat aus dem Unterricht geholt und durch Kripobeamte verhört, seine Büchertasche wird durch die Kripo ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht. Verhör und Durchsuchung der Büchertasche bringen keine Ergebnisse. Daraufhin wird die Wohnung des Kollegiaten sofort unter Anwesenheit des Staatsanwaltes Dahms von der Kripo durchsucht. Die Durchsuchung wird ohne Ergebnisse beendet, Gegenstände werden nicht beschlagnahmt.

7. 9. 1977 11.30 Uhr — Kollegrat und Schulleiter informieren auf einer Vollversammlung die Kollegiaten über die bisherigen Vorgänge. Die Vollversammlung beschließt, eine Presseerklärung mit folgendem Wortlaut zu veröffentlichen:



PRESSEMITTEILUNG

Am 7. 9. 1977 gegen 10.00 Uhr wurde im Raum der Kollegiatenvertretung des Oldenburg-Kollegs eine polizeiliche Durchsuchung durchgeführt. Diese fand aufgrund eines richterlichen Beschlusses statt. Der Grund für diese Aktion war ein am 6. 9. 1977 am Kolleg verbreitetes Flugblatt. Dieses Flugblatt enthielt im wesentlichen Daten zur Biographie des am 5. 9. 1977 entführten BDI-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer. Das anonyme Flugblatt erschien ohne Wissen der Kollegiatenvertretung.

Im Verlauf der Polizeiaktion wurde ein Kollegiat aufgefordert, seine Büchertasche zur Durchsuchung freizugeben. Die Büchertasche wurde gegen den Willen des Betreffenden sowie ohne richterliche Genehmigung durchsucht. Die Durchsuchung der

Büchertasche, des Kollegratzimmers und der Wohnung des Kollegiaten verlief ergebnislos.
Die Kollegiaten des Oldenburg-Kollegs sind über die Vorgehensweise der Polizei tief betroffen.

Diese Pressemitteilung wird gegen 13.30 Uhr an die NWZ, den NDR und die dpa weitergeleitet.

8. 9. 1977 Folgender Artikel erscheint auf der ersten Seite der NWZ:

Durchsuchung: „Schleyer-Flugblatt"

PS Oldenburg. Bei einer Durchsuchung in Räumen des Oldenburg-Kollegs in Oldenburg sowie in einer Wohnung eines Kollegiaten wurde gestern ein Flugblatt beschlagnahmt. Das teilte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Oldenburg auf Anfrage mit. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft enthielt das Flugblatt – es wurde in mehreren Exemplaren im Kolleg verteilt – eine in Steckbriefform verfaßte „Biographie" des entführten Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer. Die Schlußformel des „Steckbriefes" habe sinngemäß dazu aufgefordert, den etwaigen Verbleib Schleyers „bei Gelegenheit" der Polizei zu melden. Diese Floskel rechtfertigt nach Auffassung der Staatsanwaltschaft den Verdacht einer öffentlichen Billigung der Schleyer-Entführung. Solche Billigung sei eine Straftat nach dem Strafgesetzbuch. Der Urheber des Flugblattes stehe noch nicht fest.

9. 9. 1977 9.30 Uhr Vier Kripobeamte treffen im Kolleg ein. Gegen 10.00 Uhr werden vier Kollegiaten von der Schulleitung aus dem Unterricht geholt. Die Kripo informiert die Kollegiaten darüber, daß sie im Verdacht stehen würden, gegen den § 140 StGB (Belohnung und Billigung von Straftaten) verstoßen zu haben und daß bei ihnen deshalb Haussuchungen stattfinden würden.

9. 9. 1977 10.20 Uhr Bei den vier Kollegiaten werden Haussuchungen vorgenommen. An dieser Aktion der Polizei beteiligen sich circa 30 Beamte der Kripo, unter ihnen vier Beamte des Ordnungsamtes als Zeugen. Bei einem von der Durchsuchung betroffenen Kollegiaten wird bereits zum zweiten Male in dieser Angelegenheit durchsucht. Bei den Durchsuchungen werden folgende Gegenstände sichergestellt bzw. beschlagnahmt: drei Schreibmaschinen, eine Fotokopie des Schleyer-Flugblattes, ein Stadtplan von Düsseldorf, Notizen über ein für das Fach Sozialkunde erstelltes Referat über den BDI (Zeitpunkt der Erstellung: Juni/Juli 77) sowie diverse Blätter Schmierpapier und einige unbeschriebene Matritzen.

9. 9. 1977 11.40 Uhr Der Kollegrat informiert die Vollversammlung der Kollegiaten über die neuerliche Polizeiaktion. Die VV beschließt, sich auf Montag, 8.30 Uhr, zu vertagen.

9. 9. 1977 In der FAZ erscheint folgender Artikel zu den Vorgängen in Oldenburg:

Ermittlung in Hannover

Tgn. HANNOVER, 8. September. Flugblätter in Steckbriefform über den von Terroristen entführten Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Schleyer, haben im niedersächsischen Oldenburg zu einer Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion sowie zu staatsanwaltlichen Ermittlungen wegen des Verdachts der Straftaten-Billigung geführt. Auf Grund von Hinweisen war der Polizei bekannt geworden, daß unter den 120 Schülern des Oldenburg-Kollegs, einer zum Abitur führenden Einrichtung des zweiten Bildungswegs, schon am Tag nach der Entführung Schleyers und der Ermordung seiner Begleiter derartige Flugblätter kursierten. Die offenbar eilig hektografierten „Steckbriefe" enthielten unter der Überschrift „Wanted" eine auf sorgfältige textliche Vorbereitung hindeutende detaillierte Biographie Schleyers und gipfelten in der Aufforderung: „Alle Informationen über den Verbleib unseres wertvollen langjährigen Mitstreiters sollten (bei Gelegenheit) dem nächsten Polizeirevier gemeldet werden." In den Kolleg-Räumen und in der Wohnung eines Kollegiaten wurden etwa ein Dutzend der anonymen Flugblätter sichergestellt, ohne daß es bisher gelang, den oder die Hersteller ausfindig zu machen.

10. 9. 1977 Auf der Titelseite der NWZ erscheint folgender Artikel:

Wohnungen durchsucht

PS Oldenburg. Bei weiteren Durchsuchungen im Zuge der Ermittlungen wegen des sogenannten „Schleyer-Flugblatts" – wir berichteten darüber – sind gestern beweiserhebliche Gegenstände beschlagnahmt worden. Das teilte die Kriminalpolizei in Oldenburg auf Anfrage mit. Insgesamt seien auf richterliche Anordnung hin drei Wohnungen in Oldenburg und eine im Gebiet der Gemeinde Rastede durchsucht worden. Der Urheber des Flugblattes stehe noch nicht fest.

12. 9. 1977 Die Vollversammlung der Kollegiaten des Oldenburg-Kollegs beschließt, bei der NWZ eine Gegendarstellung zu dem am 8. 9. 1977 erschienenen Artikel zu erwirken. Die Gegendarstellung soll nachfolgenden Inhalt haben:

Bezugnehmend auf den Artikel der NWZ vom 8. 9. 1977 „Durchsuchung: 'Schleyer-Flugblatt'" geben die Kollegiaten des Oldenburg-Kollegs folgende Richtigstellung:
Am 6. 9. 1977 tauchte am Oldenburg-Kolleg ein anonymes Flugblatt auf. Es wurde nicht verteilt, wie in der NWZ fälschlicherweise berichtet. Ebensowenig trifft es zu, daß das Flugblatt in den Räumen des Oldenburg-Kollegs sowie in der Wohnung eines Kollegiaten beschlagnahmt worden ist. Richtig ist, daß die aufgefundenen Exemplare der Kripo von der Schulleitung übergeben wurden. Nicht richtig ist, daß die Durchsuchung in den Räumen des Kollegs stattfand. Richtig ist, daß der Raum der Kollegiatenvertretung durchsucht wurde. Die Durchsuchung des Raumes der Kollegiatenvertretung sowie der Wohnung des Kollegiaten verliefen ergebnislos.

Diese Gegendarstellung wird von der NWZ abgelehnt. Die NWZ weist darauf hin, daß sie ihre Informationen durch die Staatsanwaltschaft er-

halten habe, erklärt sich aber bereit, am nächsten Tag einen richtigstellenden (!) Artikel auf der Titelseite zu veröffentlichen.

13. 9. 1977 Auf der ersten Seite der NWZ erscheint folgender Artikel:

Schulleitung übergab Flugblatt

lr Oldenburg. Nach wie vor unbekannt sind nach Angaben der Kriminalpolizei die Urheber eines sogenannten „Schleyer-Flugblattes", das – wie berichtet – in der vergangenen Woche im Oldenburg-Kolleg aufgetaucht war. Wie die Kollegiaten und die Schulleitung erst jetzt ergänzend mitteilen, sei das Flugblatt nicht – wie ursprünglich von der Staatsanwaltschaft angegeben – in den Räumen des Kollegs sowie in der Wohnung eines Kollegiaten beschlagnahmt worden, sondern die vorhandenen Exemplare seien vielmehr von der Schulleitung der Polizei übergeben worden. Durchsucht worden seien ferner nicht Räume des Kollegs, sondern lediglich der Raum der Kollegiatenvertretung.

14. 9. 1977 Ein Kollegiat erhält eine Vorladung der Kripo zur Vernehmung um 14.00 Uhr des gleichen Tages Die Vernehmung ergibt keine Erkenntnisse.

15. 9. 1977 Ein von der Haussuchung betroffener Kollegiat wird von der Kripo vernommen. Die Vernehmung hat keine Ergebnisse. Am gleichen Tage werden die Eltern dieses Kollegiaten darüber in Kenntnis gesetzt, daß sie am nächsten Tage vernommen werden.

16. 9. 1977 Die Vernehmung der Eltern des Kollegiaten hat keine Ergebnisse.

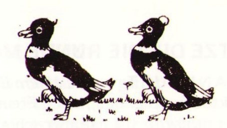
Montag, 19. 9. 1977 Ein weiterer Kollegiat wird zur Vernehmung zur Sache von der Kripo vorgeladen. Der Kollegiat lehnt diese Vernehmung unter dem Hinweis, daß er bereit ist, vor dem Staatsanwalt auszusagen, ab.

Das ist bis zum Zeitpunkt der Herausgabe dieser Dokumentation der aktuelle Stand der Dinge (25. 9. 1977)."

Die vollständige Dokumentation kann gegen -,50 DM in Briefmarken bestellt werden bei:

Politischer Arbeitskreis am Oldenburg-Kolleg, Theodor-Heuss-Straße 75, 2900 Oldenburg





VERNICHTUNG VON SCHLEYER–BIOGRAFISCHEM

LÜBECK 27.September „Liebe Genossen, Orwell hat recht. 1984 ist nicht mehr weit. Hier ein Beispiel dafür, daß jetzt bereits auch schon die Geschichte zensiert wird. Am 24.9. klebte auf dem Pflaster der Lübecker Fußgängerzone eine Wandzeitung mit folgendem Inhalt:

‚Wer ist Hans Martin Schleyer?

1931: Als Schüler Mitglied der Hitlerjugend

1934: Als 19jähriger Student Mitglied der SS (SS-Mitgliedsnummer 227014). Trägt das goldene Ehrenabzeichen. Außerdem Mitglied einer schlagenden Verbindung. Wurde Leiter des Reichsstudentenwerks in Heidelberg (Tarnorganisation des Sicherheitsdienstes /SD). Später gleiche Funktion in Innsbruck und Prag.

1937: Der Jurastudent, Reichsstudentenwerks-Amtswalter und SS-Scharführer Hans Martin Schleyer wird Schulungsleiter der 13. SS-Reiterstandarte.

1938: Sonderurlaub für ‚Auslandseinsatz' in Österreich. Aufbau einer Reichsstudentenwerksfiliale an der Universität Innsbruck. Sonderauftrag: Errichtung und Leitung des Reichsstudentenwerks an der Universität Prag. Schleyer: „Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer." Später wurde er Chef des Präsidialbüros im ‚Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren'. Zuständig für die Mobilisierung des gesamten tschechoslowakischen Industriepotentials im Interesse der deutschen Rüstung. In Prag bleibt Schleyer bis wenige Tage vor Eroberung der Stadt durch die Rote Armee, dann fährt er ‚heim ins Reich'.

1951: Ab diesem Jahr Aufstieg bei der Daimler-Benz AG bis zum Vorstandsmitglied.

1973: Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

1976: Vorsitzender im Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

ab 5.9.1977: Gefangener der Roten Armee Fraktion (RAF).

Angaben aus dem Buch: Bernt Engelmann Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co.; Kiepenheuer & Witsch-Verlag.'

Es entwickelten sich lebhafte Diskussionen mit den Passanten. Waren die einen endlich froh, daß die Sympathisanten sich „endlich zu erkennen geben" oder hielten sie uns doch gleich für „waschechte Terroristen", so konnten andere wiederum nicht ihre klammheimliche Freude über diese Art von Gegenöffentlichkeit zur Staatsschutzpresse zurückhalten. Und dann geschah's. Zackigen Schrittes eilen etwa 12 pigs in voller Montur und in Aufstellung auf den Diskussionspulk zu, begrüssen kurz ihre Kollegen in zivil und kämpfen sich dann mit vereinten Kräften zur Wandzeitung durch. Diese wird dann kommentarlos vom Boden gerissen und vernichtet.

Da wurde es einigen Leuten klar, wie's um Artikel 5 (Meinungsfreiheit) und den sogenannten Rechtsstaat steht. Durch laute Buh-Rufe und Drängeleien wurde der Protest zur Bullenaktion kundgetan. Doch die pigs beeilten sich, um rechtzeitig der Bambule zu entgehen. Kein Kommentar.

Einige Sumpfblüten aus den Lübecker Sümpfen, die immer feuchter werden."

WITZE DIE DIE RUNDE MACHEN

FRANKFURT 4.Oktober

Aus einem Brief:

„Liebe Freundinnen und Freunde!
Immer schreibt Ihr nur über die Linken! Ihr müßt schreiben, was das Volk denkt und fühlt. Seine Witze. Stets hat der Witz deutlicher als jede Philosophie Auskunft gegeben, wie der normale Werktätige die Dinge sieht. Folgende Witze erzählt man sich in Vereinen und Lokalen, wo der arbeitende Mensch seinen Feierabend verbringt.

,Der Baader will ausbrechen, deshalb zerreißt er Bettlaken, Handtücher etc. und knotet sie zu einer langen Leine zusammen. Als er drei Meter über dem Boden hängt, merkt er, daß die Schnur zu kurz ist und traut sich nicht zu springen. Steht auf einmal unten ein Schutzengel und spricht:
,Spring nur, ich fang Dich auf!'
Der Baader springt, bricht sich das Genick.
Kommt er in den Himmel, fragt der liebe Gott:
,Was machst du denn schon hier?'
Der Baader beschwert sich, erzählt dem lieben Gott die Geschichte. Der läßt sofort alle Schutzengel antreten und fordert den Baader auf, ihm den Schutzengel zu zeigen, der ihn zum springen überredet hat.
Der Baader geht die Reihe entlang und zeigt auf einen der Engel: ,Der da, der wars!'
Gott geht hin, schüttelt erbost den Zeigefinger, schaut den Schutzengel strafend an und spricht:
'Du, daß mir das nicht noch mal vorkommt, Buback!"

Es gibt natürlich auch kurze Witze:
,Der Baader und die Ensslin können bald heiraten: Den Schleyer haben sie schon, jetzt fehlt ihnen nur noch der Strauß!'

Hat mir ein Landwirt erzählt. Den ersten Witz hab ich von einem Lastwagenfahrer."

Diese Witze sind zumindest auch erzählt worden: von einem Tankwart an einer Autobahnraststätte zwischen Basel und Köln und von einem Eisenbahnarbeiter auf dem Frankfurter Hauptbahnhof und zwar am Donnerstag, 29.September um 23.30 Uhr vor dem Gleis acht. Da war nämlich dieser Bahnsteig von vielen uniformierten Polizisten und Zivilen, ausgerüstet mit Maschinenpistolen, umstellt. Es wurde der Schnellzug München–Frankfurt erwartet. Etwa eine Viertelstunde nach nach Ankunft des Zuges zogen die Polizisten wieder ab.

Die Bahnarbeiter betrachteten das Spektakel gelassen und einer von ihnen erzählte eben jene Witze und sagte auch, warum sie so gelassen blieben: daß seit der Schleyer-Entführung solche Polizeiaktionen auf dem Hauptbahnhof öfters vorkommen und daß der Grund wohl irgendwelche Hinweise seien.

Kurz zuvor war vor dem Bahnhof folgendes zu sehen: ein PS-starker PKW fuhr auf gleicher Höhe eines anderen Personenwagens. Beide hielten an, aus dem einen sprang ein sportlicher Typ, in der rechten Hand eine Pistole, in der Linken, nach unten baumelnd, die Kelle: „Halt Polizei" oder so. Er richtete die Pistolen auf die beiden Insassen aus dem Auto, einen nach dem anderen. Beide standen dann etwa zehn Minuten nebeneinander an der Fahrertür, der Zivile drei Schritte entfernt, locker lässig die Pistole in der Rechten.

Passanten kamen vorbei, beschauten flüchtig die Szenerie und gingen weiter – sie konnten ja schwerlich wissen, daß der Pistolenheld Angehöriger einer Polizeidiensstelle war.

(Derlei Aktionen bleiben wegen der Nachrichtensperre im Dunkeln, bringt sie ans Licht, schreibt uns die Witze)

IVK-ERKLÄRUNG ZU VERHAFTUNGEN ,DURCHSUCHUNGEN

STUTTGART 3. Oktob er

Erklärung des Internationalen Komitees *zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa (IVK), Sektion BRD:*

"Ein Stab des Landeskriminalamtes von Baden-Württemberg unter Führung von Herrn Ring hat am Abend des 30.9.1977 auf Befehl der Bundesanwaltschaft Rechtsanwalt Arndt Müller und die IVK-Mitarbeiterin Gabriele Heim in dem Stuttgarter Anwaltsbüro Müller/Newerla/Croissant festgenommen.
Das Büro wurde 3 1/2 Stunden lang besetzt und Zentimeter für Zentimeter durchsucht. Die Räume wurden nach der Methode der britischen Besatzer in Nordirland genau vermessen, fotografiert und ein Lageplan angefertigt. Während sie Material beschlagnahmten, fotografierte das LKA illegalerweise die anwesenden Personen und nahm ihre Stimmen mit einem tragbaren Tonbandgerät auf.
Enstprechend polizeistaatlicher Manier legte das LKA weder einen Durchsuchungs- noch einen Haftbefehl vor, und die Frage danach wurde als "lächerlicher Unsinn" abgetan.

Der Geiselstatus - seit fast 4 Wochen an den Gefangenen praktiziert - wird nun auch auf Rechtsanwalt Arndt Müller und Gabriele Heim angewandt. Sie werden innerhalb des Gefängnisses sowie zur Außenwelt total isoliert. Selbst der Kontakt zum Verteidiger ist ausgeschlossen. - Das neue Kontaktsperregesetz wurde noch vor dem Inkrafttreten auf sie voll angewandt.

Die Verhaftungen von Rechtsanwalt A. Müller und G. Heim haben ihr Vorbild u.a. in der Internierungspraxis von Irland. Arndt Müllers Haftbefehl gründet sich ohne jegliche Beweislage auf § 129 a, die auch nicht benötigt wird, da der bloße Verdacht, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen, für eine Internierung in der BRD ausreicht.

Bei Gabriele Heim wird der § 88 a in Verbindung mit § 129 a angewandt. Bei ihr wurden bei ihrer erstmaligen Festnahme vor etwa drei Wochen mehrere Exemplare des Interviews gefunden, das auf Fragen der 'Le monde diplomatique' im Juli 1976 entstand. Seitdem ist dieses Interview in verschiedenen europäischen Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt worden. Dieses Interview bildet die Grundlage ihrer Verhaftung.

Seit Wochen wurde die Verhaftung der drei Anwälte und der IVK-Mitarbeiter in den Medien systematisch vorbereitet. Dies geschah vor allem durch die Behauptungen, das Stuttgarter Büro sei die 'Informationszentrale der RAF' und K. Croissant der 'Kopf der deutschen Terroristenszene'.
Obwohl die deutsche und die französische Polizei schon seit längerem den Aufenthaltsort von K. Croissant kannten, erfolgte seine Festnahme erst nachdem Mitterand mit Bundeskanzler Schmidt ein Gespräch geführt hatte, das durch den Sonderbotschafter Poniatowski in Bonn vorbereitet war. Diese Tatsache macht die Rolle der Sozialdemokratie transparent, die sie bei dem Projekt spielt, Europa unter der Vorherrschaft der BRD für die imperialistischen Interessen der USA zu vereinnahmen.
Ein Monat nach der Verhaftung von Rechtsanwalt Newerla wird nun Arndt Müller, der letzte Anwalt aus dem

Stuttgarter Büro abgeräumt, weil der Staat in der jetzigen Situation
- die Rechtslosigkeit der Gefangenen nicht mehr verschärfen kann und
- weil die Fahndung, die bisher erfolglos blieb, in ihrem jetzigen Ausmaß und Aufwand nicht weiter audehnbar ist.

In dieser Situation greift der Staat auf diejenigen zurück, die seinem Zugriff ausgesetzt sind und die ihm deswegen verhaßt sind, weil sie sich gegen die Menschenrechtsverletzungen an den politischen Gefangenen in der BRD eingesetzt haben. Die Festnahme der Anwälte, die bisher für den Schutz des Lebens der Gefangenen eingetreten sind, indem sie Öffentlichkeit, national und international, über die totale Rechtslosigkeit der politischen Gefangenen und ihre Vernichtung hergestellt haben, bedeutet die Liquidierung dieses Schutzes und somit die Preisgabe der Gefangenen an das Vernichtungsprogramm in den Gefängnissen der BRD.

Die Bundesanwaltschaft verfolgt die israelische Linie. Die Liquidierung der Verteidigung, die Totalisolation der Gefangenen seit fast vier Wochen, die Anwendung des § 34 als Notstandsermächtigung unter Ausschaltung der Gerichte und die nachfolgende gesetzliche Verankerung der mehrwöchigen rechtlosen Praxis sind Wegmarkierungen des Faschismus neuer Prägung.

Die zur Zeit entscheidende Instanz und Motor innerhalb der Strategie des neuen Faschismus ist der Krisenstab, ein grundgesetzwidriges Organ, das das elementare Menschenrecht der freien Wahl eines Verteidigers per Allparteienbeschluß beseitigen läßt.- Ein Gesetz, das die Geiselnahme von Politischen Gefangenen als Rache- und Strafaktion des Staates legalisiert, ist innerhalb von drei Tagen durchgepeitscht worden. An den Gefangenen wird es seit dem 7.9.1977 praktiziert. Parallelen dazu finden sich in der Praxis von Südamerika, z.Bsp. Uruguay. Selbst unter nationalsozialistischer Herrschaft wurden die Gesetze, mit denen eine menschenrechtswidrige Praxis durchgesetzt wurde, vorher formuliert, - im Gegensatz zur BRD, die menschenrechtswidrige Praxis verrechtlicht.

Mittels der Stimmungsmache zum Pogrom gegen alle, die für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte und für den Schutz der politischen Gefangenen kämpfen, setzen Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt ihre Menschenjagd a la Gestapo, ihre Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen, ihre wütenden Einzelaktionen gegen den antifaschistischen Widerstand in der BRD hemmungslos fort. In der sich abzeichnenden Eskalation von Seiten des Staates wird deutlich, daß auch nur die 'geistige Auseinandersetzung' mit diesem Staat unterbunden werden soll.-

Gestern am 2. Oktober 1977 wurde wiederum das Stuttgarter Büro durchsucht. Beschlagnahmt wurden sämtliche Exemplare des Interviews von 'Le monde diplomatique', alle Exemplare des Buches 'Kampf gegen die Vernichtungshaft' und alle Exemplare der Dokumentation zum FR-Artikel von K.R.Röhl zum 1. Todestag von Ulrike Meinhof (enthält u.a. Briefe von Ulrike).

Kurz vor dieser erneuten Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion wurde ein weiterer Mitarbeiter des Büros, Volker Speitel, auf der Heimreise von Dänemark in die BRD an der Grenze festgenommen. Die Gründe hierfür sind uns nicht bekannt gegeben worden.

IVK-Sektion BRD''

ZUSATZ ZUR ERKLÄRUNG DER IVK

STUTTGART 6.Oktober Am 5.10 und 6.10 wurde das Stuttgarter Anwaltsbüro zum wiederholten und tausendsten Male durchsucht.Dies geschah auf Anweisung der sung der Bundesanwaltschaft und in Anwesenheit von Bundesanwalt Wiedera und des Ermittlungsrichters des Bundesgerichthofes Lampe und stand im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Rechtsanwälte Arndt Müller,Armin Newerla und Klaus Croissant,die alle drei der Haag-Bande zukonstruiert werden und sich in U-Haft befinden.

Bereits zwei Stunden vor Beginn der Durchsuchung rief ein Journalist der Tageszeitung "Die Welt" an und erkundigte sich, ob die Durchsuchung schon im Gange ist,was darauf schließen läßt läßt,daß es sich bei der Durchsuchung um ein gut vorbereitetes Projekt handelt.

Ca. 15 BKA-Bullen durchschnüffelten mit außergewöhnlicher Gründlichkeit jeden Winkel des Büros. Die einzig anwesende Mitarbeiterin des Büros wurde einer Leibesvisitation unterzogen.Mandanten,die während der Durchsuchung ins Büro kamen, wurden nach Waffen abgetastet mit der Begründung,daß nicht sicher sei,ob es sich um Mandanten handelt.Ein Mandant wurde erkennungsdienstlich behandelt.

Es wurde das ganze Material beschlagnahmt,daß an Amnesty International nach London geschickt werden sollte und Informationen zum Kontaktsperrgesetz beinhaltet,welches Totalisolation für die Gefangenen beinhaltet und menschenrechtswidrig ist.

Gegen 19 Uhr(5.10.) wurde die Durchsuchung abgebrochen

Gegen 19 Uhr (5.10) wurde die Durchsuchung unterbrochen. Zwei BKA-Bullen blieben über Nacht im Büro.Mitarbeiter wurden nach Hause geschickt.Rechtsanwalt Azzola,der als Verteidiger von RA Newerla die ganze Zeit anwesend war, wurde die Begleitung seines Rechtsreferendars untersagt.

Die Durchsuchung ist nur im Zusammenhang mit der auf Konstrukten aufgebauten Internierung der Rechtsanwälte Armin Newerla,Arndt Müller und Klaus Croissant in Frankreich und bisher dreier Mitarbeiter des Stuttgarter Anwaltsbüros zu sehen. Sie geschieht in einer Situation,in der sich der Staat im übergesetzlichen Notstand befindet und innerhalb einer Woche die Kontaktsperre legalisiert, die bereits seit drei Wochen an den Gefangenen legalisiert wird. Das Ganze wird flankiert von einem außergewöhnlichen Bombardement gegen alles Linke,bis hin zur liberalen Prominenz unter dem Sammelbegriff des Sympathisantensumpfes.

Die Initiativen für ein Russell-Tribunal,die die Menschenrechtsverletzungen an den politischen Gefangenen in der BRD vor dem Russell-Tribunal thematisieren wollen,sind von besonderen Verfolgungsmaßnahmen betroffen.Einschließlich der Anwälte Müller und Newerla wurden bereits 6 Mitglieder solcher Gruppen verhaftet,zuletzt Rosi Pries aus der Russell Initiative Hamburg und Volker Speitel aus Stuttgart.

Am 6.10 um 9 Uhr wurde die Durchsuchung fortgesetzt.Zur Stunde(15 Uhr) dauert sie noch an. Es sind weder Mitarbeiter noch Anwälte anwesend.Ein BKA-Bulle teilt am Telefon mit,d daß sich das Durchsuchungskommando selbst einen Zeugen hinzugezogen hätte.

Der Verlauf der Durchsuchung bedeutet,daß die Vorbereitung der Internierung der restlichen Mitarbeiter des Anwaltsbüros im Gange sind und dessen endgültige Zerschlagung.

Russellinitiativen:Haftbedingungen politischer Gefangener Frankfurt,Hamburg,Wiesbaden,Düsseldorf,Bochum,Karlsruhe, Kaiserslautern,Stuttgart,Berlin,Salzgitter.

PROZESS GEGEN ROLF POHLE

MÜNCHEN 6.Oktober *Das Kollektiv Rote Hilfe München im Stadtteilzentrum Milbertshofen (Nietzschestr.7b, 8 München 40) hat einen Bericht zum Prozeß gegen Rolf Pohle gemacht. Da die Prozeßberichterstattung Geld kostet, spendet:* **Postscheckkonto 284057-809 Stichwort: Rolf Pohle (Helmut Strobl, Sonderkonto) beim Postscheckamt München.**

Am 17.10.77 beginnt im neuen Münchner Justizgebäude der Prozeß gegen Rolf Pohle. Er wird der räuberischen Erpressung beschuldigt. Die räuberische Erpressung soll er dadurch begangen haben, daß er mit den anderen Gefangenen vor dem Ausflug aus Frankfurt auf der Einhaltung der von den Lorenzentführern geforderten Summe von dm 120.000 bestand und sich mit dem Versuch der deutschen Behörden, den Betrag abredewidrig um dm 20.000 zu drücken, nicht einverstanden erklärte. Ohne Pohle, der bereits wieder in Straubing saß,oder seine griechischen oder deutschen Verteidiger anzuhören und ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu äußern, bewilligte das OLG Athen am 3.11. nachträglich auch noch die Auslieferung wegen dieser neuen Strafsache. Pohle erfuhr davon aus der Zeitung. Inzwischen wurde ihm der neue Haftbefehl in Straubing eröffnet.

Das neue Strafverfahren gibt den Ermittlungsbehörden die Möglichkeit, Rolf Pohle auch dann weiter in Haft zu behalten, wenn er seine Strafe im Juni 1979 abgesessen haben wird oder falls er früher entlassen werden sollte. Das Gesetz sieht für die räuberische Erpressung Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr vor. Um das neue Verfahren einschätzen zu können, muß man sich zweierlei vor Augen halten: zum einen die makabre Tatsache, daß von den deutschen Behörden offenbar trotz der ernst genommenen Drohung gegen den Berliner CDU-Politiker Lorenz und trotz des im übrigen sicher in die Millionen gehenden Aufwands versucht wurde, die an die 5 Gefangenen auszuzahlende Summe um den vergleichsweise geringen Betrag von dm 20.000 zu drücken. Weiter ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß man von den Gefangenen, die sich bereit erklärt hatten, sich ausfliegen zu lassen, anscheinend eine Rechtspflicht voraussetzt, diese Dumping-Aktion der deutschen Behörden stillschweigend hinzunehmen; den Entführern gegenüber jedoch, die dieses verlangt hatten, der Wahrheit zuwider zu erklären, alle ihre Forderungen seien erfüllt worden. Nur wenn man eine solche Rechtspflicht der 5 Gefangenen, an der Täuschung der Lorenz-Entführer mitzuwirken, konstruiert, kann man zu dem Schluß gelangen, das Verhalten der 5 ausgeflogenen Gefangenen sei rechtswidrig und daher womöglich strafbar. Wie fragwürdig eine solche rechtliche Konstruktion wohl auch ihren Urhebern erscheinen muß, ergibt sich aus der zweiten beachtlichen Tatsache, daß das Verfahren gegen Pohle erst eingeleitet wurde, nachdem er in Athem festgenommen worden war, also mehr als ein Jahr nach der angeblichen Straftat.

Pohle hat in einem Schreiben an das Gericht angekündigt, er wolle am Prozeß nicht teilnehmen und auch keinen Verteidiger benennen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Rolf Pohle
Zuchthaus
844 Straubing — 24.8.77

An die
20.Strafkammer des LG München I
Nymphenburgerstr. 16
8ooo München 35

Betr.: Pressemitteilungen des Justizministeriums v. 8.8.77 ff und Zustellung v. 17.8. = Eröffnungsbeschluß und Ladung zu einem Erpresserprozeß (17.10.77 ff)

AZ: 28 KLs 113 Ja 4609/76

Wir werden uns an dem Schutzhaft-Ritual nicht beteiligen.

Eine Verschleppung von mir nach Stadelheim und von dort immer mal wieder zum ‚Justiz'-Gebäude und zurück wäre sinnlos. Würde den Lohnsteuerzahlern nur unnötige Kosten aufbürden (Polizeilohnkosten laut Polizeibericht beim Schauprozeß 1973/74 gegen mich: ca. 1 Mio DM). Andererseits gibts da noch die „Waffenbeschaffer"-Puppe im PP oder LKA München, gefertigt Ende Dezember 1971, nach Athen exportiert 1976 sowie mehrere hundert falsche und gefälschte Fotos gegen mich. So daß auch ohne meine Anwesenheit genug Terror/Gespenstercollagen gegen uns gefertigt werden können.

Die im national bornierten Faschismus bewährte, inzwischen „entliberalisierte' Strafprozeßordnung ermöglicht ja die Verhandlung in Abwesenheit der Menschen, die den Mord auf Raten in den Gefängnissen und die Schauprozesse nicht mit masochistischem Lächeln entgegenzunehmen gewillt sind. Nichts hindert also die Agenten – irgendwo im System der totalen Verantwortungslosigkeit – ihren Erpresserprozeß mittels der Staatsschutzjournaille und der ‚Richter' Schwab/Söllner/Schmitt als Statisten zu inszenieren, ohne mich noch weiter mit diesem Unsinn (Alpträume der Bourgeoisie über das kommunistische/sozialistische/anarchistische Gespenst in x-ter Wiederholung seit Metternich/Pariser Kommune) zu behelligen.

Eine Verteidigung von uns durch meine Anwälte Croissant/Oberwinder/Wächtler in der Hauptverhandlung ist nicht vorgesehen, selbst wenn bis dahin noch nicht alle von ihnen ins Exil getrieben, gefangengenommen oder durch Geheimdienstbomben in die Luft gesprengt sein sollten.

Wir fordern:
– Verkürzung und Beschleunigung der Terrorverfahren!
– Ausschluß der Angeklagten und Ausschluß der Verteidiger aus den Erpresserprozessen!!

Rolf Pohle (Zwangsarbeiter)

P.S. Wer wissen will, mit welchen Mitteln die westdeutschen US-Geheimdienste unseren Austausch mit Peter Lorenz im März 75 zu verhindern versuchten, und welche Rolle dabei u.a. der Versuch spielte, uns – den auszutauschenden – 20.000 DM der von der ‚Bewegung 2.Juni' geforderten 120.000 DM Entlassungsgeld kurz vor dem Abflug vorzuenthalten, der soll mal versuchen,

HERAUSGEBER:

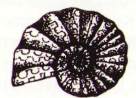
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern - Walter Spruck

– die Tonbänder von den damaligen BND-,Lausch-Angriffen' in Landsberg und Frankfurt/Flughafen und
– die bei den westlichen Geheimdiensten als ,Übungsmaterialien' kursierenden , vielleicht beim ,Nato-Security-Comitee' archivierten Aufzeichnungen über die Sitzungen und Entscheidungen der damaligen diversen illegalen ,Kristenstäbe' zu bekommen. Die 6 Geheimpolizisten, die als einzige ,Beweismittel' gegen mich aufgeboten sind, haben sich gehütet und werden sich hüten, darüber was zu sagen – falls sie etwas wissen sollten. Für die ist die Bundesanwaltschaft immer noch ein ,Sicherheitsrisiko' – ganz zu schweigen von solch untergeordneten Organen wie der Politstaatsanwaltschaft München, oder gar einer normalen Erpresserkammer beim LG München.

2. Wer wissen will, warum ich in diesem Verfahren (4609/76 a) ein Erpresser sein soll, weil wir damit ,gedroht' hätten, uns nicht befreien zu lassen, während unter dem Aktenzeichen 4609/ 76 b ein Geheimverfahren gegen mich wegen „Gefangenenbefreiung" läuft, weil ich Gabriele Kröcher-Tiedemann in einem Telefongespräch am 1.3.75 erzählt hätte, ich würde mich zu den Bedingungen der „Bewegung 2.Juni" befreien lassen – der frage mal bei Bayerns oberstem bayrischem Zuchthausverwalter Karl Hillermeier nach, warum der mich nur wegen a und nicht wegen b aus Griechenland ausliefern ließ. Vielleicht erzählt dann der Hillermeier, mit welcher Behauptung er 1976 in Griechenland hausieren gegangen ist: er, Hillermeier, habe im März 75 „als Privatmann angeordnet", mich aus Landsberg zu „befreien" („illegale Gefangenenbefreiung im übergesetzlichen Notstand"). Vielleicht erzählts der Hillermeier auch nicht, und hat daraus noch ein Geheimverfahren gegen mich gedreht (4609/76 c).

3.Wer wissen will, was man durch Geiselnahme – mit vielen Todesfolgen – alles erpressen kann und was nicht, der frage mal bei den rund 60 000 ,JVA'-Internierten in Westdeutschland nach und bei sich selbst: Was er alles nicht mal denkt, geschweige denn tut.



JOHANNES ROOS – EIN POLITISCHER PROZESS

FRANKFURT' Oktober 1977

Zum Prozeß gegen Johannes Roos, 24 Jahre, angeklagt wegen Polizistenmord, der (angesetzt für den 19. Oktober) jetzt auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, erreichte uns folgender Bericht zur Chronologie der Ereignisse:

Pressemitteilung der Polizei:

"Am 7.5.76, 14.15 Uhr wurde im Sprendlinger Wald bei der Überprüfung eines Exhibitionisten der Polizeibeamte Sippel getötet und der Polizeibeamte Korol verletzt.
An der Tat sind 3 Männer beteiligt gewesen."

Wegen des damaligen Druckerstreiks drang kaum etwas von der obigen Meldung an die Öffentlichkeit. Zuerst wurde die Tat Gewaltkriminellen zugeschrieben, bald aber vermutete die Polizei die Täter auf Grund eines am Tatort gefundenen österreichischen Passes in "anarchistischen Kreise".

Die üblichen Fahndungsmeldungen gingen zuerst an XY-Zimmermann in München und Wien. Die Bundesbürger zeichneten sich nach der Sendung durch freudige Denunziation von Nachbarn, Straßenbekanntschaften etc. aus. In Österreich kam jedoch nur eine Handvoll Hinweise, stattdessen gab es dort zahlreiche Anrufe von Fernsehzuschauern, die ihrer Empörung über diese Art der "Fahndung" Luft machten.

Dem allseits bekannten bundesrepublikanischen Spürsinn gelang es dann alsbald, einen Täter auszubaldowern: Detlev Schulz. Er soll angeblich dem Bild in dem österreichischen Paß ähnlich sehen. Was sicherlich BKA und sonstige in Erstaunen gesetzt haben muß, denn schließlich war Detlev ja, laut vom BKA lancierten Presseberichten, beim Anschlag auf die Stockholmer Botschaft getötet worden.
Der Totgesagte saß seit Ende Mai 76 in Straßbourg wegen eines sogenannten Eigentumdeliktes in U-Haft. Auf jeden Fall saß er da noch nicht richtig auf seinen 2 Arschbacken, als die BRD seine Auslieferung verlangte – er sei verdächtig, hier an einem Gewaltverbrechen beteiligt gewesen zu sein. Man bestritt ganz entschieden gegenüber den französischen Behörden, daß diese Tat "nach den Ermittlungen" in einem politischen Zusammenhang stehen soll.
Um den Verdacht offiziell zu untermauern (das braucht man für einen Auslieferungsantrag), scheute das BKA weder Kosten noch Mühe und karrte eine Fuhre Zeugen ins Elsaß.
Mit der gleichen absoluten Sicherheit, mit der ein Zeuge bei der Gegenüberstellung einen Bullen als Täter identifizierte, erkannten die übrigen Zeugen Detlef wieder, und mit dieser Bestätigung gelang es den deutschen Behörden, ihn nach 6 Monaten Strafhaft und weiteren 5 Monaten Abschiebehaft den Franzosen abspenstig zu machen.

So weit, so gut - ein Mörder von Sprendlingen war gefunden (zumindest jemand, von dem "bezeugt" wurde, daß er einer der Täter gewesen sein soll).
Somit fehlten nach Adam Riese und Eva Zwerg noch zwei weitere männliche Täter.

Aussichtsreiche, jedoch undankbare Kandidaten waren der Reihe nach Pranz Pauli Jörger als Exhibitionist, sowie Roland Mayer und Siegfried Haag als Mörder. Die beiden letztgenannten sind ja seit geraumer Zeit dem Staatsschutz für alles gut. Über kurz oder lang mußte dummerweise bei allen dreien das Verfahren wieder eingestellt werden.

Aber nun gelang unserer fleißigen Polizei eines Nachts im Mai '77 ein entscheidender Schlag: der Frankfurter Johannes Roos wurde mit einem geklauten Auto, gefälschten Papieren und Knarre auf der Autobahn erwischt. Der BKA-Computer, mit den Personalien von Johannes gefüttert, spuckte aus: "Hausbesetzer, Sympathisant und Flugblattverteiler der Black Panther, Briefkontakt zu Till Meyer!" Nach Ansicht der Bullen ist ihm also alles zuzutrauen, und da erinnert sich wohl jemand, daß die Geschichte mit dem Sprendlinger Exi noch nicht zu den Akten gelegt war – es fehlten ja noch 2 Täter. Aber da auch bei den besten Zeugen nach einem Jahr die Erinnerung etwas nachläßt, half man dieser erst einmal nach, zeigte ihnen ein Bild von Johannes, ließ sie ihn sich versteckt aus Entfernung beim Hofgang im Knast betrachten und machte schließlich nach dieser sorgfältigen Vorbereitung am 28.6.77 eine offizielle Gegenüberstellung. Und siehe da: Johannes war derjenige, der mit einer kleinen verchromten, oder großen goldenen Waffe, oder auch umgekehrt – wahrscheinlich war er wie Django doppelt bewaffnet – auf die Polizisten geschossen hat.

Zur Gegenüberstellung wäre noch zu sagen, daß hierzu einige Hindernisse beseitigt werden mußten, so z.B. sein Eisenbahnerbart (an jeder Station ein Haar). Da die Sprendlinger Täter nach Augenzeugenberichten im Gesicht nackt waren, wurde Johannes mit Hilfe eines Beschlusses von Richter Schlottmann aus Darmstadt zwangsrasiert, mit richterlicher Genehmigung, auch unter Anwendung "einfacher Gewalt". Da Johannes aber durchaus nicht willens war, auf seinen Bart zu verzichten (man hängt schließlich auch an Kleinigkeiten), konnte der Beschluß zur Freude der beteiligten Bullen extensiv ausgeführt werden. Johannes beschreibt das selbst so: Beine festgehalten,

Arm von hinten um den Hals, an Haaren und Ohren gezogen, Luft abgedrückt.

Gegen Ende hatte er jedenfalls weniger Haare und längere Ohren an denen er festgehalten worden war, weil er sich halt nicht von irgendwem irgendwo rasieren und vorführen lassen wollte – noch dazu in Knastklamotten und allein, so daß die Zeugen der Qual der Wahl enthoben waren.
Die Maßnahmen erwiesen sich als richtig und notwendig: Johannes wurde als einer der Täter identifiziert. Nur er selbst konnte sich kaum noch wiedererkennen, lief er doch seit Jahren nie ohne Bart rum.

Beschwerden gegen die Zwangsmaßnahmen wurden vom Gericht abgewiesen – Johannes sei nicht mehr "beschwert", da die Maßnahme bereits vollzogen sei.

Als letzten Gag hat sich "ermittlungs"richter Schlottmann noch einfallen lassen, aus Johannes ein Fotomodell zu machen: er soll alle 3 Tage verdeckt (heimlich fotographiert werden. Außerdem entnahm man ihm noch (unter Anwendung "einfacher Gewalt") Blut- und Speichelproben.
Warum fotographieren? Es geht darum, nachzuweisen, daß Johannes derart viele Haarwuchshormone hat, daß er am 7.5.76 in Sprendlingen kurzhaarig und glattrasiert auf Polizisten schießen konnte, und trotzdem kurze Zeit später von einer Menge Leute mit langen Haaren und Vollbart – wie schon seit Jahren – gesehen wurde. Wer würde ihn nicht um diese Hormone beneiden? !
Auf Grund dieser kristallklaren Beweislage wurde jetzt Anklage wegen Mordes und Mordversuch gegen Detlev und Johannes erhoben. Der Prozeß beginnt am 19. Oktober vor dem Landgericht Darmstadt um 8.30 Uhr.
Und obwohl Staatsanwaltschaft und Gericht diesen Prozeß immer als ganz "normalen Mordprozeß" hinstellen,
IST DAS EIN POLITISCHER PROZESS.
So fallen auch Detlev und Johannes unter die Kontaktsperre, eine Maßnahme gegen politische Gefangene. Dieser Prozeß reiht sich ein in eine Serie politischer Prozesse, die dazu dienen, mißliebige Linke jahrelang hinter Gittern verschwinden zu lassen.

Und das wird immer einfacher. Brauchte man in den ersten RAF Prozessen noch einen Ruhland, der eine halbwegs detaillierte Lügengeschichte entwarf, so genügte bei Jarowoy und Reimers schon eine Figur wie Harry Schäfer im Zeugenstand . Bei Johannes macht sich der Staatsschutz nicht mehr die Mühe einen Kronzeugen zu türken. Denn in diesem Fall hatte man erst den "Täter" und suchte sich dann eine passende Tat. Zeugen und Beweise wurden nachgereicht und auf die Situation getrimmt.
Wir schätzen die Mordanklage gegen Johannes als eine vorweggenommene Sicherungsverwahrung ein, wie sie von der CDU zur Zeit gefordert wird (falls die Kopf-ab-Strategen sich nicht durchsetzen sollten, Sicherunsgverwahrung ist Todesstrafe auf Raten).
Und da man ihm zutraut, daß er weiter gegen die FdGO kämpfen wird, braucht man bis zur Legalisierung von Todesstrafe und Sicherungsverwahrung einen Vorwand, um ihn dauerhaft einknasten zu können.
Der Prozeß gegen Johannes erfreut sich bisher kaum einer Publizität. Hier wird weder ein "Unschuldslamm" verurteilt, das während seiner Studentenzeit einmal versehentlich in eine Demo geraten ist, noch jemand, der vor seiner Verhaftung zur linken "Prominenz" zählte, sondern hier soll ein Genosse heimlich und im Schnellverfahren abgeurteilt und vernichtet werden.

Zur weiteren Unterstützung des Prozesses brauchen wir auch Geld. Spendet auf das PSchA Ffm, Christiane Laser Sonderkonto, Kontonummer 363250–604 (BLZ 500 100 60)."

HAFTBEDINGUNGEN à la BRD IN HOLLAND FÜR KNUT FOLKERTS

UTRECHT
4.Oktober

Knut Folkerts wurde am 22.September in den Niederlanden verhaftet. Noch in der Nacht zum 23.9. wurde Folkerts durch deutsche (!) und niederländische Polizeibeamte verhört. Die deutschen Beamten waren wenige Stunden nach der Verhaftung an Ort und Stelle und hatten den größten Anteil an den Verhören, wobei es vor allem um die Schleyer-Entführung ging. Dabei wurden Knut Folkerts auch 1 Million DM und ein neuer Paß in Aussicht gestellt, wenn er sich an der Suche nach Schleyer beteiligen würde.
Ein Rechtsbeistand wurde ihm zunächst verweigert. Der niederländische Rechtsanwalt Bakker Schut hat sein Mandat übernommen. Bakker Schut hat in mehreren Presseerklärungen gegen die Behandlung von Knut Folkerts protestiert: so konnte dieser die erste Nacht nicht schlafen, mußte mit gefesselten Füssen aufrechtsitzen und wurde nicht einen Moment allein gelassen. Nach einem Besuch von Bakker Schut wurde er durchsucht, Bücher und Zeitungen, die Bakker Schut mitgebracht hatte, wurden ihm nicht ausgeliefert. Die Zelle, in der er untergebracht ist, ist ständig beleuchtet, die hoch angebrachten Fenster können nicht geöffnet werden, so daß keine frische Luft hereinkommt. Diese Haftbedingungen verstoßen gegen niederländische Gesetze.

Folkerts wurde in einer schwer bewachten Kaserne der berittenen Gendarmerie (Marechaussee) untergebracht.Dieser Tatbestand bekräftigt laut Bakker Schut nur, daß Gefangene der RAF Kriegsgefangene sind, ohne daß ihnen hierfür Schutz durch die Genfer Konvention zugesprochen wird.

Bakker Schut (er vertritt auch Ronald Augustin) wurde bekanntlich in der westdeutschen Presse beschuldigt, seit Jahren konspirative Kontakte mit westdeutschen Terroristen zu unterhalten. Gegen diese Kriminalisierung wehrt er sich; Bakker Schut sieht einen Export westdeutscher Kriminalisierungsmethoden ins Ausland. Kritische Stimmen aus dem Ausland sollen erstickt werden. Bakker Schut vertraut darauf, daß die öffentliche Meinung in den Niederlanden durch diese Hetzkampagnen einsieht, daß der Polizeistaat Deutschland auch für andere west-europäische Länder eine Gefahr wird.

Weiter heißt es in einer Pressemitteilung, daß durch die unrechtmäßige Behandlung Folkerts die niederländische Regierung das Risiko eingeht, der Isolationsfolter beschuldigt zu werden.

GÜNTHER HANISCH ZUR UNTERSUCHUNG IM IRRENHAUS

WIESBADEN
5. Oktober

Die Hanisch-Unterstützungsgruppe, Grabenstraße 11, 6200 Wiesbaden, schreibt:

„Seit nunmehr über zwei Wochen befindet sich der Gefangene Günther Hanisch (siehe ID 192/93) zwecks 'Untersuchung seines Geisteszustandes' zunächst vorübergehend im Irrenhaus Eickelborn.

Wir erinnern uns: am 2. 6. 1976 erschoß Günther den damaligen Anstaltsleiter von Butzbach, Künkeler, der ihn an seinem Vorhaben hindern wollte, mittels einer Geiselnahme Öffentlichkeit für sich zu erzwingen. Den Tod Künkelers nahm die Justiz zum Vorwand, den Gefangenenrat Frankfurt vollends zu kriminalisieren. Günther wurde nach der Tat ein Jahr lang in völliger Isolation gehalten.

In dieser Zeit lief auch der Versuch der Justiz an, Günthers Widerstand zu brechen, indem man ihn für verrückt erklärt und ins Irrenhaus sperrt. Auch würde dann der anstehende Prozeß gegen Günther nicht mehr stattfinden, den er zum Ausgangspunkt machen will, das Urteil gegen ihn aus dem Jahre 1960 erneut anzugreifen, den Prozeß neu aufzurollen.

Günther verweigert die Zusammenarbeit mit dem Psychiater in Eickelborn. Er wird das Projekt seiner Psychiatrisierung nicht noch durch seine Mitarbeit legitimieren. Günther wird voraussichtlich in der nächsten Zeit zurückverschubt in die JVA Schwalmstadt bis das Gutachten erstellt ist, das Grundlage seiner endgültigen Einweisung in die Irrenanstalt sein soll. Die Systematik, mit der die Psychiatrisierung Hanischs verfolgt wird – so wurden z. B. auch alle Einwände der Verteidigung fast kommentarlos abgeschmettert – läßt das Projekt erkennen, Günther den Rest seines Lebens nicht mehr hinter Gittern sondern hinter Panzerglasscheiben, vollgepumpt und 'ruhiggestellt' mit Psychopharmaka, verbringen zu lassen. Schreibt an Günther:

Günther Hanisch, Paradeplatz 5, 3578 Schwalmstadt



DOKUMENTATION DER GEFANGENENGRUPPE NÜRNBERG

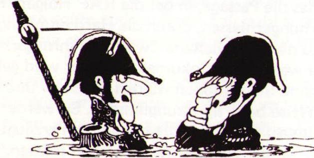
NÜRNBERG
4. Oktober

Die Gefangenengruppe Nürnberg schreibt:
„Am Beispiel Emil Rainer Beck dokumentiert die Gefangenengruppe Nürnberg die Situation Gefangener in den Zuchthäusern. Es soll auch aufgezeigt werden, daß die Lager- und Anstaltsleitungen die Selektion von „politischen" und „normalen" Gefangenen, wie sie oft von sogenannten „Linken" betrieben wird, nicht machen. Die Vernichtungsstrategie von Staat, Kapital und Justiz trifft alle gleichermaßen.
Die Dokumentation „...und welcher Gefangene ist schon nicht politisch..." kostet 3,-- DM und ist zu bestellen bei der

Gefangenengruppe Nürnberg
Humboldtstraße 88
85 Nürnberg
Tel.: 0911 / 44 46 24

G[illegible]n Einsendung eines Beleges, die Überweisung des Betrages auf das Konto: Commerzbank Nürnberg, Kto.Nr. 5383195 und die Beilegung des Portos in Briefmarken wird die Dokumentation versandt.

Die Nummer 2 des „Schwarzen Alltag" ist erschienen. In ihr wird ebenfalls über den Gefangenen Emil Rainer Beck berichtet."



PROZESS WEGEN BESETZUNG DER AUSLÄNDERBERATUNGSSTELLE

NEU-ISENBURG
3. Oktober

Am 6. Juli 1976 wurde die Ausländerarbeit in Neu-Isenburg durch den SPD-Magistrat liquidiert. Sven Lewin, ein Sozialarbeiter der Ausländerberatungsstelle, wurde fristlos gekündigt; der andere, Horst Schäfer, wurde strafversetzt. Dadurch wurde die Arbeit kaputtgemacht, die immer im Interesse der Ausländer gelaufen ist.

Am 7. Juli 1976 besetzten die beiden Sozialarbeiter die Beratungsstelle. Sie forderten damals unter anderem, daß denjenigen Emigrantenfamilien von der Stadt Wohnungen zugesagt werden die teilweise schon vier Jahre auf einer städtischen „Dringlichkeitsliste" standen. Nach einem Tag wurde die Beratungsstelle von Polizei, Feuerwehr und Arbeitern des Bauhofs geräumt (siehe ID 133, 134).
Gegen Sven und Horst wurde Anklage wegen schweren Hausfriedensbruch erhoben. Der Prozeß findet nun am **Donnerstag, 27.10.1977, um 10.30 Uhr, R 113 vor dem Offenbacher Amtsgericht, Kaiserstr. 16** statt.

DAS OLG DÜSSELDORF SORGT SICH UM DEN RUF DER DEUTSCHEN RECHTSPFLEGE

DÜSSELDORF
4.Oktober

Beschluß des OLG Düsseldorf (OGs 2.77/50js 2/77) :
„In dem Ermittlungsverfahren gegen Albartus u.a. hier gegen ... Enno Schwall... wegen Verdachts des Vergehens nach § 129 a StGB u.a. wird der Brief des Beschuldigten an das Criminologische Institut Amsterdam vom 21.Juli 77 mit Anlage vom 2.Mai 77 nach Anhörung der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.
...
Gründe: Die Briefe enthalten unrichtige und gröblich entstellende Behauptungen über Verhältnisse in den JVA'en, die geeignet sind, die Öffentlichkeit zu erregen.
Gegen eine Mitteilung des Haftstatuts, dessen Bedingungen durch § 119,3 StPO gedeckt sind, an sich bestehen keine Bedenken.

Der Beschuldigte spricht in dem Schreiben ... im Zusammenhang mit den angeordneten Haftbedingungen jedoch von der „Aushöhlung sogenannter rechtsstaatlicher Prinzipien" und er betrachtet sich als „in dem rechtlosen Raum eines permanenten Ausnahmezustandes" befindlich.

In dem Schreiben vom 21.Juli wird der Eindruck erweckt, der Beschuldigte sei infolge der Haftbedingungen nicht mehr in der Lage gewesen (er macht „Konzentrations- und Antriebsschwäche geltend) den Brief vom 2.Mai 77 zu beenden. Er bezeichnet seine Haft als bewußte „soziale Isolation".

Diese Darstellungen zielen ersichtlich darauf ab, bei einem unbefangenen ausländischen Leser die Vorstellung hervorzurufen, die Untersuchungshaft werde unter Außerachtlassung rechtsstaatlicher Grundsätze vollzogen. Der Beschuldigte hat es auch unterlassen, mitzuteilen, welche Straftaten ihm zur Last gelegt werden und daß das Haftstatut ... vom Oberlandesgericht Düsseldorf bestätigt worden ist."

"STÜRMER"–METHODE GEGEN "KÜRBISKERN"

MÜNCHEN
1977

Die Redaktion der Münchner Literaturzeitschrift „Kürbiskern" hat in einem Rundschreiben an ihre Leser und Autoren in- und außerhalb der Bundesrepublik nachdrücklich die Behauptung des CSU-Publizisten Peter Hornung als „gezielte Denunziation" zurückgewiesen, daß „die Zeitschrift und ihre Mitarbeiter sich im Vorfeld der Terrorszene" befänden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte am 14. September einen von Hornung in der „Nürnberger Zeitung" veröffentlichten entsprechenden Artikel kommentarlos nachgedruckt.

Der Münchner „Kürbiskern" wertet dies als den Versuch, die Verleumdungskampagne gegen kritische Intellektuelle - Professoren, Schriftsteller, Studenten - zu „einer Art Pogromstimmung" in der BRD zu steigern. Zugleich versichert „Kürbiskern": „Unsere Zeitschrift ist und bleibt ein Forum für alle demokratischen Autoren, also auch für sozialistische und kommunistische Schriftsteller des In- und Auslandes". Die Verleumdung könne nicht treffen. „Die Methode ist - gerade in Nürnberg - seit Stürmer-Zeiten bekannt."
(aus: „Berliner Extra-dienst" vom 27.9.77)

ZWEI JAHRE KNAST IM POLITLADEN–PROZESS!

GAIGANZ/ERLANGEN NÜRNBERG/ 1.Oktober *Gestern, am dritten Verhandlungstag ging der Prozeß vor dem Landgericht Nürnberg zu Ende, indem Verkauf des anarchistischen Kochbuchs, Herstellung und Verbreitung des Buches ‚Kampf der Vernichtungshaft' und angebliche Verteilung des ‚Drenkmannflugblattes' verurteilt werden sollten. Ergebnis: Freispruch für Udo Polzer, 2 Jahre „ohne" für Gerd Schnepel.*

VORGESCHICHTE

Im November 74 kaufte CSU-Spitzel stud.med. Zapfe im Politladen Erlangen je ein Exemplar des deutschen und amerikanischen „Anarchist Cookbook". Sofort danach wurde eine Hausdurchsuchung gerichtlich angeordnet, die den Beweis erbringen sollte, das Buch sei in Gaiganz gedruckt worden. Anfang Februar 75 wurde die Duruchsuchung dann durchgeführt; unter Beteiligung von LKA Bayern und BKA Bonn. Erlanger und Gaiganzer Niederlassung der Firma wurden von MP-bewaffneten Polizeibeamten umstellt, Polizeihunde waren dabei, zwei Mitarbeiter wurden erkennungsdienstlich behandelt, das gesamte Gaiganzer Anwesen wurde Raum für Raum durchsucht, fotografiert und vermessen. Beschlagnahmt wurden ein Kochbuch in der Gaiganzer Küche, über hundert Bücher „Vernichtungshaft" sowie jede Menge Prospekte, linke Zeitungen, Rote Hilfe Broschüren und einige anonyme Drenkmannflugblätter im Warenlager des Politladens. Anderthalb Jahre später erfolgte Anklageerhebung wegen Kochbuch, Vernichtungshaftbuch und Drenkmannflugblatt. Am 20.9.77 war Prozeßbeginn vor dem Landgericht, weil die Eröffnung vor dem Amtsgericht „wegen der besonderen Bedeutung des Falles" nicht „geboten war".

DIE VERHANDLUNG

Nach der Vernehmung von Polizei- und CSU-Zeugen und einem sich in Widersprüche verwickelnden Druck-Sachverständigen führte Udo aus, daß in einer mehr kollektiv arbeitenden linken Firma die Verantwortlichkeiten nicht dieselben seien wie in einer ‚normalen' GmbH und daß es mit daher komme, daß er tatsächlich weder den Inhalt des Kochbuchs gekannt habe noch den des anderen Buches. Das Flugblatt „Lernprozeß und Solidarität" war zudem nur im Lager vorhanden, wo jeder Wareneingang liegt, der mit der Post kommt.
Besonders interessiert zeigte sich das Gericht für die Finanzierung so einer Firma – wahrscheinlich haben sie auf die vermögenden linken Gönner oder Moskau, Peking, Ghaddafi gelauert? – und die Arbeitsstrukturen. Gerd bestätigte dann Udos Aussagen, wies darauf hin, daß er mit Sicherheit das Kochbuch weder eingekauft noch verkauft habe und auch den Druck nicht initiiert und nichts von ihm gewußt habe, da jede Abteilung der ehemaligen Politladen-GmbH autonom gearbeitet habe.
Zum Inhalt der Vorwürfe: Das „Anarchistische Kochbuch" ist eine Übersetzung aus dem amerikanischen, bezieht sich eindeutig auf amerikanische Zustände und dokumentiert Gedanken, Ideologie und Praxis einer bestimmten Scene. Diesem Zweck könne nicht genügt werden, in dem das, was dokumentiert werden soll, weggelassen wird. Das Gericht hielt dem entgegen, daß in einem angeblichen Politladen-Prospekt mit den Sprüchen „Spaß muß sein! Andreas Hofer" und „Hausmannskost für linke Straftäter" geworben würde.

Die Verteidigung von Gerd stellte dann zu dem Vernichtungshaft-Buch einen umfangreichen Beweisantrag, in dem die Isolationshaft an politischen Gefangenen bewiesen werden sollte und deren wissenschaftlich abgesicherte Bezeichnung als Folter. Dieser Antrag wurde abgelehnt, indem das Gericht (drei Berufsrichter, zwei Schöffen)die meisten der behaupteten Tatsachen als wahr annähme. Das Plädoyer von Gerds Verteidiger, RA Berthmann, betonte dann noch die bekannte Funktion linker Buchläden, Druckereien und Verlage. Es dürfe keine Einschränkung geben, über was diskutiert werde, und für die Diskussion müsse die Informationsfreiheit gewährleistet sein. Das gelte selbstverständlich auch für die Haftbedingungen der RAF und für die Ansichten und Ausführungen der RAF Gefangenen selbst. Zum Schluß wies der RA darauf hin, mit welchem Tempo die Entwicklung zum Polizeistaat von oben betrieben würde, und wie für jede Reaktion auf gesellschaftliche Übel neue Gesetzepassendzurecht gebastelt werden.
Mit diesen erfreulichen Ausführungen ging nun der Staatsanwalt gar nicht konform. Er spräche über die bedauerlichen Vorfälle der letzten Monate und Wochen, die ihre Ursache gerade in der Verbreitung solcher Schriften hätten. Er hielt die Tätigkeit auch eines „Nur Verkaufens" für absolut verwerflich und er bemühte sich sogar, die Verteilung des Drenkmannflugblattes zu beweisen: da elf Exemplare gefunden worden seien und doch normalerweise runde Zahlen zum Versand kommen, müßten 9 oder 19 use. verteilt worden sein... usw.
Schließlich beantragte er 1 1/2 Jahre ohne Bewährung für Gerd Wiederholungstäter und für Udo anderthalb, weil das Drenkmanndding bei ihm dazukomme.

DAS URTEIL

Im Gegensatz zum Staatsanwalt hielt die Kammer das Vernichtungshaftbuch für das wesentlich Schlimmere. Beim Kochbuch bliebenals strafbare Handlung die Anleitung zum Bau eines Mollies und das Fehlen des Impressums, mithin strafbar als Verstoß gegen Waffen- und Pressegesetz; durch den Prospekt sei bewiesen, daß es im persönlichen Streben des Angeklagten gelegen sei, linke Straftäter zu erzeugen. Beim zweiten Buch handle es sich nicht um eine Dokumentation, wenn sie auch "im wesentlichen zweifelsfrei feststehende Tatsachen" enthalte. Der Vorsitzende verlas die Passage, in der die RAF Holgers Tod als Mord durch Verhungernlassen, durch die Haftbedingungen und durch bewußt zu niedrig gehaltene Zwangsernährungsrationen bezeichnet. Hier wird nichts dokumentiert, hier wird gehetzt!" Der Staat und seine Institutionen würden in "übler und verächtlichmachender Weise bösartig verunglimpft". So werde die vergiftete Atmosphäre durch die Ultralinken erzeugt in einer Gesellschaft, "in der wir nun mal alle leben müssen." Das Buch sei eine üble Hetz- und Schmähschrift, die bei labilen Menschen Schlimmes bewirken könne." Der Titel des Buches sei schon Beleg dafür. Herstellung und Vertrieb seien kein Kavaliersdelikt oder ein Vergehen niederer Kriminalität, sondern (zu dem mit Anti-KKW-Zeichen geschmückten Gerd) "eine Art Umweltverschmutzung, die sehr viel Böseres bewirken kann als das , was man gemeinhin unter diesem Begriff versteht". Mithin ein Jahr für das Kochbuch, anderthalbe für das andere Buch, Gesamtstrafe zwei Jahre. Udo wurde freigespro-

chen, da ihm der persönliche Tatbeitrag nicht nachgewiesen werden könne.

Der Vorsitzende, Richter Pickhan, machte sodann klar, daß Urteil und Strafzumessung in der Person des Angeklagten begründet liegen. Er sei mehrfach vorbestraft, einmal sogar wegen Aufruhrs, seine führende Rolle im Politladen sei also über die juristische Verantwortlichkeit hinaus bewiesen. "Auf sein Betreiben" sei das Vernichtungshaftbuch entstanden usw.: "unter Anleitung und Billigung", "unter seiner Ägide", "treibender Teil im Kollektiv". Der Richter verwies auf die "tragischen Ereignisse der letzten Wochen", zu denen solche Kriminalität führe. Eine Strafmilderung sei nicht möglich, da der Angeklagte keinerlei Reue gezeigt habe und es auch in seiner Entwicklung zum Straftäter keine entschuldigenden Ereignisse gebe: "Gegen den Angeklagten spricht, daß er seit Jahren in der sogenannten linken Scene tätig ist und zwar in einer Weise, die nicht mehr als normale politische Betätigung verstanden werden kann, sondern immer wieder die Trennmauer zur Strafbarkeit durchbricht". Mit den besten Hoffnungen, daß zwei Jahre vielleicht doch den gewünschten Effekt auf des Angeklagten Wiedereinpassung haben möchten, schloß der Vorsitzende seine beklagenswerten Ausführungen.

W[illegible]S NUN?

Gerd uns sein Verteidiger werden Revision beim Bundesgerichtshof als noch verbleibender Instanz beantragen. Falls die dem zustimmen, geht es erneut ans LG Nürnberg, falls nicht, wird das Urteil rechtskräftig.

Das Urteil eigt, daß die ganze Hetze der letzten Wochen nicht ohne Wirkung geblieben ist. Die Einschränkung aller möglichen Freiheiten geht mit Riesenschritten weiter, unter der Überschrift "Sumpfaustrocknung" werden auch offen faschistische Forderungen laut, die Kriminalisierung der Linken wird immer abenteuerlicher. Dies Urteil zeigt diese neue Qualität auf. Es wird ganz offen politisch argumentiert, die Tatsachen rücken noch mehr an den Rand, die Gegenargumentation, der Versuch, selbstverständliche Freiheitsrechte gegen den autoritären Polizeistaat behaupten zu wollen, stößt auf massive Schläge der Justiz und Politiker. Jede Woche frische Gesetze und hohe Strafen für Leute, die dem Widerstand leisten.

Angesichts dieses Nürnberger Lern-Prozesses müssen wir praktische Solidaritätsmaßnahmen diskutieren. Dieses Urteil läßt auch für die weiteren Prozesse, die im linken Buchhandel a[illegible]hen, Schlimmes erwarten. Wir müssen überlegen, wie wir diesem Nürnberger Spruch entgegentreten können. Für die VLB Projekte bietet sich die Buchmesse an, außerdem sollten wir diskutieren, ob ähnlich wie im Bommi Baumann-Fall eine gemeinsame Aktion zustande kommt, zumal es hier nicht mehr um das Verbot eines Buches geht, sondern um lange Knastzeit und nachhaltige Abschreckung zur weiteren Erzwingung der Selbstzensur. Jeder mit Beziehungen zu ausländischen Gruppen und Zeitungen sollte zudem diesen Fall publik machen und auf diese neue Stufe staatlichen Machtmißbrauchs aufmerksam machen.
Es kommt jetzt darauf an, die Schwüre "Wir lassen uns nicht einmachen! Wir werden weiter herstellen, verbreiten, ausstellen, verkaufen, anbieten, zugänglich machen ...!" in die Tat umzusetzen.

ZWEI JAHRE? NEIN DANKE!

In Nürnberg hat sich das Komitee "Freispruch für Gerd Schnepel" gegründet. **Adresse: RA Berthmann, Parsifalstr. 8, 8500 Nürnberg.**

Jeder und jede, wo etwas unternimmt, möchte bitte das Komitee davon in Kenntnis setzen. Dort gibt es auch jeweils Informationen über den neuesten Stand des Verfahrens und der Gegenmaßnahmen. Für das Russell-Tribunal wird die Russellinitiative Nürnberg den Fall aufnehmen.
Und natürlich zu guter Letzt: das wird alles auch sehr, sehr teuer, angefangen bei den Verfahrenskosten! Schickt daher bitte Geld an das Freispruchkomitee zu Händen RA Berthmann! Telefonische Rückfragen unter Nürnberg 0911-49414. Und bei uns: 0201-791656, Gegendruck Essen."



SECHS MONATE HAFT WEGEN BUBACK-ARTIKEL

Am 29. September wurde die presserechtlich Verantwortliche (Eva Deutsche) des KBW-Organs "Arbeiterstimme" für einen anonymen Artikel "Buback erschossen_Gründe gibt's genug, aber was nützt es schon? " wegen Billigung von Straftaten zu einer Haft von sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt.
Der Staatsanwalt (Hermann Frank) vertrat die Ansicht, daß Eva Deutsch zu verurteilen sei, da der Mord an Buback verherrlicht werde, obwohl sie den Kommentar nicht geschreiben hatte.
In der Urteilsbegründung betonte der Gerichtsvorsitzende (Ernst Löffler), es komme nicht darauf an, was Verfasser solcher Artikel vielleicht gemeint haben mögen, sondern darauf, wie das Geschriebene auf den Leser wirke. "Im stillen" sei eine „gewisse Befriedigung" über den Mord sichtbar.



FAZ VERKLAGT PALÄSTINA–KOMITEE

BONN 3.Oktober Am 13.Mai dieses Jahres hat das Palästina-Komitee in Bonn ein Flugblatt verteilt. Darin wird der FAZ-Korrespondent Harald Vocke, zuständig für den Nahen Osten, wegen Unterstützung der Falangisten im Libanon kritisiert.

Drei Tage später hat die FAZ gegen den Verantwortlichen des Komitees, Hans Weingartz Strafanzeige „wegen Beleidigung, Verleumdung und allen anderen in Betracht kommenden mit Strafe bedrohten Handlungen" gestellt.

Wir veröffentlichen das Flugblatt des Palästina-Komitees (Postfach 2533) in Bonn, um über die Praxis von Vocke zu informieren:

HARALD VOCKE UND DER KRIEG IM LIBANON

Für seine Berichterstattung über den Libanon-Krieg erhält Harald Vocke von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) heute (13.5.77) den katholischen Journalistenpreis – aus der Hand des höchsten Repräsentanten der Katholischen Kirche in der BRD, Kardinal Höffner.

Diesen Preis, einschließlich 4000 DM hat Harald Vocke verdient! Als einer der letzten Kreuzritter des Abendlandes hat er sich unbestreitbare Verdienste erworben. In seinem journalistischen Kreuzzug für die libanesischen ‚Christen' hat er einen wertvollen Beitrag im Kampf gegen die Ungläubigen geleistet – Moslems, Palästinenser,Kommunisten,Nasseristen, Al-Fatah und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO).

Er hat dem auserwählten Kreis von FAZ-Lesern das Bild „christlicher" Kämpfer gezeichnet, deren Sache es lohnte,unterstützt zu werden. Daß dazu die Wahrheit hier und da einmal zurechtgestutzt werden mußte, lag in der Natur der Sache, für die Herr Vocke stritt und weiter streitet. So erfuhr beispiels-

weise der FAZ-Leser, daß die Palästinenser „bisher unversöhnliche Gegner der Christen geblieben" sind. Andere Veröffentlichungen (vgl. z.B. „Das Wort zum Sonntag" vom 28.8.76 von Pfarrer Dr.Jörg Zink) sahen das zwar anders, doch wird Harald Vocke für seine Sicht Gründe haben und über eine solche Kleinigkeit wie die, daß große Teile der Palästinenser selbst Christen sind, läßt sich ohne weiteres hinwegsehen.

Das ‚Wort zum Sonntag' vom 28.8.76 von Dr.Jörg Zink,Stuttgart:...

Guten Abend meine Verehrten Damen und Herren!

Jeden Tag hören wir von Kämpfen und Greueln im Libanon. Wir erleben den langsamen Selbstmord eines blühenden Landes, eine Tragödie, die auf unbegreifliche Weise mit dem Wort „christlich" verbunden ist. Die Christen schießen – die Christen töten – die Christen kennen kein Erbarmen – oder wir immer die Schlagzeilen lauten. Die Christen zerstören mit Panzern, die auf der Frontplatte das Bild des gekreuzigten Christus tragen, wehrlose Dörfer. Sagen Sie doch etwas dazu, hat man mich gebeten. Aber was soll ich zu dem ungeheuren Skandal sagen, der doch jeden schlaflos legen muß, der noch weiß, wer Christus ist?

Dreierlei vielleicht:

Erstens: Dies ist kein Religionskrieg. Er ist zunächst ein Krieg von Libanesen gegen Palästinenser gewesen, darum, wer Herr im Land ist. Aber die Palästinenser sind nicht nur Moslems, sondern auch Christen. Dieser Krieg ist aber vor allem ein sozialer Krieg zwischen Armen und Reichen, Konservativen und Sozialisten. Und auch hier sind Christen auf beiden Seiten. Der Chef der Volksfront, Habasch, ist orthodoxer Christ. Der Patriarch der größten Kirche ist ein Freund der Palästinenser. Die reformierten Kirchen stehen zwischen den Fronten und arbeiten für das Rote Kreuz Sieht man genau zu, dann ist die Bezeichnung Christen gegen Moslems ungefähr so sinnreich als wenn man ein Fußballspiel zwischen Brasilien und Polen als eines zwischen Indianern und Katholiken bezeichnete.

Der Weltkirchenrat hat vor wenigen Tagen in einer Verlautbarung zur Lage im Libanon die Medien aufgefordert, für die beiden Seiten endlich zutreffende Bezeichnungen zu wählen.

Zweitens: Im Libanon – daher kommt die Verwirrung – gibt es keine politischen Parteien. Das Land wird von hundert Familienclans regiert, hälftig Moslems und Christen. Die Reichen sind die Herrschenden. Will jemand eine politische Partei sammeln, kann er das nur im Schutz einer Glaubensgemeinschaft tun und so wird das Kreuz zum Parteiabzeichen. Die Menschen müßten die Möglichkeit erhalten,Parteien zu bilden und die Verfilzungen von Religion und Politik auflösen.

Drittens: Es wäre in diesem Land nicht zu diesem Krieg gekommen, säßen die Hintermänner nicht im Westen wie im Osten und kämen die Waffen nicht ständig über die Grenzen. Der Libanon geht zugrunde an einem Kuhhandel zwischen ausländischen Mächten, die dem Land die Last der Flüchtlinge aufbürden und nicht sagen können, was mit ihnen geschehen soll, vielleicht in der Hoffnung, das Problem erledige sich durch einen Bürgerkrieg... "

Harald Vocke und der Ausbruch des Krieges!

Harald Vocke hat aber nicht nur dafür gesorgt, daß die FAZ-Leser wissen, daß die Palästinenser einen Religionskrieg gegen die Christen führen, er hat auch Klarheit darüber geschaffen, wer für den Ausbruch des Krieges verantwortlich ist; selbstverständlich auch die Palästinenser: „Palästinensische Partisanen", schrieb er, „haben an jenem unglücklichen Tag (Massaker von Ain El Rummaneh, d.Verf.) den Kriegsausbruch provoziert". Nun weiß man – selbst ein FAZ-Leser – daß Palästinenser Opfer dieses Massakers waren, unbewaffnete, Frauen und Kinder in der Mehrzahl, auch daß es Falangisten waren, die das Massaker angerichtet haben, doch kenn man ja nach der Lektüre von Harald Vockes Artikel die Heimtücken der Palästinenser und so wird es sicher nicht abwegig gewesen sein, was Herr Vocke geschrieben hat, daß die ermordeten Palästinenser selbst provoziert haben.

Harald Vocke im Kampf um Tal El Zaatar!

Die zweifellos größten Verdienste hat Harald Vocke im Kampf um das palästinensische Flüchtlingslager Tal-El-Zaatar erworben. Hier war er so etwas wie ein Fels in der Brandung – haben doch ausnahmslos die Berichterstatter von scheußlichen Grausamkeiten der „christlichen" Falangisten bei der Be/lagerung und Erstürmung des Lagers berichtet.

Harald Vocke sah das anders. Wie in den Tagen des Mittelalters, so ließen sich die heiligen Ziele der „christlichen" Kämpfer nicht ohne Mord und Blutvergießen an den Ungläubigen erreichen. Harald Vocke hat dafür gesorgt, daß die FAZ Leser darüber Bescheid wissen, daß es sich bei den Flüchtlingslagern tatsächlich um etwas ganz anderes handelt: „Die Flüchtlingslager im Libanon sind Artilleriestellungen der Partisanenverbände". Was blieb den „christlichen" Kämpfern der Falange da anderes übrig, als Bombardierungen, Aushungerung, Mord und Totschlag? !

Ulrich Kienzle, ARD...

Die Rache der Sieger... Sie schleifen einen toten Palästiner[illegible] durch das christliche Beirut... Die Zuschauer am Straßenrand jubeln... Viele tote Palästinenser werden in diesen Tagen im Triumph durch das Christenviertel Farn-elSchebback,Sin-El-Fil und Aschrafieh gezogen. Man muß schon sehr hartgesotten sein, wenn einem diese Bilder nicht an die Nieren gehen.

Tel-Al-Zaatar hat aufgegeben, man hatte versprochen, daß die Genfer Konvention eingehalten würde. Aber selbst hier, an der Grenze zwischen Moslem- und Christenviertel wird noch auf die Flüchtlinge von Tel-Al-Zaatar geschossen. Dieses Mädchen ist von einem Scharfschützen in die Hand getroffen word; die Soldaten der arabischen Friedenstruppe kümmern sich nicht um sie: es wird ja nicht auf sie, sondern nur auf Zivilisten geschossen... Alle Flüchtlinge erzählen, daß viele Männer von den maronitischen Milizionären aus den Lastwagen gezerrt und auf der Stelle erschossen wurden. Mehr als 500 insgesamt.

Kardinal Höffner an der Seite der falangistischen Mörder!

Geistiger Helfershelfer terroristischer, sektiererischer Verbrecher, die im Mantel von Christen auftreten, das ist die richtige Charakterisierung von Harald Vocke. Mit Lügen, Täuschun[illegible]n, mit Hilfe der Mobilisierung von chauvinistischen Gefühlen [illegible]t er Schützenhilfe für die Überfälle und Aggressionen der Falangisten geleistet. Wären dies Äußerungen einer Privatperson gewesen, so hätte man dies ohne weiteres als reaktionären Schwachsinn abtun können, was diese Äußerungen wichtig macht, ist die Tatsache, daß sie von einer „renommierten" Tageszeitung verbreit breitet worden sind und weiter verbreitet werden, daß die FAZ für Herrn Vocke als Plattform für die Verbreitung seiner Haßtiraden gegen Palästinenser und „halbgebildete" Muslims zur Verfügung stand. Dazu kommt nun noch Kardinal Höffner, der einem solchen Berichterstatter auch noch einen Preis verleiht – 4000 DM dafür, daß sich jemand bereit gefunden hat, die mörderischen Aktivitäten der „christlichen" Falangisten dem deutschen Publikum nahezubringen und zu beklatschen. Der Zynismus ist perfekt. Die eine positive Seite hat das Spektakel der Preisverleihung allerdings: daß man genauer sieht, auf welcher Seite die Kirchenführung steht.



REPRESSION IM URLAUB –BEISPIEL DEUTSCH–ITALIENISCHER ZUSAMMENARBEIT –

BOCHUM
22. September

„Mitte July fuhren wir, d.h. drei Männer und zwei Frauen, per Bahn vom Ruhrgebiet aus Richtung Sardinien. An der deutschen und italienischen Grenze ließen wir die für flippige Typen hinlänglich bekannten ausführlichen Kontrollen der Personalpapiere gelassen über uns ergehen. Auch in der Kontrolle unserer Fahrkarten in der Vorhalle von Roma Termini durch zwei Uniformierte und drei Zivile sahen wir noch nichts besonderes. Was eigentlich richtig ablief, haben wir erst zwei Tage später durch Zufall auf unserem Campingplatz in S. Teodoro/Sardinien mitbekommen: die italienische Polizei war uns auf den Fersen.

Was wir dann in den nächsten Wochen alles an Terror erlebt haben, klingt nach Western oder Krimi. Ständig, Tag und Nacht, waren ganz offen acht Zivile in zwei Alfas hinter uns her. Alle Kontaktpersonen, mit denen wir mehr als ein paar Worte gewechselt haben, wurden fotografiert und ihre Personalien durch zusätzliche örtliche Zivilpolizisten festgestellt. Bei Trampfahrten wurden unsere Fahrer angehalten und darauf aufmerksam gemacht, daß sie Terroristen befördern. Zimmerwirte wurden durch ständige Belagerung der Hoteleingänge eingeschüchtert und nächtliche Razzien auf Campingplätzen durchgeführt.

Natürlich haben wir uns überlegt, wie wir der Observierung entgehen können. Das Schlimmste war die Ohnmacht, die man empfinden muß, wenn man ohne Sprachkenntnisse, ohne Rechtschutz und ohne große solidarische Unterstützung den Nachstellungen der Polizei ausgesetzt ist. Bevor wir aufgeben und den ohnehin versauten Urlaub abbrechen würden, wollten wir es nicht unversucht lassen, unseren Bewachern die Arbeit schwer zu machen.

Wir versuchten uns beim Polizeichef und dem deutschen Konsulat zu beschweren und parallel dazu durch einen Ausbruchsversuch unseren Spielraum abzutasten. Polizeichef und Konsul (Leopold Bruder!) bestätigten freundlich die Observierung und empfahlen uns, die Sache nicht so schwer zu nehmen. Der Ausbruchversuch konnte nicht richtig funktionieren, da wir ohne Fahrzeug zu unbeweglich waren, aussahen wie die bunten Hühner mit Rucksäcken und nicht für den Genuß weniger unbeobachteter Stunden oder vielleicht Tage straffällig werden wollten. Immerhin hat der Versuch unsere Bewacher sehr verunsichert und genervt und unsere Moral ein bißchen hochgebracht.

Daß wir dennoch unsere ganze Ferienzeit in Sardinien verbrachten, haben wir in erster Linie Genossen/innen zu verdanken, auf die wir unterwegs immer wieder gestoßen sind, die uns sehr solidarisch unterstützt haben und uns ermutigt haben, gegen die ständige Überwachung Widerstand zu leisten.

So, und was steckt nun dahinter?

Wir gehen davon aus, daß die Observierung nicht auf Initiative der italienischen Behörden eingeleitet wurde. In Italien ist keiner von uns jemals mit der Justiz oder der Polizei einschlägig in Konflikt geraten.

Die aufwendige Art der Überwachung kann nicht durch Mißverständnisse erklärt werden, zumal sie durch den westdeutschen Konsul und die italienische Polizei bestätigt wurde. Wir führen die ganze Aktion auf die Initiative westdeutscher Staatsschutzbehörden zurück.

1. Die Äußerungen der Polizei über unsere Zugehörigkeit zur deutschen „Terrorszene" weisen die Richtung.
2. Zwei Mitglieder der Reisegruppe sind durch ihre langjährige Freundschaft mit zwei Genossen, gegen die z.Z.. Anklagen wegen Zugehörigkeit bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung laufen, der Polizei und Justiz bekannt.
3. Die Tätigkeit in Antirepression- und Anti-AKW-Initiativen macht uns in den Augen der Repression zu „potentiellen Gewalttätern".

Die Überwachung in Italien ist vermutlich ein Beispiel der neuen, vertraglich gesicherten Stufe der „Antiterroristischen Zusammenarbeit" zwischen beiden Ländern.
Gegen kein Mitglied der Reisegruppe liegt ein Anklage- oder Ermittlungsverfahren vor. Rechtliche Möglichkeiten gegen Observierungen einzuschreiten existieren nicht.
Es ist kaum verwunderlich, daß wir in diesen Tagen nach Schleyer von der Polizei auf die Stichhaltigkeit unserer Alibis für Montag zwischen vier und fünf überprüft wurden.
Aber auch der Kampf geht weiter!"



ZUM RUSSELL - TRIBUNAL:

ERKLÄRUNG DES VORLÄUFIGEN SEKRETARIATS ZUR SITUATION DER UNTERSTÜTZUNGS–ARBEIT

BERLIN,
3. Oktober

"Die Vorbereitung des Tribunals findet nicht in einem politischen Vakuum statt. Vor dem Hintergrund der bestürzenden und sich überstürzenden Ereignisse der letzten Wochen droht die Forderung nach Distanzierung jeden Versuch analytischer Distanz zu verdrängen. Insbesondere mit Hilfe eines nebulösen, rechtlich irrelevanten, inzwischen längst aber folgenschweren Begriffs: dem des "Sympathisanten", wird in der Bundesrepublik eine politische Atmosphäre geschaffen, die an die finstersten Zeiten des McCarthyrismus in den U.S.A. erinnert. Nicht mehr nur jeder ideelle Nonkonformismus kann zu straf-, zivil- oder beamtenrechtlicher Verfolgung führen; politische Indifferenz reicht bereits aus. Sprachregelungen und Sprachverhalten, Mißtrauen und Denunziation drohen zum Resultat einer beispiellosen Diffamierungskampagne gegen all jene zu werden, die – wie Heinrich Böll es einmal aus eigener Erfahrung nannte – sich "der kriminellen Sünde der Differenzierung schuldig" gemacht haben, weil sie allen staatlichen Forderungen nach "Bekenntnissen" zum Trotz gerade heute nüchterne und seriöse Untersuchungen über die politische Entwicklung der Bundesrepublik für wichtig halten.

Es ist absehbar, daß auch das zu diesem Zweck geplante Russell-Tribunal solchen Angriffen ausgesetzt sein wird. Für die Initiatoren dieser Veranstaltung muß dies bedeuten, dann auch diese Entwicklung und Reaktion zum Gegenstand einer unvoreingenommenen Untersuchung zu machen. Denn wenn man wie die Initiatoren, Unterstützer und Sympathisanten eines Russell-Tribunals jegliche Form des politischen Terrors grundsätzlich ablehnt, weil man zu den Grund- und Menschenrechten nicht bloß ein taktisches Verhältnis einnimmt, dann muß man schon das kleinste Anzeichen staatlicher Willkür zum Anlaß für eine Untersuchung nehmen. Die Grund- und Menschenrechte stehen niemandem zur Disposition – das gilt auch und insbesondere für den Staat, demgegenüber sie schließlich einmal als Abwehrrechte gedacht waren.

Dieses grundsätzliche Verhältnis zu den Grund- und Menschenrechten bestimmt erklärtermaßen die Fragestellungen und Untersuchungskriterien des geplanten Tribunals. Von daher ergeben sich zwangsläufig zwei Folgerungen:

1.) die Russell-Peace-Foundation begrüßt die Unterstützung ihrer Tribunals von jedermann und von jeder Gruppe, Organisation etc., die diese Auffassung von der grundsätzlichen Bedeutung der Menschenrechte teilen; mit ihnen ist eine Zusammenarbeit nur möglich
ist eine Zusammenarbeit zur Vorbereitung und Durchführung des Tribunals erwünscht und möglich;

2.) wenn ein lediglich taktisches Verhältnis zu den Grund- und Menschenrechten mit den Zielen des Tribunals nicht zu vereinbaren ist, dann können auch nicht mögliche Untersuchungsbereiche allein aus irgendwelchen taktischen Überlegungen ausgeblendet werden. Wir haben bereits im Rundbrief 4 betont, daß eine Untersuchung der Situation der Menschenrechte in einem Land die Totalität dieser Rechte ebenso im Auge behalten muß wie das gesamte Ausmaß ihrer möglichen Verletzung (Rundbrief 4, Teil II, S. 3). Das heißt, daß es allein Aufgabe der Jury ist, zu entscheiden, in welcher Form die verschiedenen, ineinander übergreifenden Bereiche möglicher Menschenrechtsverletzungen angemessen untersucht werden sollen".

im Auftrag der Russell-Peace-Foundation
das provisorische Sekretariat – Berlin



ZWEI KLEINE ANFRAGEN DER CDU/CSU

BONN 29. September *Der Pressedienst der CDU/CSU veröffentlicht den Text zweier Anfragen an die Bundesregierung. Weitere Beispiele für die Praxis der Sumpftrockenlegung.*

„Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Eyrich, Spranger, Erhard (Bad Schwalbach), Schwarz, Wohlrabe, Dr. Müller, Dr. Wittmann, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Gerster (Mainz) und der Fraktion der CDU/CSU

betr.: „Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland"

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die Vorbereitungen für ein sogn. Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland bekannt?

2. Wie beurteilt sie

a) die von den verschiedenen Vorbereitungsgruppen angegebenen „Tatsachen" über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland, die als Anlaß des Tribunals genannt werden,

b) die politische Zielsetzung der wichtigsten Personen und Gruppen, die sich für das „Tribunal" einsetzen?

3. Ist es richtig, daß zu den vorbereitenden oder die Vorbereitung unterstützenden Personen, Gruppen und Organisationen unter anderem

- sym
- Sympathisanten anarchistischer Gewalttäter wie der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" und Mitglieder des ihn stützenden Beirats wie die Schriftsteller Y. Karsunke, J. Roth, G. Zwerenz und der Theologe Prof. Gollwitzer,
- Gruppen der Neuen Linken, wie der „Kommunistische Bund" oder „GIM",
- Organisationen aus dem Bereich der orthodoxen Kommunisten wie die Berliner „Arbeitsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten" und die kommunistisch beeinflußte Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner,
- unabhängige Sozialisten wie das „Sozialistische Büro", Offenbach, sowie
- Mandatsträger, sonstige Mitglieder oder politisch Verbunden demokratischer Parteien wie Stadtverordnete von SPD und FDP, die Deutschen Jungdemokraten, der Liberale Hochschulverband Hannover und Göttingen, die Jungsozialisten UB Hannover, die Juso Hochschulgruppen Hannover und Bielefeld gehören?

4. Gilt die Auffassung der Bundesregierung, „daß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten erfahrensgemäß deren revolutionäre Ansätze fördert, die eigene politische Position jedoch schwächt", mindestens sinngemäß auch für die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des „Russell-Tribunals"?

5.Was hat die Bundesregierung bisher, öffentlich oder nicht öffentlich, unternommen, um die sich nicht zum Bereich des Linksextremismus zählenden Personen und Gruppen welche sich an der Vorbereitung des „Russell-Tribunals" beteiligen, über den politischen Charakter dieses Unternehmens und der übrigen sich beteiligenden Gruppen aufzuklären und auf sie mit dem Ziel ihrer Distanzierung von dem Unternehmen einzuwirken? Was wird sie zum gleichen Zweck noch tun?

6. Hat eine etwaige Tätigkeit der Bundesregierung im Sinne der Frage 5 bisher irgendwelche greifbaren Erfolge gehabt? Wenn ja, in welchen Fällen? "

„KLEINE ANFRAGE
der Abgeordneten Dr. Eyrich, Spranger, Erhard (Bad Schwalbach), Schwarz, Dr. Wittmann, Glos, Gerster (Mainz), Dr. Jentsch (Wiesbaden) und der Fraktion der CDU/CSU

betr.: die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Organisationen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die Bemühungen linksextremer Organisationen, wie sie zum Beispiel im Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 175 vom 30.4.1977 zum Ausdruck kommen, bekannt, durch entsprechende Ausgestaltung ihrer Satzungen die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und damit Steuervergünstigungen zu erreichen?

2. Hat die Bundesregierung durch Umfragen bei den Länder festgestellt, in welchen Fällen es zu einer solchen Anerkennung gekommen ist und wie war das Ergebnis? Wenn die Umfrage unterblieb, bis wann wird die Bundesregierung solche Feststellungen treffen?

3. Was hat die Bundesregierung getan und was wird sie tun, um die zuständigen Behörden der Länder durch entsprechende
chende Informationen in Stand zu setzen, erteilte Anerkennungen zurückzunehmen und künftige Anträge abzulehnen?

4. Was hat die Bundesregierung getan und was wird sie tun, um die Bürger über die wirklichen Absichten solcher „gemeinnütziger" Organisationen aufzuklären und damit vor ihrer Unterstützung abzuhalten? "

Quelle : CDU/CSU-Pressedienst vom 29.9..77; S.14 bzw. 16

Bemerkung: Im ID Nr. 175 haben wir im Zusammenhang mit der Berichterstattung über das 4. Treffen der Alternativpresse zur Arbeitsgruppe: Presserecht/Organisationsform/wirtschaftliche und steuerliche Möglichkeiten, folgendes geschrieben: " ... Zu dem sollen einige grundsätzliche Probleme der Rechtsform – GmbH, e.V., usw. – und des Steuerrechts dargestellt werden. Wir bitten daher alle Zeitungen und Zeitungsinitiativen dem ID ihre Erfahrungen zuzusenden, die sie in den genannten

Bereichen gemacht haben. Besonders interessant sind Vereinssatzungen, die zur Anerkennung als gemeinnütziger Verein führten, Informationen über die Verweigerung von Auskünften durch Behörden etc."

AKTIONSEINHEIT GEGEN VERBOTSANTRÄGE

KÖLN
Oktober 1977

KBW, KPD und KPD/ML haben auf einer gemeinsamen Beratung folgenden Aufruf beschlossen:

„Am Montag, dem 26. 9. 1977, hat der Bundesvorstand der CDU beschlossen, daß die CDU-regierten Länder einen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht gegen den KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) im Bundesrat einbringen sollen.

Dieser Vorstoß ist ein schwerer Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und auf den Marxismus-Leninismus, ihre wissenschaftliche Theorie. Die Kommunisten sollen illegalisiert werden, weil sie das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution, die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Einrichtung der Diktatur des Proletariats und die klassenlose Gesellschaft verfechten. Der Vorstoß der CDU ist Bestandteil der Flut reaktionärer Maßnahmen, wie die Berufsverbote, der Gewaltparagraph 88 a, die Einschränkung der Verteidigerrechte und die Pläne für ein einheitliches Polizeigesetz, mit der die Bourgeoisie,die demokratischen Rechte des Volkes beseitigt. Zusammen mit den Kommunisten sind alle ortschrifftlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte von diesem Vorstoß getroffen, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes unterstützen und dafür im Kampf stehen.

Gegen die DKP, Agentur der westdeutschen Bourgeoisie und des sowjetischen Sozialimperialismus, stellt der CDU-Vorstand keinen Verbotsantrag, damit die Bourgeoisie sie jetzt noch wirkungsvoller als Spalter in der Arbeiterklasse einsetzen kann. KBW, KPD und KPD/ML haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, die zu einer breiten Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen aufruft, im festen Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse und der Volksmassen werden Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten gemeinsam diesem Angriff der Bourgeoisie entschlossen entgegentreten und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse verteidigen.

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!
Für den **8. Oktober 1977** rufen wir gemeinsam zu einer Kundgebung auf dem Rathausplatz in Bonn auf (15.00 Uhr).
Weg mit den Verbotsanträgen!
Alle zur Kundgebung gegen den geplanten Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse!

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)
Köln, den 27. September 1977"

So schnell geht das: daß der Satz aus dem Aufruf, der die DKP betrifft, mittlerweile nicht mehr stimmt, werden die K-Gruppen inzwischen selbst bemerkt haben, wenn sie die bürgerlichen Zeitungen (z. B. die FR vom 5. Oktober) lesen (Anm. der Red.).

DER WILDE HUND VON KASSEL

KASSEL
4.Oktober

Am 26.September konnte der geneigte Leser der „Hessischen Nachrichten" erfahren, daß bei einer Mathematik-Lehrveranstaltung an der Gesamthochschule Kassel ein Dozent und 15 Studenten von „etwa 100 unbekannten Studenten mit scharfen Hunden bedroht" worden sind. Nachstehend der Hund:

Der Asta der Gesamthochschule (GhK) hat dazu eine Presseerklärung veröffentlich, nachdem CDUler Windfuhr eine Landtagsanfrage zur „Gewalt an der GhK", losgelassen hatte:

„Mit Empörung hat der Asta der GhK davon Kenntnis genommen, daß es „Gewalt an der GhK" gibt. Nach dem pauschalen Terrorismus-Vorwurf ist dies ein zweiter schwerer Wahlkampfschlag der CDU gegen die sozialdemokratisch verrohte GhK. Deshalb hat der Asta in den letzten beiden Tagen intensiv nach dem Anlaß für den schweren Hundevorfall in einer Mathematikvorlesung gefahndet. Anhand von Aufzeichnungen und nach intensiven Gesprächen mit Augenzeugen konnte ein 5 Jahre alter 35 cm hoher und 60 cm langer Cockerspaniel als Übeltäter identifiziert werden. Die Fahndung nach dem Hundehalter verlief bisher ergebnislos. Zum Vorfall selbst hier ein Augenzeugenbericht:

,2.Streiktag an der GhK: auf einem Streikplenum wird diskutiert, wie man sich gegenüber stattfindenden Veranstaltungen verhalten soll. Es wird beschlossen, anstelle einer Sprengung mit dem Hinweis auf das Urabstimmungsergebnis mit den „Streikbrechern" zu diskutieren. Dies geschieht auch in der umstrittenen Mathematikvorlesung mit dem Ergebnis, daß einige der Streikbrecher sich den Streikenden anschließen. Der Rest kann seine Vorlesung weiter hören, weil die Streikenden nach dieser Diskussion, in der der Dozent nicht in der Lage war, sich „offensiv" mit den „Rechtsbrechern" auseinanderzusetzen, den Hörsaal wieder verließen. Scharfe Hunde spielten bei dieser für Kasseler Verhältnisse typischen Diskussion keine Rolle.'

Fazit: Wenn studentische Aktionen ohne Gewalt und Militanz stattfinden, so scheint dies CDU-Windfuhr nicht zu passen. Falls die CDU die hessischen Landtagswahlen gewinnt, werden wir uns also darauf einstellen müssen.
Merke: Der Terrorismus wächst nur, wenn es ein entsprechendes Komplement gibt, nämlich „Schreibtisch-Terroristen" à la Windfuhr.
ASTA der Gesamthochschule Kassel."



RETTET DEN FRAUENHOF GAIGANZ

GAIGANZ
4. Oktober

Der Frauenhof Gaiganz hat einen Rundbrief verschickt, in dem er seine miese finanzielle Situation schildert. Der Hof besteht jetzt seit über einem Jahr. Er liegt nördlich von Nürnberg in einem kleinen Dorf und wird von einer Frau fest bewohnt. Er dient bisher als Urlaubs- und Erholungsstätte für Frauen und steht für Tagungen zur Verfügung. In dem Flugblatt heißt es unter anderem:

Beim letzten Treffen in Gaiganz haben wir mal nachgesehen, welche Frauengruppen eigentlich noch regelmäßig Miete bezahlen - und da sind wir ganz schön erschrocken: *Bloß noch sechs.*

Also das geht nicht! Die monatliche Miete beträgt 600 DM - von den sechs Gruppen kamen 282.70 DM - uns fehlen also monatlich 317.30 DM!!! Bis jetzt haben wir das immer von den Übernachtungsgeldern bezahlt. Aber 1. ist das zu unsicher auf die Dauer und 2. zahlen viele Frauen leider nicht, die übernachtet haben und 3. brauchen wir das Übernachtungsgeld für Öl und Reparaturen. Wir haben jetzt erst mal beschlossen, die Übernachtungsgebühr ab Oktober auf 4,00 DM zu erhöhen. Außerdem fordern wir alle Frauenzentren auf, sich mit einem Dauerauftrag (Höhe bleibt Euch überlassen) an der Miete zu beteiligen. Wenn Ihr das nicht wollt, schreibt uns bitte, warum nicht, o.k.?

Konto: Stadtsparkasse Erlangen - Nr. 22 93 79 - Monika Omniczynski - Kennwort : Frauenhofmiete

Noch was :wir sind grad dabei, über Gaiganz ne Broschüre zu machen, die wir für eine Mark verkaufen wollen. Wenn ihr auch was reinschreiben wollt, schickt Artikel an *Gegendruck, Wehmenkamp 27-33, 43 Essen 1.* Wir dachten hauptsächlich an Berichte von Frauen, die dort mal Ferien gemacht haben und ihre Erlebnisse mal erzählen.

Und noch was: Für Gaiganz fehlen noch Teppiche, Staubsauger, gute Matratzen, Wäscheständer, viele bunte Kissen und Decken. Wenn Ihr sowas entbehren könnt, nehmt's halt mit, wenn ihr wieder mal hinfahrt.

Das wärs momentan. Im Großen und Ganzen waren wir ziemlich enttäuscht darüber, daß sich die Frauen so wenig für ihr eigenes Projekt verantwortlich fühlen. Wir wissen, daß es in unseren Zentren teilweise auch nicht anders läuft, aber wir dürfen nicht vergessen, daß der Hof in Gaiganz für viele Frauen eine Zuflucht ist. Auch und vor allem für die Frauen, die nicht in der Frauenbewegung sind. Und für uns ist er die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und oft neue Ideen mit heimzubringen und neue Energie, die wir gerade in dieser Flaute unserer Bewegung bitter nötig haben.

Wir können nicht einfach so nen Hof fallen lassen wie ne heisse Kartoffel, bloß weil wir grade mal wieder Probleme untereinander haben. Es kostet viel Zeit, Organisation und Nerven um sowas wieder aufzubauen, wenn's mal weg ist. Das können wir uns wirklich sparen, gell?

Also, wir apellieren ganz fürchterlich an alle:

Helft uns den Frauenhof zu halten!

Kontaktadresse: Frauenhof 12, 8551 Gaiganz



NEUREGELUNG DES STRAFVOLLZUGS

MADRID
5. September

Gestern trat die neue Regelung des Strafvollzugs in Kraft, die während des gesamten Augusts erwartet, aber nicht im Staatsanzeiger Boe veröffentlicht worden war.

Sie enthält:

- die Einteilung des Gefangenen nach seinem Gefährlichkeitsgrad soll innerhalb von 45 Tagen nach Übersendung des Urteils an die Haftanstalt erfolgen
- die Strafen von mehr als 6 Monaten werden in 4 Stufen verbüßt: Umerziehung, soziale Wiederanpassung in einem Klima von Vertrauen, Vorbereitung auf die Freiheit, bedingte Freilassung
- Anrede mit dem eigenen Namen
- keine Überwachung der Gespräche, in Ausnahmefällen wird der Betroffene davon unterrichtet, Recht auf 1 - 3 Besuche pro Woche
- Briefzensur nur mit richterlicher Genehmigung, auch bei Disziplinarstrafen und Isolationshaft Recht auf Briefverkehr
- Empfang aller in Spanien frei verkäuflichen Druckerzeugnisse, außer bei Verbot durch den Gefängnisdirektor

Die Kritik der Neuregelung konzentriert sich auf:

- bisher war es illegal, Untersuchungshäftlinge von Gefängnis zu Gefängnis zu verschuben, wie es mit Vollzugsinsassen gemacht wird. In der auf Häftlinge bezogenen Bestimmung ist das Wort „Häftlinge" durch „Insassen" (internos) ersetzt worden, sodaß diese Praxis jetzt legalisiert worden ist.
- die Bestimmungen über die Disziplin sind auf die Beamten ausgedehnt worden, das wird als eine Reaktion auf ihre zunehmende Unzufriedenheit mit dem Strafvollzug, die sich u.a. in Selbsteinsperrungen ausdrückte, gewertet.
- den Gefängnisdirektoren, die sich bisher durch eine harte Haltung gegenüber der Gefangenenbewegung auszeichneten, wird die zentrale Entscheidungsgewalt zugesprochen, sodaß zu erwarten ist, daß die inneren Verbesserungen weitgehend von ihnen blockiert werden können
- die Verbesserungen sind so gehalten, daß sie die Günstlingswirtschaft, das Denunziantentum und allgemein die Uneinigkeit unter den Gefangenen fördern
- die Bestimmungen wurden ausgearbeitet, ohne die Betroffenen nen, wie Gefangene, Rechtsanwälte, Organisationen der Verwandten und Freunde von Gefangenen und Menschenrechtsorganisationen zu hören.

(el pais 3 + 4 - 9-77)

LIP: "EINE LÖSUNG DES KONFLIKTS WIRD DAS WERK DER ARBEITER SELBST SEIN."

BESANÇON
26. September

Im folgenden bringen wir ein Interview der französischen Wochenzeitung "Politique Hebdo" (PH) mit dem LIP-CFDT-Delegierten Bernard Girardot, in dem er die letzten Etappen des Kampfes der LIP-Arbeiter zusammenfaßt:

Nach den beiden Polizeiinterventionen und der Unterbrechung der Stromzufuhr in der LIP-Fabrik im Juli (siehe ID 187) hatten die LIP-Arbeiter in Erwartung des Abtransportes der Maschinen aus ihrer Fabrik (auf Anordnung des Konkursverwalters) Ende Juli ihre Fabrik verbarrikadiert. Die Verwandlung der Fabrik in eine "Festung" drückte die Entschiedenheit der Arbeiter aus, in den schwierigen Ferienmonaten Juli und August der neuerlichen Bedrohung eines Polizeiüberfalls, der diesmal den Maschinen und dem Lager, also ihren "Arbeitswerkzeugen" gelten würde, entgegenzutreten. In einem gemeinsamen Flugblatt der Gewerkschaften und Parteien CGT, CFDT, PCF, PS, PSU, JOC hieß es : "Es muß klar sein, daß keine Polizeiintervention mehr geduldet werden wird ... Folglich fordern die unterzeichnenden Organisationen alle ihre Mitglieder, politisch Aktiven, Sympathisanten und die Bevölkerung auf, sich im Interventionsfall vor dem Eingang der Fabrik in Palente zu versammeln, in Gelassenheit ihre Solidarität mit den LIP-Arbeitern zu demonstrieren und mit ihrer massiven Anwesenheit jeglichen Gewaltstreich zu verhindern." Die befürchtete Polizeiaktion ist bis jetzt noch ausgeblieben.

Weitere Etappen des Konflikts waren:

— Die zweite wilde Lohnauszahlung in dieser neuen Kampfphase am 16. August, die nach dem Ende der Arbeitslosenunter-

stützung über 500 LIP-Arbeitern ihre Gehälter sicherte und in aller Diskretion vor sich ging.

– Der Abschluß eines Abkommens der LIP's mit dem algerischen Staat. Die LIP-Arbeiter (es würden etwa 30 Leute für 8 Monate beschäftigt sein!) sollen eine Studie über den vorgesehenen Aufbau einer Uhrenfabrik in Algerien übernehmen und algerische Techniker in Besancon ausbilden. Weitere Kontakte mit anderen Ländern (Madagaskar, Djibouti, Vietnam), die allerdings nur Teile einer ökonomischen Lösung des LIP-Konflikts sein können, wurden aufgenommen.

– Die zweite gerichtliche Zwangsauflösung innerhalb von 4 Jahren der Firma LIP S. A. am 12. September (die erste hatte zu Beginn des LIP-Konflikts im Juni 1973 stattgefunden). Die Entscheidung des Handelsgerichts wurde mit der Tatsache begründet, daß der Rechtsverwalter der LIP S. A. und der Konkursverwalter "nicht in der Lage waren, Vorschläge für einen Vergleich zu formulieren, die eine Gesamtlösung der juristischen Abwicklung erlaubt hätten, trotz der seit 15 Monaten durchgeführten Maßnahmen, Studien und Forschungen." Das Gericht hat also nicht auf die Nachforschungen und Studien der LIP-Arbeiter eingehen wollen (insbesondere die Studien für den Aufbau einer Uhrenindustrie in Algerien).

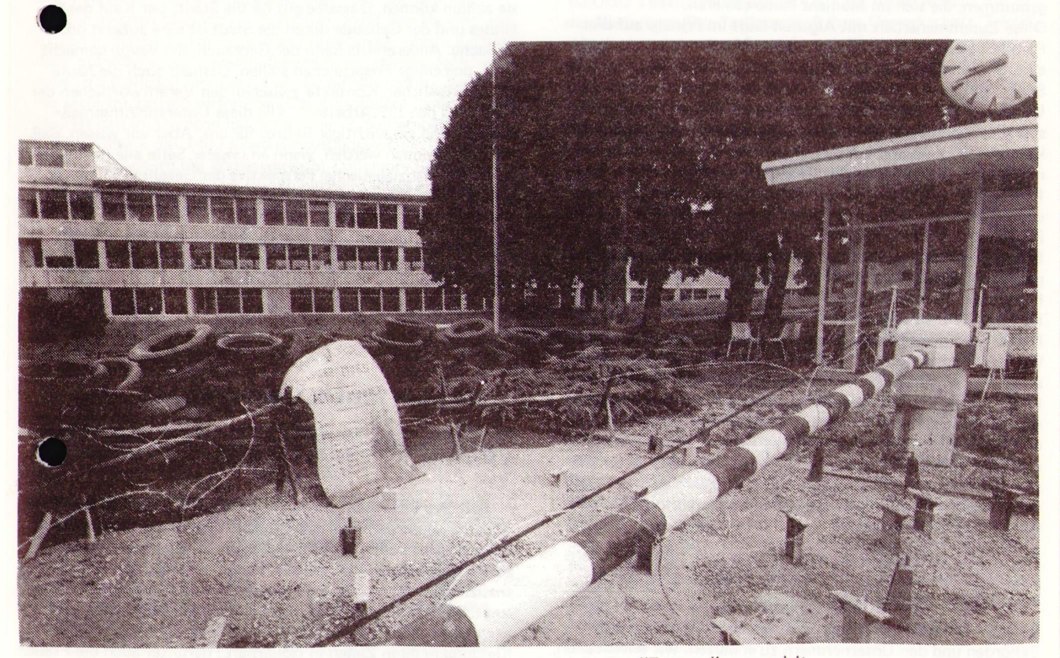
– Verhandlungen der Stadt mit dem Konkursverwalter Jacquot über den Kauf des Geländes und der Gebäude der LIP-Fabrik. Die Stadt bietet 5 Mio. Francs. Das ist das einzige z. Zt. bestehende Angebot. Da das Gelände auf den Preis von 10 Mio. Francs angestiegen sei, lehnt der Konkursverwalter den Vorschlag der Stadt ab. Andererseits erklärte er, einem Verkauf nicht zuzustimmen, falls es keine Sicherheit gebe, daß die Maschinen die Fabrik verlassen und verkauft werden könnten.

– Nachricht, daß eine Delegation der amerikanischen Indianer die z. Zt. in Genf bei den Vereinten Nationen weilt, am 14. Oktober einen Tag in Palente verbringen wird. Dieses Treffen wird von den LIP's als historisches bezeichnet, umso mehr, als es auf Wunsch der Indianer erfolgt.

INTERVIEW

PH: Kannst du uns zuerst erzählen, wie die Sommerzeit im Betrieb abgelaufen ist?

Bernard Girardot: Der Sommer ist unter dem doppelten Aspekt Ferien und Kampf abgelaufen, und es gab Widerspruch zwischen dem Bedürfnis wegzufahren und dem Leben als Arbeiter im Kampf. In der Tat bedeuteten die Ferien für die LIP's mehr einen Augenblick der Erholung, der Rückkehr zu den Ursprüngen, bevor wir den Herbst wieder in Angriff nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir die Ferien auf Juli und August aufgeteilt. Der andere Aspekt: der Kampf. Wir waren uns darüber im klaren, daß die Behörden gewohnheitsgemäß die Sommerzeit zum Zuschlagen wählen würden. Es gab Unterbrechungen derStromzufuhr und der Telefonleitungen, die zwei Polizeiinterventionen während des Uhrenverkaufs, die Zerstörung des Transformators und schließlich die dauernde Bedrohung des Abtransportes der Maschinen. Das alles hat die anwesenden Arbeiter gezwungen, Tag und Nacht auf der Hut zu sein.



Ende Juli: Die LIP-Fabrik in Besançon hat sich in eine "Festung" verwandelt

PH: Danach wurde die Zwangsauflösung der Firma LIP S.A. am 12. September ausgesprochen. Was ändert das für die Arbeiter des Betriebes?

B. G.: Eigentlich nichts. Das, was wir vor allem nach dem negativen Gerichtsentscheid befürchteten, war, daß sich die Massenmedien dieser Nachricht bemächtigten, um ein weiteres Mal unser Ende anzukündigen und der öffentlichen Meinung den Eindruck zu vermitteln, daß LIP wirklich nicht lebensfähig wäre und sich die Arbeiter letzten Endes an einen Mythos festklammern. Tatsächlich hat die Presse mehr über die Fortfüh-

rung des Kampfes berichtet und die Tatsache, daß, wenn auch LIP zwangsaufgelöst sei, die Arbeiter noch lange nicht außer Gefecht gesetzt seien. Also hat sich für uns nichts geändert, obwohl die Situation in juristischer Hinsicht verändert ist. Eine Polizeiintervention kann von heute auf morgen stattfinden, und die Bedrohung des Abtransportes der Maschinen kann auch Wirklichkeit werden. Wird es geschehen? Sicherlich, wenn es für den Gegner politisch interessant ist. Aber wir besitzen nicht den Schlüssel für seine Strategie in diesem Bereich. Auf alle Fälle hat sich unsere Strategie nicht geändert und wir widersetzen uns mit der Unterstützung der anderen Arbeiter und politischer und gewerkschaftlicher Organisationen den Bestrebungen, daß unsere Produktionsmittel — unerläßlich für jede Wiederankurbelung — Palente verlassen.

PH: Du sprichst über eure Strategie , die sich nicht geändert hat. Beinhalten aber eure Kontakte mit Algerien nicht ein neues Element?

B. G.: Es wird uns immer klarer, daß die Behörden und die Unternehmer zur Lösung des Problems der Uhrenindustrie nichts beitragen und daß, wenn eine Lösung erfolgt, sie das Werk der Arbeiter selbst sein wird. Mit dieser Perspektive wurden seit einigen Monaten Kontakte mit der algerischen Regierung aufgenommen, die sich im Moment konkretisieren.
Diese Zusammenarbeit mit Algerien läuft im Prinzip auf drei Punkte hinaus: 1. Die Uhrenindustrie Algerien beabsichtigt eine Uhrenindustrie zu schaffen und bittet uns, darüber eine Studie zu machen. Es handelt sich darum, die Strukturen eines Uhrenbetriebes zu erarbeiten; das könnte in einer zweiten Phase auf ein Bildungsprogramm für algerische Arbeiter, die zu LIP kommen würden, und auf eine technische Zusammenarbeit hinauslaufen. 2. Die Sonatrach (Nationale algerische Gesellschaft für den Transport von Kohlenwasserstoffverbindungen) würde uns den Aufbau der Anlagen anvertrauen, und in einer zweiten Phase würden wir als Unterlieferant für die Fabrikation von Einzelteilen fungieren. 3. Die Sonelec (Nationale Elektrizitätsgesellschaft) wäre bereit, LIP die Fabrikation von kleinen Einheiten und Automationen in den Bereichen Elektrogeräte und Fernmeldewesen zu überlassen.
Neben dem strategischen Moment, das für uns im Rahmen einer Wiederankurbelung von LIP prioritär ist, darf man den politischen Stellenwert eines solchen Vorgehens nicht unterschätzen. In der Tat ist das Ziel 'unserer' politischen Ökonomie, wenn man über die Hilfe für dei 'Dritte Welt' spricht, die Herrschaft der industrialisierten Länder und die Ausbeutung der 'hilfesuchenden' Länder. Unser Ziel ist es, ihnen unser Wissen und unsere technologischen Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen und sie solange zu begleiten, bis sie ihre Industrien und ihre Produktionen ganz beherrschen.

PH: Kannst du uns genauer definieren, was du unter dem Satz verstehst: "Wenn letzten Endes eine Lösung erfolgt, wird sie das Werk der Arbeiter selbst sein."

B. G. : Wie ich schon vorher sagte, wir haben nichts von den Behörden und den Unternehmern zu erwarten. Wir wissen auch, daß das Kräfteverhältnis im Moment für uns an einem optimalen Punkt angelangt ist. Mit den kommenden Monaten kann es nur schlechter werden. Sollen wir fortfahren, einzig und allein auf dieses Kräfteverhältnis zu bauen, mit der Hoffnung, die für einige unter uns illusorisch ist, daß die Behörden von heute auf morgen nachgeben werden? Oder sollen wir nicht vielmehr unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen und anhand einer von den Arbeitern selbst entworfenen Konstruktion konkret beweisen, daß das, was wir immer versicherten, Wirklichkeit ist, nämlich die Lebensfähigkeit von LIP? So sieht die Diskussion aus, die sich in den letzten beiden Monaten bei LIP fortgesetzt hat. Im Augenblick sieht es so aus — ohne die endgültige Entscheidung vorwegzunehmen, — daß die Gesamtheit der Arbeiter sich über die Zweckmäßigkeit einer eventuellen Wiederankurbelung den Weg zu bahnen, einig ist.

In diesem Sinne haben sich verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die anhand der potentiellen Märkte die Möglichkeiten für LIP studieren, ohne zu vergessen, daß wir 700 Arbeitslose haben und dieses Problem Vorrang hat. Die Entscheidung, die nach dieser Arbeit gefällt wird, die die juristischen Strukturen einer Wiederankurbelung betrifft, kenne ich nicht. Die LIP-Arbeiter, die an diesen Arbeitsgruppen teilnehmen und täglich informiert werden, werden sie in Kenntnis der Sache fällen.

PH: Wie steht es mit der Unterstützung eures Kampfes?

B. G.: Sie ist breit angelegt. Zunächst die Unterstützung zahlreicher Arbeiter; während des ganzen Sommers haben wir täglich zwischen 300 und 600 Personen empfangen, die Uhren gekauft haben und über unser Problem diskutierten. Wir zählen schon gar nicht mehr die Gewerkschaftssektionen und lokalen Gruppierungen, die uns zu Versammlungen einladen, die Uhren kaufen und unseren Kampf popularisieren.
Von Seiten der Linksparteien ist die Unterstützung gewiß, was im August besonders durch die Ankunft von Delegationen "höheren Ranges" der PS, PSU und PC in Palente gekennzeichnet war. Sicherlich stimmen unsere Standpunkte mit denen einiger anderer nicht ganz überein, aber wir haben wirklich eine echte Solidarität gespürt, wir haben gefühlt, daß wir im Ernstfall auf sie zählen können. Dasselbe gilt für die Stadt: der Kauf des Geländes und der Gebäude durch die Stadt ist eine äußerst positive Sache. Andererseits kann der Gebrauch, der davon gemacht wird, uns einige Fragezeichen stellen. Deshalb auch die häufigen unerläßlichen Kontakte zwischen den Verantwortlichen der Stadt und den LIP-Arbeitern. Alle diese Unterstützungsmaßnahmen sind ein wichtiger Beitrag für uns. Aber wir wissen, daß wir nur gewinnen werden, wenn an unserer Seite alle die kämpfen, die eine sozialistische Perspektive der Gesellschaft haben. Und wir wissen auch, daß die Entschlossenheit der Arbeiter letzten Endes vorrangig ist.

aus: Politique Hebdo und Libération

EIN JAHR WIDERSTAND IM KNAST

BELFAST
4. Oktober

Zwei Berichte vom Westdeutschen Irland-Solidaritätskomitee, 637 Oberursel 5, Postfach 36:

Seit über einem Jahr kämpfen inzwischen über 190 Genossen in nordirischen und britischen Knästen gegen die Aberkennung des Status als politisceh Gefangene und für die Anerkennung als Kriegsgefangene. Sie weigern sich, die Gefängniskleidung anzuziehn., weil das die Administration von "Kriminellen" verlangt. So liegen die Genossen seit über einem Jahr, seit Kiran Nugent als erster symbolhaft den Widerstand aufnahm, ohne Kleidung in ihren Zellen in Isolierhaft., darunter auch die Frauen im Knast Armagh. Es handelt sich bei den Gefangenen in erster Linie um Genossen der Provisional IRA, einigen Angehörigen der IRSP (Irisch Republikanisch Sozialistische Partei) und einem Mitglied der inzwiscehn stark auf KP-Kurs abgedrifteten Official IRA.

Die IRA (p) sieht den Widerstand im Knast als logische und gleichwertige Kampfform wie die bewaffnete, antiimperialistische Aktion draußen.
Aus vielen Knästen in Irland und England sowie von Iralndkomitees usw. kamen zum 1. Jahrestag des Widerstandes im Knast Solidaritätstelegramme für die Gefangenen. In verschiedenen britischen und irischen Städten organisierte die Sinn Fein (politische Partei der IRA) Protestversammlungen und bei den ver-

antwortlichen Stellen – Nordirlandminister, Premierminister und britiscehn Konsulaten – gingen Protestschreiben und Telegramme aus aller Welt ein. Dem sollte sich jeder Antiimperialist und jede Gruppe anschließen.
(nach: Rep. News und Hibernia)

DUBLIN: STREIKS UND ENTLASSUNGEN

Trotz verstärkter "Einbindung" der neokolonialen südirischen Republik in die EG geht es logischerweise der Bevölkerung nicht besser. Japanische, US- und BRD Kapital- und Industriepräsents und der damit verbundene Neubeginn von Projekten sowie deren Aufgabe bei nicht mehr der Erwartung entsprechender Kapitalakkumulation haben die südirische Arbeiterschaft zum uneingeschränkten Spielball imperialistischer Kapitalinteressen gemacht. Zudem wird die einheimische irische Industrie auf dem Weltmarkt ausgepokert. So trafen sich kürzlich die Boss-Shipyard-Manager im Süden der Republik, um mit den Gewerkschaften über die Entlassung von mindestens 220 Kollegen zu beraten; als weiteren Beitrag zur ohnedies katastrophalen Arbeitsmarktsituation in diesem Landesteil.

Über Aktionen der Werftkollegen ist noch nichts weiter bekannt. Die Verhandlungen laufen auch für sie hinter verschlossenen Türen ab. Hingegen streikten über 700 Kollegen des g[illegible]ten irischen Stahlwerks, Irish Steel, sechs Monate lang und setzten in diesen Tagen Teile ihrer Forderungen durch. 6 Pfund mehr pro Woche sowie andere Sonderzulagenerhöhungen. Jetzt haben die Kollegen ihre Arbeit wieder aufgenommen, nachdem alle sechs im Betrieb vertretenen Gewerkschaften dafür vorerst plädiert hatten. Dagegen hat der seit der 2. Septemberwoche laufende Streik der 1400 Krankenhausbediensteten und Städtischen Arbeitern der Wasserwerke in Tullamore (Grafschaft Offaly) weiter, sie wollen 9 Pfund mehr pro Woche und lassen sich mit den gebotenen 7 Pfund nicht abspeisen.

Dies nur ein paar Beispiel, die für viele stehen.

Alles nach „Irish Times" 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14.9.77

[illegible] TÜRKEI VOR EINEM SCHLIMMEN WINTER

ANKARA 18. September

Von einem Genossen aus Ankara:

Seit zwei Monaten befindet sich in der Türkei eine neue Demirel-Regierung im Amt. Es handelt sich hierbei um eine Neuauflage der schon vor den Juniwahlen bestehenden Koalition aus AP ('Gerechtigkeitspartei' des Handelskapitals und der Großgrundbesitzer), aus MSP ('Nationale Heilspartei' des ultrareligiösen Bürgertums der anatolischen Provinzstädte) und aus MHP (faschistische 'Partei der nationalistischen Bewegung' mit ihren Anhängern unter dem ökonomisch bedrängten Kleinbürgertum und unter einem Teil der Arbeitslosen). Diese neue, alte Koalition steht zur Zeit vor einem ökonomischen Trümmerhaufen: In den ersten 6 Monaten dieses Jahres ein Aussenhandelsdefizit von 2080 Millionen Dollar (im gleichen Zeitraum des Vorjahres 1193 Millionen Dol.), eine Preissteigerungsrate von nunmehr 32% im Jahr, Devisenknappheit, Vorhandensein wichtiger Güter nur auf dem Schwarzmarkt, tägliche Stromabschaltungen von mehreren Stunden usw. u sw.. Im Moment - man feiert gerade das mit unserem Weihnachten vergleichbare Seker-Fest - fehlt in fast allen türkischen Haushalten das zum Kochen benutzte Propangas. Der Grund: Schiffsladungen mit importiertem Propangas wurde nicht gelöscht, die Schiffe legten wieder ab, weil die Devisen zum Bezahlen fehlten.

Die Türkei müsste ihren Bankrott erklären, wenn das ausländische Kapital aus Angst vor dessen Folgen auf das internationale Währungssystem nicht immer wieder Kredite geben würde. Zur Zeit werden Verhandlungen mit dem 'Internationalen Währungsfond' geführt, der freilich seine Bedingungen stellt: Abwertung der türkischen Währung um 30%, Einfrierung der Staatsausgaben (so auch der Gehälter staatlicher Bediensteter) etc.. Ein Eingehen auf diese Forderungen des internationalen Kapitals bedeutet zwangsläufig weitere Preissteigerungen und Verknappungen von lebenswichtigen Gütern. Dies alles in einer Situation, wo gerade erst die Preise für Benzin und Öl um 80–100%, für Kohle um 40% und für Elektrizität um 20% heraufgesetzt wurden. War bis jetzt offener Hunger eine Ausnahme in der Türkei - wenn sich auch ein Großteil der Bevölkerung kaum mehr als Brot und Schafskäse leisten konnte - so stellt sich angesichts der überschwappenden Preiswelle und angesichts des bevorstehenden Winters Vielen die Alternative, entweder zu frieren oder zu hungern. Der Hass auf die Verantwortlichen, die Regierung, die Spekulanten, die Kapitalisten wächst von Tag zu Tag. Seit mehreren Monaten streikten oder streiken immer noch fast 100.000 Arbeiter der verschiedensten Produktionsbereiche: Der viermonatige Streik von 10.000 Textilarbeitern endete Anfang dieses Monats mit einer Niederlage. Der Tarifabschluß ihrer Gewerkschaft 'Teksif' (Mitglied in der von rechten bis sozialdemokratischen Gewerkschaften gebildeten Föderation 'Türk-Is') blieb mit durchschnittlich 35 Lira (≈3,50 DM, Kaufkraft von 2 l Milch) Lohnzuschlag täglich sowohl unter der ursprünglichen Teksif-Forderung von 70 Lira, als auch makabrerweise unter dem ursprünglichen Unternehmerangebot von 45 Lira.
Die Ursache der Niederlage dürfte zum großen Teil bei den der Regierungspartei AP nahestehenden Teksif-Bonzen zu suchen sein. Es spielt allerdings auch eine Rolle, daß 'Teksif' nach diesen vier Monaten Streik Pleite ist und keine Streikunterstützung mehr zahlen konnte. Schlecht steht es auch um den ebenfalls seit mehr als vier Monaten andauernden Streik der in der 'Maden-Is' (Mitglied der linken Gewerksschaftsföderation DISK) organisierten 40.000 Metallarbeiter. Auch 'Maden-Is' ist finanziell am Ende. Der Streik konnte nur wegen einer bisher einmaligen Solidarität von Arbeitern aus anderen DISK-Gewerkschaften sowie aus der Bevölkerung aufrecht erhalten werden. 'Wie lange kann die Streikfront noch halten? ' – das ist die bange Frage unter vielen Gewerkschaftern. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Metallunternehmer von der Regierung unterstützt werden. Denn man will die gesamte 'DISK' über einen Fehlschlag des 'Maden-Is'-Streiks in die Knie zwingen und bei ihren Mitgliedern unglaubwürdig machen. Gerade jetzt, wo die ökonomische Krise sich extrem zuspitzt, wo die Lebensbedingungen sich rasant verschlechtern, sollen Streiks als Gegenwehr unmöglich gemacht werden. Schon steht auch die faschistische MHP-Partei bereit, um bei einer solchen Entwicklung der noch schwachen und unerfahrenen türkischen Arbeiterklasse mit ihrer MISK-Gewerkschaft die faschistische Alternative anzubieten.

Daß Tunc, der Generalsekretär des rechten Gewerkschaftsverbandes 'Türk-Is' vom Generalstreik gegen die Regierung sprach, zeigt den Ernst der Lage. Die Niederlage seiner Teilgewerkschaft 'Teksif' hat ihm gezeigt, daß 'Türk-Is' insgesamt am Ende ist, daß er nur die Wahl zwischen Faschisierung seiner Gewerkschaft und dem Anschluß an die DISK hat. Wortradikal, aber ohne Absprache mit der DISK, wollte er sich mit dem Gerede vom Generalstreik nach links profilieren und in eine Führerposition schwingen. Auf einem 'Türk-Is'-Kongress verweigerte ihm aber eine Mehrheit von rechten bis faschistischen Bonzen aus seinen Teilgewerkschaften die Gefolgschaft. Zwar diskutiert man auch in der DISK über einen Generalstreik, man ist sich aber darüber klar, daß der Generalstreik die Forderung nach dem Sturz der Regierung zum Inhalt haben müsste. Auf sich allein gestellt könnte die kleine türkische Arbeiterklasse

einen solchen Generalstreik nicht zum Erfolg führen. Zumindest die Staatsbeamten und ein Teil der Kleinhändler müsste sich anschliessen. Um dieses Bündnis, um die sogenannte 'Nationale demokratische Front' bemüht sich die DISK zurzeit. Nur am Rande soll angemerkt werden, daß die bei den Wahlen knapp geschlagene 'Republikanische Volkspartei' (CHP) und ihr Führer Ecevit zu all diesen Vorgängen bisher kaum oder nur ausweichend Stellung genommen haben. Man munkelt, daß einige CHP-Führer hoffen, durch staatsmännische Zurückhaltung letztendlich den Boden für eine Koalition zwischen CHP und Demirels AP zu bereiten. Diese Lösung wird von türkischen Industriellenkreisen befürwortet, hat aber schon zu heftigen Fraktionskämpfen innerhalb der CHP geführt.
Natürlich verschärft sich in dieser Situation der faschistische Terror ungehindert weiter. Die Bilanz des ersten Monats der neuen, alten Regierung: 39 Ermordete, 115 Verletzte. Am 2.9. richtete die Polizei im Istanbuler Viertel Ümraniye wieder einmal ein Blutbad an. Angesichts von Wohnungsnot und horrender Mieten sollten illegal errichtete Hütten ländlicher Zuwanderer niedergerissen werden. Die Bewohner wehrten sich mit Steinen, worauf die Polizei zu schießen begann. 6 Bewohner wurden erschossen, über 40 verletzt, über 100 Bewohner - teilweise noch Kinder - wurden verhaftet.
Insbesondere der Bombenterror hat sich in der letzten Zeit verschärft. Überall - auf Fährschiffen in Istanbul, vor kleinen Läden, vor Hochzeitssalons, vor Moscheen - explodieren Bomben. Folgende Begebenheit läßt die Urheber solcher Anschläge erahnen: Am 2.9. meldete die staatliche Nachrichtenagentur 'Anadolu Ajans' aus Istanbul, daß am selben Tage ein in der vorangegangenen Woche bei einer Schießerei mit Polizisten getöteter Terrorist namens Aydin Kocak von seinem Vater aus dem Leichenschauhaus abgeholt worden und beerdigt worden sei. Ein Journalist hat nach Recherchen diese Sache in der Tageszeitung 'Vatan' vom 6.9. wie folgt berichtet: Am 2.9. um 10.30 Uhr hielt gegenüber dem Leichenschauhaus in Istanbul ein Militärfahrzeug. Zwei Offiziere stiegen aus und sprachen mit dem Direktor des Leichenschauhauses, vor desser Tür ein Leichenwagen der Marine wartete. Einige Soldaten brachten einen Sarg zu diesem Leichenwagen und luden ihn ein. Daraufhin fuhr der Wagen zu dem Begräbnis eines gewissen Cemil Oka. Der Journalist fragt in seinem Bericht, weshalb hier ein Cemil Oka für einen Aydin Kocak ausgegeben wird. Wegen der Zensur über militärische Vorgänge kann er die Antwort nur andeuten: Cemil Oka ist der Sohn des General Nazif Oka vom türkischen Geheimdienst 'MIT'.

NEUE SICHERHEITSMASSNAHMEN IN NORDIRLAND

BELFAST
21. September

Am 8. Juni 1977 verkündete Minister Mason eine Reihe neuer Sicherheitsmaßnahmen und listete bereits angelaufene auf.
Der „bedeutsame Wandel in der Sicherheitsstrategie" wird im einzelnen zur Folge haben:

Erhöhung der Strafe für Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation von 5 auf 10 Jahre und verschärfte Strafen für eine Reihe von „terroristischen" Aktivitäten. Die verhaßte RUC-Polizei in England — an neuen schweren Waffen ausgebildet und mit diesen ausgestattet - wird zahlenmäßig von bislang 5300 auf 6500 Mitglieder erhöht. Restrukturierte Spezialabteilungen der RUC werden ebenfalls ausgebaut, sowohl personell als auch materiell in Form von Verbesserung technischer und forensischer Möglichkeiten.

Damit RUC-Bullen „operational duties" wahrnehmen können, werden 200 zivile Bedienstete in den RUC-Stationen und -kasernen tätig werden.

"Die zunehmenden repressiven Maßnahmen und die Stärkung der britischen und loyalistischen Streitkräfte sind ein klares Zugeständnis, daß unsere Volunteers den Befreiungskampf gewinnen.
Die zunehmende Repression widerspricht den wöchentlichen Prahlereien von britischen Erfolgen und von Festnahmen und stärkt unsere Zuversicht, daß wir auf dem Weg zum Sieg sind.
Die IRA warnt alle Zivilisten, die in Kasernen angestellt sind, damit RUC-Bullen entlasten und für diese für Straßenpatrouillen verfügbar sind, daß sie wie RUC-Personal behandelt und demgemäß exekutiert werden".
Belfast Brigade der IRA

Das Ulster Defence Regiment wird personell verstärkt von 1800 auf 2500. Die Britische Armee, so erläuterte Mason, wird in der Stärke belassen, die jeweils notwendig ist, doch habe sich das Ziel ihrer Operationen geändert (Irish Times 9.6.77). Vornehmlich wird es zukünftig darum gehen, „verdeckten Aktivitäten" den Vorrang einzuräumen. Gemeint sind undercover-Aktivitäten im Stile der Special Air Services Kommandos (SAS)!. Der Special Air Service war im 2. Weltkrieg aufgebaut worden für Spezialeinsätze hinter den gegnerischen Linien.

Eine SAS-Einheit war im Rahmen der europäischen Anti-Terror-Kooperation zur Zeit der Zugbesetzung durch ein Kommando von Südmolukkern nach Bovensmilde (Niederlande) geschickt worden.

Während SAS-Kommandos bislang also primär in South Armagh operierten, so sollen diese jetzt auch in Belfast verstärkt eingesetzt werden, was Mason gegenüber Paisley versichert hat; in einem Gespräch mit Paisley kurz nach Beendigung des von diesem mit inszenierten loyalistischen Streiks hatte Mason erklärt,daß demnächst die Anwesenheit der verschiedensten Regimenter im 4-Monats-Rhytmus beendet werden soll. Die für Spezialaufgaben im Stile des SAS Aktivitäten trainierten Truppen sollen jeweils für 2 Jahre Dienst in Nordirland tun.

Solon, Long Kesh, schreibt in Republican News, daß diese Politik der Ulsterisierung stark der amerikanischen Politik der „Vietnamisierung" ähnelt, einen vermeintlichen Rückzug der Briten andeutend. Letztlich jedoch stelle die Ulsterisierung nur eine neue Initiative der Briten dar, gegen die IRA vorzugehen. So erweckt der Abzug regulärer Truppen und deren Ersetzung durch lokale Verbände den Eindruck des Rückzugs. Doch die Unterstützung der verstärkt aktiven RUC und UDR für die Spezialtruppen der Briten a la SAS intendiert das Gegenteil. Zudem trugen die regulären Truppen oft nur durch ihre Anwesenheit zur Komplizierung der Arbeit der Undercover-Gangs bei. Hinzu kommt, daß die britische Armee ihre Nato-Verpflichtungen erfüllen muß; die Situation in Nordirland und die Auswechslung der verschiedenen Regimenter in regelmäßigem Turnus 'zerrüttete' die Armee. Solon schreibt fernerhin, daß die Politik der 'Kriminalisierung' der Politik der Ulsterisierung komplimentär ist. Der Gardiner Report empfahl im März 1975 das Ende der Internierungspolitik und die Aufhebung des politischen Status, was den Beginn der 'Kriminalisierung' andeutete. Dem Ende der Internierung folgte die Aberkennung des politischen Status für Kämpfer der IRA. Zudem sollte die Erlassung der Hälfte der Haftstrafe (die heute bei erneuerter „Straffälligkeit" allerdings zusätzlich abgesessen werden muß) weiter dazu beitragen, daß die Bevölkerung die Law und Order Politik gegen 'Kriminelle', die es fortan nur noch geben soll,stützt; so sollte der RUC ein größerer Wirkungskreis verschafft werden, in der Hoffnung die IRA vom Volke zu isolieren.

IRLANDGRUPPE, Wiesbaden

INTERVIEW MIT DEN NAPAP – 2. TEIL

Fortsetzung des Interviews von Mitarbeitern der Liberation mit 2 Mitgliedern der französischen Untergrundgruppe NAPAP (Noyaux armés pour D'autonomie populaire) (siehe ID Nr. 197)

Libe: In der augenblicklichen linksradikalen Szene existiert eine wirkliche Diskussion über die Gewalt. Man kann sie sowohl in Frankreich als auch in Italien ausmachen (anläßlich der Demo in Malville z.B.) Warum habt ihr entschieden, diese Diskussion zu ignorieren, indem ihr in der gewaltsamsten Art, die es gibt, interveniert habt.

-Wir wollten nicht, daß der Tod Overneys unbestraft bleibt. Wir wollten nicht mit verschränkten Armen vor einer immer stärker werdenden Gewalt des Staates stehen bleiben. Wir wollten die Situation auflösen, damit die Leute sagen: "Uff, wir atmen wieder." Wir wollten zeigen, daß wir in der Lage sind, der Gewalt des Staates entgegenzutreten. Es stand außer Frage, hinzugehen und mit Tramoni zu diskutieren, um ihm den 'Kopf zurechtzurücken'; wenn es einen Toten gegeben hat, so deshalb, weil wir nicht anders konnten.

Libe: Wird der Gebrauch einer symmetrischen Gewalt zu der des Staatsapparates (Tramoni tötet Overney, also muß man Tramoni töten) nicht Machtphänomene autoritären Stils verursachen?

- Einverstanden, es gab Tramoni ... Aber danach machten wir Aktionen, die bewiesen, daß wir nicht nur allein auf diesen Typ von Gewalt festgelegt sind. Wir ziehen es vor, nicht jeden Tag Tramonis zu töten. Tramoni ist in eine Kampagne integriert. Sechs Monate danach schlagen wir woanders zu und in anderer Weise.

Libe: Ist der Gesellschaftstypus, der in der Tat, Tramoni hinzurichten, enthalten ist, nicht repressiv?

- Wir sind nicht auf diese Diskussion festgelegt und wir haben uns nicht allein dem politischen Mord verschrieben. Es stimmt, daß Tramoni eine Avantgarde-Aktion war, aber wir werden uns an Aktionen orientieren, die nicht vor der Bewegung stehen, sondern dahinter. Jetzt, wenn die Bewegung Pfähle ins Fleisch der Gesellschaft schlägt, werden wir versuchen, das auf einer höheren Ebene weiterzuführen. In diesem Sinn wollen wir arbeiten.

- Wenn wir die Mittel gehabt hätten, Tramoni für Jahre in ein Volksgefängnis zu stecken... Vielleicht... Wir hätten ihn nicht getötet...

Libe: Ihr seid für die Gefängnisse?

- Für die Gefängnisse? Nein. Weder Staats- noch Volksgefängnisse.
- Man muß da ehrlich sein. Im Moment sind wir tatsächlich dafür, diese Art Typen zu eliminieren. Das sind Feinde.
- Wir kämpfen gegen etwas ungeheuer Großes. Etwas, das Waffen, Gefängnisse, Hunderte von Mördern hat, die von ihm abhängen. Wir können mit Versammlungen und Flugblättern nicht wirksam gegen diese Gesellschaft kämpfen.

Libe: Ihr sagt, daß ihr in "politischer" und "logistischer" Verbindung mit den Internationalen Brigaden steht, deren Hauptaktivität die politische Hinrichtung ist (schon 3 Tote und mehrere Verletzte). Seid ihr für das Prinzip der politischen Hinrichtung?

- Ja, wir sind dafür, aber nicht im abstrakten Sinn...

Libe: Das bedeutet, eine Menge Leute zu eliminieren.

- Es gibt keine 50 000 Tramonis...

Libe: Tramoni ist trotz allem ein "Diener", ein Lohnabhängiger... Es gibt jetzt 26 000 Personen bei den Privatpolizeitruppen. Das ist eine ganze Menge und dennoch sind das nicht die verantwortlichen Leute für diesen Tatbestand.

- Wir werden uns nicht damit vergnügen, allen Polizeiprivattruppen des Landes den Krieg zu erklären...

Libe: Jedenfalls kann man der Hinrichtung Tramonis ihren demonstrativen Wert nicht wegnehmen und denken, daß diese Strategie, die darin besteht, eine gewisse Zahl von politischen Feinden zu eliminieren, in der Zukunft keinen totalitären Gesellschaftstypus produziert.

- Wir sehen die Sache nicht unter diesem Blickwinkel. Andererseits werden wir beweisen, daß wir keine Aktionen autoritären Typs wollen, aber daß unser einziges Mittel, dies zu zeigen, die Aktion ist.
- Wir sind nicht die "Marx' Frankreichs". Wir haben noch keine sehr klare Vorstellung der Dinge. Wir wissen nicht genau, wie die Bewegung in zwei Jahren sein wird. Wir versuchen Fortschritte zu machen, zu helfen und mit unseren Mitteln am Kampf teilzunehmen. Ferner rufen wir eine Diskussion ins Leben, das ist positiv...
- Wenn uns die Bewegung beweist, daß wir diesen Typ von Gewalt nicht nötig haben, werden wir darauf verzichten. Übrigens, wenn die NAPAP in zwei Jahren immer noch als solche existieren, dann ist das eine Niederlage.

Libe: Seid ihr Anhänger einer Strategie der Spannung in Frankreich? Seid ihr z.Bsp. entschlossen zu verhindern, daß die Linke an die Macht kommt?

- Darum geht es nicht. Wir pfeifen darauf. Wir situieren uns ganz außerhalb dieser Diskussion. Es ist nicht unser Problem, der Linken oder Rechten Stimmen zu geben. Wir kämpfen weder gegen die Linke noch gegen die Rechte. Wir kämpfen gegen den Kapitalismus.
- Für uns gibt es keinen Unterschied zwischen linken und rechten Unternehmern, es sind Unternehmer. Ricard bei der KP, das ist jemand, der sich dort gut macht...
- Dennoch meinen wir, daß, wenn die Linke an die Macht kommt, es verschiedene Folgen auf dem ökonomischen und politischen Sektor haben kann. Ökonomisch gesehen, denken wir, daß es nicht gut gehen wird, und daß die Linke wie in Italien, Maßhalten predigen wird und das Kapital mit dem Thema "Schnürt die Gürtel für fünf Jahre enger, in 10 Jahren wird es besser gehen" verteidigt. Damit sind wir nicht einverstanden. Politisch gesehen, denken wir, daß die Rechte nicht das Wahlspiel mitmacht. Nachdem sie ihre eigene Legalität geschmiedet hat, wird sie sich sehr gut ihre eigene Illegalität schmieden. Es ist sicher, daß das nicht Chile sein wird, aber was uns Angst macht, sind die 28 000 Bullen der Privatpolizeitruppen, die 25 000 Personen, die ihre SAC-Karte haben (ein staatlicher Geheimdienst), die 300 000 Leser von "Minute" (rechtes Boulevardblatt) und jetzt Chirac und seine Sammelbewegung, die sich zwischen der Rechten und Rechtsextremen situiert. Wir denken, daß ihnen zu begegnen ist, ohne genau ihre Interventionsmöglichkeiten zu kennen. In diesem Moment ist unsere Rolle eine Informationsrolle.

Libe: In einem eurer Texte sprecht ihr vom "staatlichen Terrorismus". Was versteht ihr genau darunter?

- Der staatliche Terrorismus das ist das Aufstellen von Atomkraftwerken, die Bullen in der Metro, die gegen die Jugend gerichtete Unterdrückung usw. Das ist auch die Pressekampagne gegen die Randgruppen, egal ob es Straffällige oder Drogenabhängige sind. Das sind ebenso die Einschränkungen der Freiheiten.

Libe: Meint ihr nicht, daß es dem Staatsapparat trotz dieser Phänomene nicht gelingt, seine Probleme zu lösen oder daß er schwächer wird?

- Wenn sie ein Projekt haben, ob es energiewirtschaftlicher oder anderer Art ist, werden sie bis zum letzten gehen und

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID-Nummer | Exemplare

3842 3

D-5000 KOELN 1

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen—sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag* nr. 198

nicht zögern, Leute in den Knast zu setzen. Es genügt das Beispiel Pelerin zu nennen...

Libe: Aber selbst ein starker Staat wie die BRD hat dennoch schließlich zurückgesteckt, was die AKW's angeht...

- Zieht sich der französische Staat zurück, wenn es um AKW's geht? Gab es vom ökologischen Standpunkt aus gesehen in Frankreich einen Sieg? Überhaupt nicht... Die Regierung macht weiter. Die Projekte laufen weiter und nichts hält sie auf.
- Auf der anderen Seite kann der Staat gewisse Bewegungen sehr leicht vereinnahmen, wenn diese sich nicht selbst überholen, indem sie radikalere Kampfformen benutzen. Nehmen wir z. Bsp. das Problem der Legalisierung von Marijuana. Die Regierung könnte den Marijuanakonsum sehr gut legalisieren und es frei verkaufen. Von da an würde es eine neue Droge wie der Alkoholismus. Nebenbei würde es einigen Unternehmern erlauben, enorme Umsätze zu machen.
- Das ist auch festzustellen, was die Homosexuellenbewegung angeht. Jedesmal wenn eine Bewegung gefährlich wird, ohne wirklich terroristisch zu werden, macht die Regierung irgendetwas, um sie zu vereinnahmen.

Libe: Denkt ihr nicht, daß die repressiven Ausfälle des Staatsapparates aus der Tatsache herrühren, daß er noch nie so in Frage gestellt wurde. Staudämme, AKW's... überall ist die Säuberung Frankreichs durch den Staatsapparat Gegenstand der verschiedenen Proteste. Ob es sich um die Bewirtschaftung des Bodens oder regionale Probleme handelt (wie Korsika), der Staat ist einer beschwerlichen Probe ausgesetzt, selbst wenn alle Proteste politisch "kanalisiert" werden.

- Natürlich existiert eine beträchtliche Schwächung des Staatsapparates, aber es ist nötig, daß sich diese Schwächung fortsetzt und vertieft. Sie zu vertiefen, das bedeutet, gerade die Gewalt in gewissen Fällen zu benutzen. Hätte es nicht die Demos in Brokdorf gegeben, wäre die BRD vielleicht bei dem Problem der AKW's nicht zurückgewichen.

Libe: Das waren Massenkämpfe...

- Wir sind nicht für die Spezialisierung. Wir sind nicht dafür, eine Armee mit Kadern aufzustellen, wir wollen gerade nur, daß die Bewegung anfängt, die Gewalt immer mehr bewußt zu praktizieren. Das ist es, was wir versuchen zu suggerieren. Das ist gerade ein kleiner Übergang... Wir haben das gemacht, um zu helfen...

(aus Liberation)

